

**Bürgerbeteiligung in der Energiewende -
Grundlagen für eine systematische Erfassung der
Beteiligungspraxis: Abschlussbericht zu Modul
B (Bestandsaufnahme) des Forschungsprojektes
DEMOENERGIE - Die Transformation des
Energiesystems als Treiber demokratischer
Innovationen**

Richter, Ina

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Abschlussbericht / final report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Richter, I. (2016). *Bürgerbeteiligung in der Energiewende - Grundlagen für eine systematische Erfassung der Beteiligungspraxis: Abschlussbericht zu Modul B (Bestandsaufnahme) des Forschungsprojektes DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen*. Potsdam: Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47310-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Bürgerbeteiligung in der Energiewende – Grundlagen für eine systematische Erfassung der Beteiligungspraxis

Abschlussbericht zu

Modul B (Bestandsaufnahme)

des Forschungsprojektes

**DEMOENERGIE - Die Transformation des Energiesystems als Treiber
demokratischer Innovationen**

Ina Richter

2016

**Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS)
Berliner Straße 130
14467 Potsdam**



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	2
1 Einleitung.....	3
1.1. Fragestellung und Zielsetzung.....	4
1.2. Bürgerbeteiligung – eine Begriffsbestimmung.....	6
1.3. Forschungsstand.....	7
2 Auswertung der Beteiligungspraxis.....	12
2.1. Angaben zum methodischen Vorgehen	12
2.2. Merkmale der Beteiligungspraxis.....	14
2.2.1. Worum geht es?	15
2.2.2. Was ist der Gegenstand der Beteiligung?	18
2.2.3. Was ist die Reichweite des Verfahrens?	20
2.2.4. Wer organisiert und trägt die Verfahrenshoheit?.....	22
2.2.5. Unter welchen Rahmenbedingungen findet Beteiligung statt?	25
2.2.6. Wer wird beteiligt?.....	28
2.2.7. Wie findet Beteiligung statt?.....	33
2.2.8. Was sind die Ergebnisse?	38
3 Zusammenfassendes	40
4 Literaturverzeichnis.....	43
Anhang 1 - Die Beteiligungsmatrix	53
Anhang 2 - Liste und Quellen der analysierten Beispielfahrer.....	61

Zusammenfassung

Der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinden und Städten an der Gestaltung und Umsetzung gesellschaftlicher Großprojekte wie der Energiewende wird vielerorts eine große Bedeutung beigemessen. Dies zeigt sich besonders da, wo die deutlich dezentraleren Strukturen des neuen Energiesystems die Planung von Windenergie- und Biomasseanlagen oder auch neuen Übertragungsnetzen erforderlich machen. Bürgerbeteiligung wird hierfür als ein Modus gesehen, um Konflikte um Infrastrukturprojekte zu lösen und Akzeptanz herzustellen. Denn es zeigt sich, dass die rechtlich verankerten Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht hinreichend sind, um sachorientierte wie emotionale Aspekte mit Betroffenen zu erörtern und Probleme lösen zu können. Zunehmend werden erweiterte Mitsprachemöglichkeiten bei Planungen und politischen Entscheidungsprozessen eingefordert, die zudem über die lokale Ebene und Planungsdetails konkreter Einzelprojekte hinausreichen. Der Blick in die Praxis zeigt, dass vielerorts in der Tat ergänzende Foren der Meinungsbildung und Mitwirkung eröffnet werden. Wie dies konkret geschieht, ist jedoch eine offene Frage. Denn insgesamt besteht nur wenig systematisches Wissen über die Praktiken und Methoden, mit denen Bürgerinnen und Bürger in die Erörterung von Zielen und Gestaltungsprinzipien der Energiewende, von Handlungsoptionen und konkreten Standortfragen eingebunden werden. Will man derartige informelle Beteiligungsformen stärken, ist deshalb die Erarbeitung eines differenzierten Überblicks zu den angewandten Vorgehensweisen ein wichtiger Schritt. Der vorliegende Beitrag setzt hier an und legt in Form einer Beteiligungsmatrix eine Grundlage vor, nach der eine Systematisierung von Beteiligungsverfahren erfolgen kann.

1 Einleitung

Die Energiewende ist ein sozio-technisches Transformationsprojekt, das unsere Gesellschaft noch über viele Jahrzehnte herausfordern wird. Die Ziele sind hoch gesteckt: Erneuerbare Energien sollen beispielweise bis 2050 80% des Strombruttoverbrauchs ausmachen (EEG 2014) und bis zum Jahr 2024 der Ausbau des Stromnetzes über 5.650 Kilometer erfolgen, wobei dies Neubauvorhaben mit einer Gesamtlänge von rund 2.550 Kilometern umfasst (Bundesnetzagentur 2016). Gerade der Ausbau der Stromnetze birgt technische, ökonomische, aber auch soziale Herausforderungen. Er geht mit Veränderungen an bestimmten Orten einher, die mit Nachteilen und Kosten für Einzelne zum Wohle der Allgemeinheit (Becker et al. 2016) verbunden sind. Obgleich die Zustimmung für die Energiewende nach wie vor hoch ist (Agentur Erneuerbare Energien 2015), regt sich Widerstand deshalb vor allem da, wo Infrastrukturprojekte wie Stromtrassen und Windräder lokale Betroffenheit erzeugen. Die Kritik bezieht sich dabei einerseits auf die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Planung (warum hier, warum so?), aber auch auf grundsätzliche Fragen nach den Risiken der Technologien, dem Verhältnis von Kosten für den Einzelnen und Nutzen für die Allgemeinheit sowie weiteren Gerechtigkeitsaspekten (warum wir?). Daran wird deutlich, dass obgleich die grundsätzlichen Ziele der Energiewende bereits gesetzt sind, die Wege dahin gesamtgesellschaftlich wie konkret vor Ort immer wieder neu erörtert werden müssen (Töpfer et al. 2013, S. 9).

Angesichts lokaler Proteste und Widerstände stehen Entscheidungsträger zunehmend unter Druck, politisch handlungsfähig zu bleiben. Vor diesem Hintergrund rückt das Thema Bürgerbeteiligung auf die Tagesordnung. So wird Beteiligung in Strategie- und Regierungsprogrammen als ein Modus der Konfliktbewältigung bei Infrastrukturplanungen (Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung 2011, S. 44f.) und beim „Vollzug der Projekte der Energiewende“ (Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2013, S. 61) sowie zur Steigerung von Transparenz und Erzeugung von Akzeptanz (Energiekonzept der Bundesregierung 2010) bewertet. Dabei gilt es gerade mit Blick auf Akzeptanz zu unterscheiden, ob Ziele durch bestimmte Prozessqualitäten und die Gewährung von Mitsprache erreicht werden sollen, oder nur unbestimmt die Zustimmung zu Planungen und Entscheidungen erhofft wird. Auch reichen die Argumente, die für erweiterte Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung sprechen, über derartig funktionale und akzeptanzorientierte Aspekte bei der Realisierung von (Infrastruktur-)Projekten hinaus und betreffen ebenso gesellschaftliche und politische Dimensionen: Gegenseitiges Vertrauen, soziale Netzwerke und wechselseitige Lernprozesse werden in Auseinandersetzung mit Fragen der Energieerzeugung und -nutzung auf- und ausgebaut. Vielfältige Perspektiven können zu neuen Handlungsmöglichkeiten beflügeln (Newig et al. 2011; Heinrichs 2005). Und letztlich geht damit einher, dass durch die vielen Beteiligungsprozesse im Rahmen der Energiewende auch das

gesellschaftliche Miteinander belebt (Beck & Ziekow 2011) und die repräsentative Demokratie stärker mit Leben gefüllt werden können (Leggewie & Nanz 2013).

1.1. Fragestellung und Zielsetzung

Worauf aber bezieht sich Bürgerbeteiligung in der Energiewende? Welche Möglichkeiten der Mitgestaltung und des Einflusses sind Bürgern dabei letztlich gegeben und wie finden Verfahren der Beteiligung konkret statt? Solchen Fragestellungen mit klarem Bezug zur Energiewende geht die Forschung am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) nach. Hier ist das Modul B des Forschungsprojektes *DEMOENERGIE – Die Transformation des Energiesystems als Treiber demokratischer Innovationen* angesiedelt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird¹. In seinem Kern zielt das Forschungsprojekt darauf ab, Verfahren der dialogorientierten Bürgerbeteiligung in der Energiewende zu erforschen.

Modul B nimmt dabei einen breiten Fokus ein und fragt danach, welche Ansätze der informellen, daher gesetzlich nicht geregelten, und insbesondere dialogorientierten Bürgerbeteiligung sich in der Energiewende etablieren. Denn gegenwärtig gibt es weder einen Überblick über die Praxis derartiger Beteiligungsverfahren in der Energiewende noch eine belastbare Datenbasis. Damit bleiben evidenzbasierte Aussagen über quantitative Entwicklungen von Beteiligungsprozessen und deren Qualität aus (Alcántara et al. 2013). Die Notwendigkeit einer systematischen Bestandsaufnahme und Entwicklung entsprechender Datenbanken wird deshalb vielerorts betont (u.a. Roth 2014). Vergleichbare Datenbanken existieren im deutschsprachigen Raum bereits für das weite Feld demokratischer Teilhabe. Mit dem Projekt *Prodat* haben die Wissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eine umfassende Datengrundlage erarbeitet, um Aussagen über die Protestentwicklung in Deutschland zu treffen. Dabei legen sie unter anderem dar, wie sich Proteststrukturen oder eine Kultur kollektiven Protestes entwickeln (u.a. Rucht 1998). Die *Datenbank Bürgerbegehren* erfasst die Entwicklung direktdemokratischer Elemente wie Bürgerbegehren (www.datenbank-buergerbegehren.info). Die Datengrundlage erlaubt Aussagen zur Einleitungshäufigkeit von

¹ Die Leitung des Forschungsprojekts DEMOENERGIE oblag Prof. Claus Leggewie und Prof. Patrizia Nanz des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen (KWI) sowie Prof. Klaus Töpfer (IASS) und wurde in Kooperation zwischen den Mitarbeitern beider Institute bearbeitet. Die Projektförderung erfolgte im Rahmen der Fördermaßnahme "Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), die von 2013 bis 2017 im Rahmen des Förderschwerpunkts Sozial-ökologische Forschung (SÖF) des BMBF Rahmenprogramms Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) angesiedelt ist. Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde vom Projektpartner KWI eine Konfliktanalyse zur Erprobung der CCS-Technologie in Brandenburg sowie Aktionsforschung entlang des Leitungsprojektes ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach und Schwandorf durchgeführt. Siehe dazu www.demoenergie.de.

Bürgerbegehren im zeitlichen Verlauf in den verschiedenen Bundesländern zu treffen. In Anlehnung an die deliberative Demokratieforschung (Dryzek 2000, S. 1) sind in jüngster Zeit für den deutschsprachigen Raum aber auch auf internationaler Ebene Datenbanken entwickelt wurden, die auf die Anwendung und Ausgestaltung dialogorientierter Verfahren der Bürgerbeteiligung fokussieren. Datenbanken wie das global ausgerichtete Netzwerk *Participedia* (www.participedia.net) erfassen vielfältige Merkmale der Beteiligungspraxis weltweit, können jedoch kaum die spezifischen Rahmenbedingungen des deutschen Kontextes erfassen, in denen Bürgerbeteiligung stattfindet. Entgegen diesem Fokus auf die Ausgestaltung der Beteiligungsverfahren selber verfolgt die Datenbank ECOPAG (<http://www.edge-project.eu/ecopag/home/>) einen stärker wirkungsorientierten Ansatz. Die quantitative Erhebung und meta-analytische Auswertung der Fallbeispiele zielt darauf ab, Aussagen über den Einfluss von Methoden und Beteiligungskontexten auf umweltpolitische Entscheidungen zu treffen. Andere Datenbanken wie *Partizipation.at* oder auch der *Beteiligungskompass* (www.beteiligungskompass.de) sind weniger theoriegeleitet und geben einen beispielhaften Überblick über Einzelverfahren in der Praxis. Mit ihrem deskriptiven Ansatz ist ein Vergleich zwischen einzelnen Beteiligungsmerkmalen jedoch begrenzt möglich.

Vor diesem Hintergrund wurde im Modul B des Projektes DEMOENERGIE ein erster Überblick über die aktuelle Beteiligungspraxis in der Energiewende erarbeitet und der Öffentlichkeit in Form einer ‚Landkarte der Beteiligung‘ zugänglich gemacht (www.energiebeteiligt.de). Menschen aus der Beteiligungspraxis, Entscheidungsträger oder schlichtweg interessierte Bürger sollen sich die gewonnenen Daten erschließen können. Eine so breite Zielgruppe erforderte eine einfache Datenbankstruktur mit Kategorien, die den Sachverhalt nicht verkomplizieren, sondern sich an eindeutigen Kernaspekten (Ort, Zeit, angewandte Methoden, Zielgruppen) orientieren.

Im Rahmen des Forschungsprozesses wurde darüber hinaus deutlich, dass die Erarbeitung einer erweiterten Datenbank zur systematischen Erfassung von Beteiligungsverfahren von hoher Relevanz ist, um eine Grundlage für weiterführende wissenschaftliche Studien und Analysen zu schaffen. Mit der vorliegenden Studie sind daher zwei Zielsetzungen verbunden:

- (I) Die Analyse einzelner Beteiligungsverfahren schafft die Grundlage für eine systematische Erfassung der Beteiligungspraxis. Erarbeitet wird eine Beteiligungsmatrix, in der zentrale Kategorien und ihre Merkmalsausprägungen angeordnet sind.
- (II) Im Rahmen der Analyse des Fallsets für die Entwicklung der Matrixstruktur soll geprüft werden, inwieweit sich generelle Aussagen über markante Merkmalsausprägungen beziehungsweise Zusammenhänge zwischen bestimmten Kategorien treffen lassen. Obgleich die Fallauswahl nicht als repräsentativ bewertet werden kann, ermöglicht die Analyse der ausgewählten Beispielf Verfahren doch Generalisierungen über das Fallset hinaus. Dies ist damit

zu begründen, dass mit deren Auswahl eine hohe Varianz an kontextuellen und Verfahrensmerkmalen anvisiert wurde, um die Beteiligungspraxis in ihrer Vielfalt abzubilden (zur Bedeutung von Fallstudien für die sozialwissenschaftliche Forschung siehe insbesondere Flyvbjerg 2006).

Übergreifend ist die Zielsetzung der Forschungsarbeit im Modul B des Projektes DEMOENERGIE mit den Fragen verknüpft, a) welche Merkmale die Beteiligungspraxis in der Energiewende aufweist und b) inwieweit sich Aussagen über Merkmalsausprägungen treffen lassen.

1.2. Bürgerbeteiligung – eine Begriffsbestimmung

Die Verständnisse und Definitionen von Bürgerbeteiligung gehen teilweise weit auseinander (für einen Überblick siehe u.a. Roth 2014). Sichtweisen sind unter anderem durch divergierende Auffassungen davon geprägt, was unter Demokratie zu verstehen sei (Newig et al. 2011). Unterschiede zeigen sich zudem in der Verwendung von Begrifflichkeiten. So bevorzugen Alcántara und andere (2013) den Terminus Öffentlichkeitsbeteiligung, wenn es um diskursive Beteiligungsverfahren geht, bei denen neben Bürgern² auch Interessengruppen oder die allgemeine Öffentlichkeit eingebunden werden.

Im Folgenden wird unter Bürgerbeteiligung zunächst verstanden, dass Bürger an kollektiven Willensbildungs-, Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Energiewende beteiligt werden. In dieser Richtung bietet die Definition von Renn (2011, S. 32) eine Orientierung: *„Als Bürgerbeteiligungsverfahren sind hier kommunikative Prozesse gemeint, in denen Personen, die qua Amt oder Mandat keinen Anspruch auf Mitwirkung an kollektiven Entscheidungen haben, die Möglichkeit erhalten, durch die Eingabe von Wissen, Präferenzen, Bewertungen und Empfehlungen auf die kollektiv wirksame Entscheidungsfindung direkten oder indirekten Einfluss zu nehmen. Dabei wird der Fokus weg von der eigentlichen Entscheidung und hin zu dem Weg, auf dem die Entscheidung getroffen wird, verlagert.“* Der Fokus liegt demnach auf Beteiligungsverfahren, die allgemein als informell bezeichnet werden, weil sie ergänzend und ohne staatliche Regulierung stattfinden.

Für den Kontext der Energiewende wird eine weite Definition von Bürgerbeteiligung angelegt, die nicht auf ergänzende Verfahren im Zuge von Infrastrukturplanungen verengt und die vielfältigen Willensbildungs- wie Entscheidungsprozesse in der Energiewende gleichermaßen umfasst.

Gesprochen wird zudem von Bürger- und nicht Öffentlichkeitsbeteiligung. Streng genommen wäre

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für beiderlei Geschlecht.

„Öffentlichkeitsbeteiligung“ ein angemessener Begriff für Verfahren, in denen nicht ausschließlich betroffene Bürger, sondern auch Interessengruppen und Akteure aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung beteiligt sind. Gerade da, wo es um lokale Planungen geht, müssen Vertreter der Vorhabenträger, von lokalen Vereinen oder Bürgerinitiativen eingebunden werden (vgl. z.B. Richter et al. 2016, S. 9ff.). Öffentlichkeitsbeteiligung wird als Begriff jedoch auch für Verfahren angewandt, in denen Bürger als Privatpersonen nicht eingebunden werden, weshalb der Begriff Bürgerbeteiligung in der vorliegenden Studie angemessener erscheint.

Gerade bei der Energiewende als einem sozio-technischen Transformationsprojekt kann es letztlich nicht nur um die Zusammenführung von handlungsrelevantem Wissen gehen. Die heute getroffenen Entscheidungen, wie beispielsweise zum Einsatz bestimmter Technologien, haben langfristige gesellschaftliche Folgen und bedürfen daher einer breitgefächerten Abwägung von Argumenten und Perspektiven. In Anlehnung an die Theorien der diskursiven Beteiligungsforschung (u.a. Habermas 1981) ist gerade der Modus der Kommunikation, des kommunikativen Handelns, für kollektive Abwägungsprozesse von Meinungen und Argumenten entscheidend. Das heißt, dass es einen wechselseitigen kommunikativen Austausch zwischen den Beteiligten gibt, indem sach-orientiertes Wissen, aber auch „Glauben und Werte“ (Renn 2008, S. 278-282) eine Rolle spielen. Im Idealfall findet dieser Austausch fair und mit ausreichend Zeit sowie im theoretischen Sinne mit vollkommener Gleichberechtigung statt, um alle eingebrachten Argumente prüfen zu können (Nanz & Fritzsche 2012).

Im Folgenden wird zudem von Beteiligungsverfahren – oder synonym auch Beteiligungsprozessen – und nicht von Formaten der Bürgerbeteiligung gesprochen. Die Wahl der Begrifflichkeiten verweist darauf, dass Bürgerbeteiligung nicht als ein Anwenden bestimmter Methoden und Formate wie Open Space, Planungszelle oder Zukunftswerkstatt verstanden wird. Vielmehr geht es bei Verfahren der Bürgerbeteiligung um einen Entwicklungsprozess, bei dem verschiedene Elemente (zielorientiert) aufeinander aufbauen und in einen kontextuellen Rahmen eingebettet sind.

1.3. Forschungsstand

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Studie richtet sich auf Ansätze der demokratischen Regelung von Entscheidungsfindungsprozessen im Rahmen der Energiewende. Die Basis für das hier angelegte Verständnis bilden Forschungsarbeiten zur deliberativen Demokratie (Habermas 1998; Dryzek 2000) und zur Bürgerbeteiligung (u.a. Nanz & Fritzsche 2012; Fung 2006). Mit Blick auf empirische Erkenntnisse erweisen sich für den deutschen Kontext insbesondere planungswissenschaftliche Beiträge relevant (u.a. Selle 2013). Hier ist jüngst eine Sammlung von Fallstudien

erschienen, die disziplinübergreifend erste Befunde zur Wirkung und Wirksamkeit von Beteiligungsprozessen herausarbeitet (Ginski & Selle 2013). Darüber hinaus erweisen sich Arbeiten als fruchtbar, die sich mit der Rolle von Akteursgruppen wie beispielsweise öffentlichen Verwaltungen im Kontext von Bürgerbeteiligung befassen (u.a. Klages 2007).

Insgesamt legen Umfragen unter Experten nahe, dass eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit für die Energiewende erforderlich ist (RWE 2012; kritisch dazu Hurtig 2014). Diese Ansicht wird durch die zahlreichen Kommunikationsratgeber und Handbücher untermauert, die in den letzten Jahren zum Thema Bürgerbeteiligung in der Energiewende und bei Infrastrukturplanungen erschienen sind³. Und auch Bürger wünschen sich mehr Mitsprache bei Planungs- und Entscheidungsprozessen, vor allem dann, wenn sie von Infrastrukturprojekten in ihrem Lebensumfeld betroffen sind (Rau et al. 2012). Gerade die formell und juristisch geregelten Verfahren der Infrastrukturplanung geben unzureichenden Raum, um die Vorstellungen und Bedenken betroffener Bürger in allen Phasen der Infrastrukturplanung zu berücksichtigen (Köck & Salzborn 2012, S. 205ff.; speziell zu Unterschieden bei Verfahren nach Bauleitplanung und Fachplanung siehe Seibert-Fohr 2013). Mit Bezug auf die Fachplanung im Netzausbau werden formelle Beteiligungsrechte in Form von Anhörungen und Stellungnahmen auch als „wenig bürgerfreundlich“ (Kubicek 2013, S. 69) kritisiert. Vor allem für den Netzausbau bergen gegenwärtige Rahmenbedingungen wie die hohe Komplexität der Thematik und die Planungskaskade über mehrere politische Ebenen hinweg Herausforderungen für verfahrensergänzende Beteiligungsansätze (Kamlage et al., im Erscheinen). Empfehlungen für eine Erweiterung von Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger und Kommunen zielen vor allem auf die frühen Planungsstufen, also Szenariorahmen und Bundesfachplanung (Deutsche Umwelthilfe 2013, S. 7). Auf Bundesebene werden in diesen Phasen bereits wichtige Zielfestlegungen getroffen, die auf lokaler Ebene nur noch mit Fragen rund um Korridor- und Leitungsverläufe konkretisiert werden. Konfliktstudien zur Carbon Capture and Storage (CCS) Technologie in Brandenburg stützen den Ansatz einer frühzeitigen gesellschaftlichen Diskussion zu Richtungsentscheidungen der Energiewende. Hier zeigt sich, dass lokale Mobilisierung und Debatten Fragen hervorbringen können, die über die lokale Ebene hinausreichen und eine grundlegende gesellschaftliche Erörterung von Technologien und Gestaltungsmaximen der Energiewende auf regionaler- und bundespolitischer Ebene erfordern (Rost 2015).

Ein systematischer Überblick darüber, mit welchen Merkmalen sich gegenwärtig die Beteiligungspraxis ausprägt, besteht bis dato nicht. Eine jüngste Literaturstudie (mit einem weiten Beteiligungs-

³ In den letzten zehn Jahren ist eine Reihe an Leitfäden und Handbüchern für eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit an Infrastrukturvorhaben und beim Ausbau von erneuerbaren Energien erschienen. Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturvorhaben wird beispielsweise als Frühwarnsystem für Verwaltungen und beteiligte Unternehmen bewertet (VDI Richtlinie 7000 „Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten“), werden Anleitungen zur Lösung von Konflikten im Themenfeld erneuerbare Energien (NABU 2006) sowie zur Gestaltung der lokalen Energiewende mit Bürgern formuliert (Krause et al. 2013).

verständnis) legt nahe, dass entsprechende empirische Erkenntnisse höchst fragmentiert und vor allem in Einzelfallstudien vorliegen (Walk et al. 2015)⁴. Gerade lokale Konflikte um Energieinfrastrukturanlagen wie Übertragungsnetze und Windenergieanlagen (Marg et al. 2013) gaben in den letzten Jahren Anlass für eine Reihe an sozialwissenschaftlichen Analysen, die akzeptanzfördernde Faktoren wie beispielsweise eine stärkere Einbindung von Betroffenen in Planungsverfahren im Bereich des Ausbaus des Übertragungsnetzes (u.a. Perez-Carmona 2012; Hübner & Hahn 2013; Schnelle & Voigt 2012; Zimmer et al. 2012; Schweizer-Riess et al. 2010) und der Windenergie (u.a. Schmid & Zimmer 2012; Jobert et al. 2007; Wolsink 2007; Patz & Schubert 1997) erforschen und Hinweise auf Gestaltungsprinzipien von Bürgerbeteiligung geben. Mit den zahlreichen Infrastrukturprojekten findet die Energiewende (bisher) vor allem im ländlichen Raum statt und müssen hier konstruktive Lösungen für lokal auftretende Probleme gemeinsam mit Bürgern gefunden werden (Braun & Knapp 2015).

Die empirischen Studien erfolgen aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven mit verschiedenen Forschungsdesigns. Sie legen gemeinhin nahe, dass die Zustimmung zu Infrastrukturprojekten vor allem von den als fair, offen und transparent wahrgenommen Planungsprozessen (Schweizer-Riess et al. 2010, S. S 24ff.) sowie von gegenseitigem Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit der beteiligten Akteure abhängt (Schmid & Zimmer 2012, S. 47; Zimmer et al. 2012). Dabei zeigt das Beispiel der Beteiligung zur „Thüringer Strombrücke“⁵, dass eine sachliche Kommunikation zwischen den Bürgerinitiativen, Kommunen und Landtagsabgeordneten, der Landesregierung und dem Vorhabenträger nicht immer möglich ist (Schnelle & Voigt 2012)⁶. Aus Sicht von betroffenen Bürgern ist zudem eine frühzeitige und überzeugende Kommunikation sowie ein Prozessmanagement bedeutsam, das mögliche Gestaltungsspielräume im Prozess klar benennt (Hübner & Hahn 2013). Dazu gehört auch, dass Bürger Einflusschancen auf den Planungsprozess erhalten (Renn et al. 2014) und Bürgerbeteiligung nicht zum Mittel der „strategischen Kommunikation“ avanciert (Wilk & Sahler 2014). Für die Zukunft der Bürgerbeteiligung wird entscheidend sein, inwiefern eine Verknüpfung von informellen Beteiligungsprozessen mit formellen Verwaltungsverfahren gelingt. Denn schon jetzt lehnen Bürger ihre Teilnahme an Beteiligungsprozessen ab (Haß et al. 2014). Wie eine derartige Verzahnung funktionieren kann, ist von der Forschung bisher noch weitgehend unterbelichtet geblieben (Walk et al. 2015, S. 55f.).

⁴ Relevante Studien entstehen gegenwärtig im Kontext spezifischer Förderlinien wie jene zur „Umwelt- und gesellschaftsverträglichen Transformation des Energiesystems“ des BMBF. Mit teils sehr diversen Fragestellungen geht es im Kontext von „Konflikt und Akzeptanz“ um den „Technologieneinsatz vor Ort“, um „ökonomische Faktoren“ oder die „Optimierung von Planungs- und Genehmigungsverfahren“, siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung 2015.

⁵ Die Südwest-Kuppelleitung – auch als „Thüringer Strombrücke“ bezeichnet – ist eine 380kV-Leitung, die von Thüringen nach Nordbayern führt.

⁶ Als Ursachen identifizieren die Autoren Bedingungen der Informationsbeschaffung und –verarbeitung seitens der Öffentlichkeit, die auf die Komplexität des Gegenstandes, begrenzte zeitliche wie finanzielle Ressourcen und die Rolle des Vorhabenträgers als Hauptinformationsquelle zurückgeführt wird (ebd., S. 27ff.).

Insgesamt wird deutlich, dass sich lokale Konflikte auf die Art und Weise beziehen, wie Entscheidungen zustande kommen. Hier geht es darum, welche Akteure in welchem Umfang Einfluss auf Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse ausüben (Rau et al. 2012). Vor allem die Rolle von Unternehmen als Vorhabenträger und Organisatoren von Bürgerbeteiligung können die Konfliktlösungsfähigkeit von Bürgerbeteiligung gefährden (Danelzik et al. Eingereicht). In diesem Kontext wird die Einrichtung „zentraler Stellen“ auf Landesebene diskutiert, um die „Professionalität und Allparteilichkeit“ in lokalen Konfliktfällen zu gewährleisten (Roßnagel et al. 2014, S. 6f.). Fallbeispiele zeigen auf, dass in der Praxis auch Vertreter der Landkreise Kommunikations- und Beteiligungsprozesse koordinieren, wie beispielsweise bei der regionalen Planung von Übertragungsleitungen in Schleswig-Holstein (Hirschfeld, Markus und Bernhard Heidrich 2013). Sozialwissenschaftliche Evaluationen deuten darauf hin, dass die Mitträgerschaft des Prozesses durch politische Akteure wie die Landesregierung positiv auf die Legitimität des Verfahrens wirken kann (Ziekow et al. 2013).

Darüber hinaus geht es um Fragen von Transparenz und Fairness, die als Grundanforderungen (Renn 2008, S. 282f.) und unter demokratischer Perspektive als Prinzipien von Beteiligungsprozessen bewertet werden (Nanz & Steffek 2005). Obgleich dies wichtige Bedingungen sind, führt ihre Berücksichtigung nicht zwangsläufig zum Erfolg von Beteiligungsverfahren. Die Forschung hat sich trotz zunehmender Anwendung informeller Beteiligungselemente jedoch nur wenig mit deren Evaluierung befasst, um Hinweise auf Erfolgsfaktoren zu gewinnen (Kersting 2008a, S. 281). Obgleich in den letzten Jahren zunehmend Einzelfallstudien (u.a. Ziekow et al. 2013)⁷ und Meta-Analyse (u.a. Vetter et al. zur Wahrnehmung von Wirkungen von Bürgerbeteiligung) für den umweltpolitischen Bereich auf den Weg gebracht wurden (u.a. Newig & Fritsch 2009a; Beierle & Cayford 2002)⁸, gilt es nach wie vor „mehr über die spezifischen politischen Kontexte [zu] wissen, in denen diese Verfahren tatsächlich erfolgreich sind“ (Saam 2008, S. 257).

Quantitative Beteiligungsstudien mit klarem Energiewendebezug wurden bisher kaum verfolgt. Lenk und andere (2012) legen den Schwerpunkt auf Entwicklungen des ostdeutschen Energiemarktes. Laut ihrer repräsentativen Befragung von Kommunen bewerten diese „Bürgerakzeptanz“ als wichtiges Thema für die Umsetzung von Projekten der Energiewende (S. 24 ff.) und können sich fast 2/3 der

⁷ Die sozialwissenschaftliche Evaluierung des Runden Tisches zum Pumpspeicherwerk Atdorf benennt Gelingensfaktoren für die Lösung von Konflikten. Dazu zählen die gesicherte Responsivität der Behörden im Prozess, die Teilnahme der Vertreter der verschiedenen Interessen und ggf. von neutralen Akteuren, ausreichend Zeit für die Bildung von Gruppenprozessen und Entscheidungsfindung, ergänzende Bürgerforen zur Kommunikation nach außen und Feedbackmöglichkeit, eine neutrale Moderation sowie die Ergebnissicherung in einem Abschlussdokument.

⁸ Meta-Analysen legen den Fokus auf Faktoren, die die Ergebnisse und Wirkungen von Beteiligungsverfahren beeinflussen (für einen Überblick siehe Newig 2011). Die Qualität von umweltrelevanten Entscheidungen wird demnach u.a. durch die Interessen der Beteiligten und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für den Gegenstand des Verfahrens positiv beeinflusst (siehe Drazkiewicz et al. 2015).

Befragten eine stärkere Beteiligung von Bürgern vor allem aus Transparenzzwecken vorstellen. Die ersten Befunde einer explorativen Medienanalyse legen nahe, dass im Ländervergleich gerade Landkreise in Baden-Württemberg, weniger jedoch in Brandenburg oder Schleswig-Holstein Maßnahmen der Bürgerbeteiligung zum Thema erneuerbare Energien ergreifen (Dunker & Mono 2013)⁹.

Neben dem spezifischen Gegenstandsbereich erneuerbare Energien rückt Bürgerbeteiligung im Kontext von Themen des Klimaschutzes und der Stadtentwicklung in den Fokus, wie eine Reihe an Leitfäden zu Fragen der energetischen Sanierung (Fink et al. 2011) oder zur Erarbeitung lokaler Energie- und Klimaschutzkonzepte (Krause et al. 2013) verdeutlichen. So können Bürger in verschiedene Phasen der Konzeptentwicklung im Rahmen von Bürgerwerkstätten eingebunden werden, um den Klimaschutz vor Ort voranzubringen. Dies eingedenk erfährt die Erprobung und Erforschung von Beteiligungsformaten in der Energiewende weniger Beachtung (für einen Überblick zu Formaten siehe u.a. Goldschmidt 2014)¹⁰. Eine Auseinandersetzung mit Formaten fand in Deutschland insbesondere im Kontext der lokalen Agenda 21 Prozesse sowie dem Feld der Stadtentwicklung (Selle 2013; Bischoff et al. 2005) statt. Kritische Einschätzungen konstatieren aber auch, dass sich viele methodischen Herangehensweisen auf der kommunalen Ebene nach wie vor nicht durchsetzen (Klages 2014, 2007). Wie sich dies im Rahmen der Energiewende ausprägt, ist eine der Fragen, die die nachfolgende Analyse anleiten.

⁹ Mit Blick auf Merkmale des Prozesses handelt es sich bei den informellen Verfahren tendenziell um selbstselektive Ansätze, bei denen jeder Interessierte teilnehmen kann. Ergänzende Interviews mit Ansprechpartnern in kleinen Kommunen deuten zudem darauf hin, dass vor allem Verwaltungen als Initiatoren und Organisatoren von Verfahren agieren, dass sich Verfahren über mehrere Veranstaltungen erstrecken und eher der Informationsvermittlung dienen.

¹⁰ Für einen Überblick siehe auch <http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/methoden-verfahren/methoden-verfahren-von-a-bis-z/> (letzter Zugriff am 07.03.2016).

2 Auswertung der Beteiligungspraxis

2.1. Angaben zum methodischen Vorgehen

Bevor nun in die Darlegung der Kategorien und ihren Merkmalsausprägungen eingestiegen werden kann, bedarf es zunächst einiger Worte zur methodischen Vorgehensweise bei der Auswahl und Analyse der Beispielf Verfahren.

Insgesamt wurden 43 der in der Datenbank *Energiebeteiligt* erfassten Beispielf Verfahren für die Erarbeitung der Beteiligungsmatrix gesichtet. Sie sind unter Angabe von Quellen im Anhang dieser Studie aufgelistet. Die Recherche von geeigneten Fallbeispielen der informellen, dialogorientierten Bürgerbeteiligung¹¹ gestaltet sich schwierig, da Hinweise auf Verfahren nur selektiv und nicht gebündelt vorliegen. Um geeignete Beispielf Verfahren aufzuspüren, erfolgte eine Literaturrecherche nach dem Schneeballprinzip. Hinweise fanden sich ferner in den Internetauftritten von Bürgerkommunen, die sich durch ihre Beteiligungsaktivitäten auszeichnen. Als Anhaltspunkt dienen zudem Internetauftritte von Beteiligungsdienstleistern, von Beteiligungsnetzwerken¹² und Stiftungen¹³ und projektspezifische Webseiten (wie beispielsweise zu Planungen von Geothermiekraftwerken unter Beteiligung der Öffentlichkeit)¹⁴. Auch die eingangs bereits angegebenen Datenbanken¹⁵ sowie Forschungsdatenbanken von Ministerien und Behörden wurden nach geeigneten Fallbeispielen durchgesehen. Hinweise auf relevante Verfahren konnten zudem durch den Austausch mit Akteuren der Praxis gewonnen werden.

Die so recherchierten Verfahren wurden im zweiten Schritt daraufhin geprüft, inwiefern sie sich für eine vertiefte Analyse eignen. Leitend für die Auswahl waren zwei Überlegungen: Einerseits zielte die Bestandsaufnahme auf eine möglichst hohe Varianz von charakteristischen Rahmenbedingungen und Verfahrensansätzen, wie Themenbereich, Zielgruppe und Methoden zur Selektion von Teilnehmern, ab (Nanz & Fritsche 2012, S. 24f.). Andererseits mussten aussagekräftige Daten zu den jeweiligen Verfahren für die Inhaltsanalyse öffentlich zugänglich sein. Vielfach gibt es verstreut Hinweise darauf, dass ein Beteiligungsverfahren stattgefunden hat. In den wenigsten Fällen sind entsprechende Daten zum Vorgehen, dem Entscheidungsprozess und Ergebnissen verfügbar. Als Daten dienten der Analyse

¹¹ Bezüglich der informellen, dialogorientierten Bürgerbeteiligung ist anzuführen, dass derartige Verfahren in der Praxis immer wieder Grenzen ausgesetzt sind. Für die Fallsammlung ging es zunächst darum, dass es Hinweise auf eine wechselseitige Kommunikation gibt. Einschränkend ist jedoch nicht in jedem Fall nachprüfbar, wie diese in der Praxis umgesetzt wurde. Hier bedarf es einer weiterführenden Analyse der erfassten Beteiligungsverfahren.

¹² U.a. das Netzwerk Bürgerbeteiligung (<http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/>).

¹³ U.a. die Bertelsmann Stiftung und die Stiftung Mitarbeit.

¹⁴ Wie beispielsweise zu den Beteiligungsprozessen am ‚Ostbayernring‘, www.demoenergie.de.

¹⁵ Beispielsweise *Participedia*, der *Beteiligungskompass* der Bertelsmann Stiftung und die Fallsammlung des Projektes *Vitalizing Democracy* (<http://www.vitalizing-democracy.org>).

vorrangig Protokolle, Dokumentationen und Berichte. Aufgrund der marginalen Quellenlage wurden Eigenveröffentlichungen von beteiligten Akteuren (z.B. Blogbeiträge, Projektwebseiten, Newsletter der Gemeinde) in die Analyse von Beteiligungsverfahren einbezogen. Um Angaben zum kontextuellen Hintergrund, zur Entscheidungsprozess für ein Beteiligungsverfahren zu gewinnen, erwiesen sich Sitzungsprotokolle von Ausschüssen und Parlamenten auf kommunaler, Landkreis-, Landes- und Bundesebene als fruchtbar. Zeitungsartikel, Webauftritte von Bürgerinitiativen gaben darüber hinaus Auskunft über vorherrschende Konfliktkontexte, die jedoch eher ergänzend und nicht vertieft in die Analyse einfließen. Die Bewertung dieser Quellen ist nicht unproblematisch, da Beschreibungen von Beispielfahrverfahren nicht immer Rückschlüsse auf den tatsächlichen Verlauf und die kontextuelle Einbettung von Beteiligungsprozessen zulassen. So werden Protokolle unter anderem von Moderatoren erstellt – und teilweise mit für den Verfahren federführenden Akteuren abgestimmt –, was letztlich mit akteursspezifischen Perspektiven auf den Verlauf verbunden ist. Eine Möglichkeit der inhaltlichen Rekonstruktion und des „Realitätschecks“ bestünde beispielsweise darin, Angaben zum Prozess von verschiedenen Beteiligten zu vergleichen und in die Auswertung einzubinden. Wie die Recherche letztlich zeigt, liegt derartige Quellenmaterial jedoch nur begrenzt vor. Ergänzend wurden daher, wo vorhanden, Forschungsarbeiten wie beispielsweise Evaluationsstudien hinzugezogen. Trotz all dieser Problempunkte bietet die Auswertung der Primärdaten eine gute Grundlage für die Ableitung von Kategorien und ihren Merkmalsausprägungen und darüber hinaus interessante Aspekte für weiterführende Analysearbeiten.

In methodischer Hinsicht wird in der vorliegenden Studie ein Syntheseansatz verfolgt, bei dem ausgewählte Strukturmerkmale von Beteiligungsverfahren und deren kontextuelle Einbettung analysiert werden. Dabei weicht das Vorgehen in zweierlei Hinsicht von den üblichen Studien ab: Einerseits werden nicht allein idealtypische Formate und Methoden beschrieben (Alcántara et al. 2013). Andererseits wird kein meta-analytischer Ansatz angelegt, der mit Blick auf die Datenbasis auf Sekundärliteratur zu Einzelverfahren zurückgreift (Newig & Fritsch 2009a; Beierle & Cayford 2002) und Wirkungs- bzw. Wirksamkeitskriterien herausarbeitet. Vielmehr geht es um einen Vergleich von Merkmalen der Beteiligungspraxis, wobei für die Analyse vorrangig auf Primärdaten in Form von Protokollen und Dokumentationen von Verfahren sowie Eigenveröffentlichungen von Beteiligten (bspw. Projektwebseiten) zurückgegriffen wird.

Die Auswahl geeigneter Kategorien¹⁶ stützt sich auf die Arbeiten des Partizipationsforschers Archon Fung, dessen wissenschaftlicher Ansatz die Erkenntnisse der Aktionsforschung im Rahmen des Projektes DEMOENERGIE widerspiegeln (vgl. auch Richter et al. 2016, S. 23). Fung (2006) schlägt ein

¹⁶ Es gibt bereits eine Vielfalt an Ansätzen, um die Bandbreite der Formate und Methoden zu systematisieren. In seinem kursorischen Überblick schlussfolgert Fuhrmann, dass diese vielfach zu ausdifferenziert sind, um einen praktischen Nutzen zu haben. Siehe Fuhrmann 2014, S. 11.

Framework vor, um die Breite von Gestaltungsmöglichkeiten von Beteiligungsverfahren (hier „mini publics“), ihre Potentiale und Grenzen für demokratische Entscheidungsprozesse besser zu verstehen. Merkmale von Verfahren werden zueinander in Beziehung gesetzt, um auf dieser Basis einen Vergleich zu ermöglichen. Dabei nimmt Fung die Perspektive derjenigen ein, die in der Position sind, Beteiligungsprozesse zu initiieren und zu organisieren. Mit diesem Ansatz wird eine Brücke zwischen der angewandten Praxis und theoretischen Überlegungen demokratischer Verfahrensgestaltung geschlagen (Fung 2003). Ähnlich wie bei konzeptionellen Zugängen der Praxis (Theorie U, Art of Hosting) liegt der Ausgangspunkt der Gestaltung von Beteiligungsverfahren bei der Frage nach Zweck und Zielen (also geht es um Empowerment, Konsultation oder kooperative Problemlösung, siehe ebd., S. 340f.). Daran schließen sich weitere Fragestellungen, die sich dem Praktiker in einem bestimmten Kontext stellen. Dazu gehören beispielsweise:

- Wer wird beteiligt und wie werden die Beteiligten ausgewählt?
- Worum geht es dabei, um welche Themen mit welcher Reichweite?
- Wie ist der Prozess gestaltet (z.B. moderierte Verfahren)?
- Über welchen Zeitraum, mit welchen Wiederholungen wird beteiligt?
- Welche Ergebnisse werden erzielt?

Die Analyse der Beispielf Verfahren orientiert sich an diesen Fragestellungen und greift unter Berücksichtigung des dargelegten Forschungsstandes zentrale Charakteristiken für einen Vergleich auf. Dazu zählen unter anderem die Rolle von Akteuren bei der Initiierung und Gestaltung von Beteiligungsprozessen, die verschiedenen Ansätze, um informellen Verfahren Verbindlichkeit zu verleihen sowie charakteristische Merkmale von Formaten wie Auswahlmethoden, Dauer und Moderation (Fung 2006; siehe auch Nanz & Fritzsche 2012). Durch das induktive Vorgehen taten sich nach der ersten Sichtung der Fallbeispiele besondere Kategorien hervor. So brachte der gewählte methodische Zugang Datenmaterial zutage, das auf bestehende Probleme in der Beteiligungspraxis eingeht. Dazu zählen beispielsweise Aspekte der Finanzierung von Bürgerbeteiligung. Zu anderen Kategorien, wie dem kommunikativen Modus, den Interessen und der Art der Betroffenheit ließ das Datenmaterial wiederum keine belastbaren Aussagen zu. Letztlich diente die Vorgehensweise auch als Test, um die Aussagefähigkeit öffentlich verfügbaren Datenmaterials zu prüfen.

2.2. Merkmale der Beteiligungspraxis

Beteiligungsprozesse sind vielschichtig (spezifisch für politische Prozesse siehe Bächtiger et al. 2010) und lassen sich nicht zwangsläufig auf ein angewandtes Format reduzieren. Wie nachfolgend dargelegt wird, können sie sich aus mehreren Verfahrensabschnitten zusammensetzen und

verschiedene Beteiligungselemente miteinander kombinieren. Vorabgespräche zwischen verschiedenen Akteuren gehören deshalb häufig ebenso dazu wie der kombinierte Einsatz von Informationsweitergabe und Mitsprachemöglichkeiten. Dies gilt es bei einer systematischen Erfassung von Teilnahmeverfahren zu berücksichtigen¹⁷.

Im Folgenden werden zentrale Kategorien und ihre Merkmalsausprägungen dargelegt, wie sie sich aus dem analysierten Datenmaterial ableiten¹⁸. Die Unterkapitel sind dabei entlang der für die Analyse leitenden Fragestellungen gegliedert, also: Worum geht es? Was ist der Gegenstand der Beteiligung? Wie weit reicht das Verfahren? Wer organisiert und trägt die Verfahrenshoheit? Unter welchen Rahmenbedingungen findet Beteiligung statt? Wer wird beteiligt? Wie wird beteiligt? Was sind die Ergebnisse? Dabei hängen die Fragestellungen auf das Engste miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig. So wird sich die Wahl des Gegenstandes darauf auswirken, ob und welches Interesse Bürger für eine Teilnahme mitbringen und welche Ressourcen für einen Prozess erforderlich sind. Konkret: Ob Standorte für potentielle Windenergieanlagen in einer Gemeinde gefunden oder eine bundesweit gültige Mobilitätsstrategie konsultiert werden soll, wird Bürger in unterschiedlichem Maße motivieren, sich einzubringen und Strategien erfordern, um Teilnehmer zu rekrutieren oder um alle relevanten Perspektiven zu integrieren, und so weiter.

2.2.1. Worum geht es?

In der Auseinandersetzung mit Dialog und Beteiligung stellt sich zunächst für den jeweiligen Initiator die Frage, welchen Zweck der Teilnahmeprozess erfüllen kann und soll. Daran orientieren sich weitere Entscheidungen zum Design des Teilnahmeverfahrens, etwa welche Ergebnisse erzielt werden sollen und wer dafür einzubinden ist (Richter et al. 2016).

Art des Teilnahmeverfahrens: Die Auswertung des Datenmaterials zeigt, dass Verfahren nicht immer eindeutig einem Kriterium zugeordnet werden können, etwa weil verschiedene Ober- und Unterziele mit einem Projekt verfolgt oder der Zweck nicht explizit gemacht werden. Insgesamt

¹⁷ So bestehen einige Teilnahmeverfahren teilweise aus mehreren Elementen, wie beispielsweise eine Bürgerwerkstatt mit ergänzenden Arbeitsgruppen oder auch Verfahren, die neben Präsenz- auch online-Formate nutzen. Um damit bei der Registrierung umzugehen, bieten sich verschiedene Möglichkeiten: Für die Datenbank *Energiebeteiligt* wurde beispielsweise jenes Element mit der höchsten Teilnahmestärke erfasst, wenn der Teilnahmeprozess aus mehreren Elementen bestand; siehe dazu das Handbuch zur Datenbank, Richter 2016, S. 3. Eine weitere Möglichkeit wäre die Beteiligungselemente separat nach bestimmten Kategorien wie Teilnehmerzahl, Auswahlmethode, etc. zu erfassen.

¹⁸ Soweit relevant werden dabei vorliegende Systematisierungsansätze (u.a. Alcántara et al. 2013, Newig & Fritsch 2009b) berücksichtigt, um an die Forschungslandschaft anzuknüpfen. Für einen Überblick zu jüngeren Systematisierungen in der deutschen Forschungslandschaft siehe auch Fuhrmann 2014.

können jedoch sechs Arten von Beteiligungsprozessen unterschieden werden, die sich einerseits aus der Literatur¹⁹, andererseits aus der Auswertung des Fallsets ableiten:

Das *lernende Forum*: Im lernenden Forum geht es darum, im gemeinsamen Dialog Meinungs- und Willensbildungsprozesse bei allen Beteiligten anzuregen. Bürger erhalten so die Möglichkeit, ihre Meinungen vorzubringen, zu schärfen und weiterzuentwickeln. Gerade bei technisch und sachlich komplexen Themen der Energiewende sind dafür Informationen wie beispielsweise zum Ablauf von Planungsprozessen oder gesundheitlichen Risiken von technischen Optionen wie Windenergieanlagen erforderlich. Aber nicht nur sachliche, sondern auch ethisch-moralische Argumente können in diesen Foren erörtert werden. Vielfach, so zeigen die Beispielfahrten, werden Fachleute aus Behörden oder Wissenschaftler in den Dialog eingebunden. In methodischer Hinsicht werden Verfahren wie die von Fishkin entwickelten Deliberative Polls zu den lernenden Foren gezählt (Fung 2003, S. 340f.)²⁰.

Das *aktivierende Forum*: Das aktivierende Forum geht noch einen Schritt weiter (als das lernende Forum), weil es über den Lernprozess hinaus darauf abzielt, die nächsten Handlungsschritte anzugehen und Möglichkeiten der Mitwirkung von Bürgern zu eruieren. Beteiligungsverfahren, so zeigt das Fallset, können positiv auf Kooperationen zwischen Bürgern und Akteuren verschiedener gesellschaftlicher Bereiche hinwirken. Beim Open Space im Landkreis Neustadt an der Aisch sollte beispielsweise Bewusstsein für die Energiewende geschaffen werden, der Stein für weiterführende Gruppenarbeit gelegt und diese mit existierenden Projekten verzahnt werden (Landkreis Neustadt a.d. Aisch 2014).

Ein dritter Typ von Bürgerbeteiligung kann als *beratender Prozess* überschrieben werden. Beteiligte bringen ihr lokales Wissen, ihre Perspektiven und Erfahrungen ein, um beispielsweise vorliegende Pläne und Programmentwürfe zu konsultieren. Vielmals geht es darum, zentrale Handlungsfelder aufzuzeigen, Alternativen und Maßnahmen zu priorisieren und Konzeptentwürfe zu kommentieren. Eine beratende Funktion können zudem Umfragen für Entscheidungsträger erfüllen, wie dies beispielsweise mittels Bürgerpanel praktiziert wird. So wurde vor Auftakt des Bürgerforums zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Viernheim ein Bürgerpanel durchgeführt, um Hinweise auf zentrale Themen- und Arbeitsschwerpunkte für den weiteren Prozess zu gewinnen (Stadt Viernheim 2011).

¹⁹ Fung (2003, S. 430f.) unterteilt Beteiligungsformen in vier Kategorien: educative Forum, participatory advisory panel, participatory problem solving cooperation, participatory democratic governance.

²⁰ Vor diesem Hintergrund ist jedoch festzuhalten, dass eine Abgrenzung zu Verfahren, die der reinen Informationsvermittlung dienen, empirisch schwierig ist. Eine Zuordnung wie bei Nanz und Fritsch (2012) oder der Klassifikation nach Arnsteins „Ladder of Participation“ (1969) ist nicht immer eindeutig. Bei der Auswertung des Fallsets war eine Einordnung bei Verfahren wie der partizipativen Gruppendiskussion in Schopfheim und Hasel oder auch beim Dialogforum zur Windkraft im Swisttal nicht klar; weder mit Blick auf emanzipatorische Aspekte noch mit Blick auf die Definition von Beteiligung selber.

Gerade bei anlagen- und standortbezogenen Planungen werden Beteiligungsverfahren initiiert, um Konflikte frühzeitig aufzudecken beziehungsweise zu lösen. Bürger werden dann vor allem aus Gründen der *gemeinsamen Konfliktbearbeitung* beteiligt. Dabei kann es um eine sachliche Klärung von Informationen gehen. Oder aber es gilt bestehende Gestaltungsspielräume im Dialog zu ermitteln, wie beispielsweise Möglichkeiten, um Bürger finanziell an Windenergieanlagen zu beteiligen. Vielfach stehen sich gegensätzliche Interessen gegenüber wie im Fall des Planungs- und Beteiligungsprozesses des Pumpspeicherwerkes Atdorf. Verfahren zur Konfliktbearbeitung wie der hier durchgeführte Runde Tisch weisen dann auch kooperative Züge auf, wenn es um die gemeinsame Entwicklung von Lösungs- und Kompromissvorschlägen im Rahmen von Infrastrukturprojekten geht (Ziekow et al. 2013, S. 69).

Partizipative Planung und Projektentwicklung: Bei derartigen Beteiligungsverfahren entwickeln Bürger gemeinsam mit Vorhaben- und Entscheidungsträgern, lokalen Interessengruppen und Fachexperten Handlungsalternativen und -konzepte zu teilweise bestehenden Vorplanungen. Anders als in der Konfliktbearbeitung geht es hier nicht primär um die Vermittlung zwischen Interessengruppen, die Versachlichung des Dialogs zwischen Parteien und Kompromisslösungen. Nimmt man das Beispiel des Trassenuntersuchungsteams in Windischeschenbach, so war das Ziel, mit per Los ausgewählten Bürgern, mit Vertretern von Behörden und des Vorhabenträgers, mit Planern und lokalen Interessengruppen Trassenverläufe für eine neue Höchstspannungsleitung zu entwickeln, die den vorab identifizierten Kriterien der Sozial-, Umwelt- und Raumverträglichkeit entsprechen (Molinengo & Danelzik 2016). Bei den Ideenwerkstätten in der Region Ems-Weser-Elbe ging es neben der Konzipierung von Energiewendeprojekten auch darum, Mitstreiter für die fachliche Umsetzung erarbeiteter Handlungskonzepte zu finden (Forum Energiewende 2016).

Ein letzter Typ der Beteiligung kann wohl als der ambitionierteste verstanden werden. *Kooperative Politikgestaltung* (in Anlehnung an Fung 2003) zeichnet sich dadurch aus, dass die Beteiligung von Bürgern eine auf Dauer gestellte Zusammenarbeit mit politisch-administrativen Akteuren umfasst. Dieser Typus unterscheidet sich insofern von den anderen, weil er nicht die eigentliche (Initiatoren) Zielstellung erläutert. Wie im Fall des *Arbeitskreises Energie und Umwelt* in Weyarn sind in der Satzung verankerte Rahmenbedingungen für eine dauerhafte kooperative Arbeitsweise zwischen Bürgern und der Politik beziehungsweise der Verwaltung vorhanden²¹. Kooperative Politikgestaltungsprozesse können demnach ein Forum bieten, um eigeninitiativ die Energiewende vor Ort mitzugestalten und mit der lokalen Politik Richtungen vorzugeben.

²¹ Diesen Rahmen bietet das Zwei-Säulen-Modell der Entscheidungsfindung, das in der kommunalen Satzung der Gemeinde Weyarn verankert ist; siehe Gemeinde Weyarn 2013. In diesem Kontext wird zukünftig zu prüfen sein, inwieweit es sich bei Beteiligungsformen wie den Arbeitskreisen in Weyarn noch um informelle Beteiligung handelt, da durch die kommunal verankerten Richtlinien ein höherer Formalisierungsgrad vorliegt.

2.2.2. Was ist der Gegenstand der Beteiligung?

Aus der Perspektive der Organisation von Beteiligungsprozessen beeinflusst der Gegenstand der Beteiligung, welche individuelle Betroffenheit bei Personen ausgelöst wird (Rost 2015, S. 37f.), wie der Prozess zu gestalten ist und auch, welche Ergebnisse er zeitigen kann (Fung & Warren 2011). Gegenstände oder Probleme, zu dem ein Beteiligungsprozess durchgeführt wird, unterscheiden sich durch verschiedene Charakteristiken, zu denen erforderliches Wissen (z.B. sachlich-technisches Wissen), die politische Komplexität (z.B. polarisiert ein Problem, gibt es starke Lobbygruppen?) oder auch die Konflikthaftigkeit gezählt werden (ebd.)²². Von der Art des Gegenstandes hängen ferner zeitliche Aspekte ab, wie beispielsweise zu welchem Zeitpunkt in politischen Entscheidungsprozessen Bürger eingebunden werden und welche Reichweite ein Verfahren (noch) zulässt. Anhand des Datenmaterials lassen sich grob drei Gegenstandsbereiche unterteilen (in Anlehnung an Beierle & Cayford 2002, S. 10f.): *Grundsatzfragen, Programm- und Konzeptentwicklung und Standort- bzw. Anlagenplanung*.

Im Bereich der *Standort- und Anlagenplanung* konnte eine Reihe Beteiligungsverfahren recherchiert werden, die als Ergänzung zu formellen Beteiligungsmöglichkeiten der Raum- und Fachplanung stattfinden. Dazu zählen beispielsweise Verfahren zur Identifizierung von Windvorrangflächen (wie bei der Planungswerkstatt in Schorndorf-Winterbach), zur Prüfung von Raumverträglichkeitskriterien bei der Planung von Übertragungsleitungen oder von Pumpspeicherwerken. Sind Standorte bereits identifiziert, finden Verfahren auch zur Abwägung von Gestaltungskriterien statt, wie zum Beispiel über mögliche finanzielle Beteiligung an Windenergieanlagen von Gemeinden und Bürgern, wie im Fall des Bürgerdialogs zum Windpark Petkus in Brandenburg (Krause et al. 2013). Als ein weiterer Gegenstand kann die Entwicklung von *Handlungsprogrammen und –konzepten* vor allem im Zuge von Verwaltungsverfahren gelten. Wie die Beispielf Verfahren in Kyritz und Viernheim zeigen, werden gerade auf kommunaler Ebene lokale Klimaschutz- und Energiekonzepte mit Bürgern konsultiert, Maßnahmen priorisiert und gegebenenfalls ergänzt. Die Entwicklung von Projekten wie mobile Wärmespeicher oder energieautarke Stadtteile findet zudem ohne Anlass konkreter Verwaltungsverfahren statt, wie das Beispiel der vielen Ideenwerkstätten zur Energiewende in der Region Ems-Weser-Elbe verdeutlicht (Forum Energiewende 2016). Ein dritter Bereich kann mit *Grundsatzfragen* überschrieben werden. Gegenstand der Bürgerbeteiligung sind prinzipielle Fragen, die beispielsweise den Bedarf verschiedener erneuerbarer Energieträger klären, um klimapolitische Ziele zu erreichen (wie u.a. beim Bürgerforum Erneuerbare Energien in Wiesbaden). Bei anderen Verfahren erörtern Bürger mit Entscheidungs- und Vorhabenträgern Kriterien und Mindestanforderungen, die bei der Auswahl von Standorten der Tiefen Geothermie (Ewen und

²² Siehe u.a. Chappell, die zwei Merkmale „issue complexity“ und „issue salience“ als Erfolgskriterien für Bürgerbeteiligung identifiziert, Chappell September/2008, S. 190ff.

Knapstein, Yvonne und Jan Ziekow 2012) oder eines Endlagers hochradioaktiver Stoffe angelegt werden sollten (Bürgergutachten 2015). Mit der Erörterung solch grundsätzlicher Fragen, die zumeist an einem frühen Zeitpunkt in Entscheidungsfindungsprozessen gestellt werden, können Bürger Einfluss auf Handlungsstrategien und Richtungsentscheidungen lokaler und regionaler Regierungen gewinnen.

Zahlreiche Verfahren konnten recherchiert werden, bei denen verschiedenen Technologien der Energiewende im Zentrum stehen: Ob Windenergie-, Biogas- und Geothermieranlagen, Übertragungsnetze oder Pumpspeicherwerke, diese Technologien der *Energiegewinnung*, -*speicherung und -verteilung* gehen mit unterschiedlichen rechtlichen, planerischen, technischen Anforderungen und sozio-ökologischen Risiken einher (Renn et al. 2007). Dabei zeigt das Fallset, dass Bürger vor allem bei Planungen von Windenergieanlagen und Stromnetzen ergänzend eingebunden werden. Weniger prominent in der Fallauswahl sind Prozesse vertreten, bei denen es um die Förderung der energetischen Sanierung oder auch die Erörterung von Mobilitätsstrategien geht²³. In Leipzig gab es ein Online-Forum, das Erfahrungen und Anregungen zur Finanzierung und Handlungsmöglichkeiten für Eigentümer und Mieter einholte und diskutierte (Stadt Leipzig & Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) 2013). In einem Gutachten legten Bürger in Berlin Potentiale und Grenzen der Verbindung von Energie- und Verkehrswende in ausgewählten Stadtteilen der Hauptstadt dar (Bach et al. 2014).

Unabhängig von spezifischen Technologien steht auch die *Energiewende ganz allgemein* im Fokus, etwa wenn es um die Formulierung von Zukunftsvisionen vor Ort geht (Stadtwerke Wolfhagen 2012). Nicht in jedem Verfahren drehen sich Diskussionen allein um Energiefragen. Vielmehr können diese auch in Beteiligungsprozesse eingebettet sein, bei denen Bürger mit Interessengruppen über eine nachhaltige Stadtentwicklung debattieren. In solchen themenübergreifenden Verfahren Handlungswege zu entwickeln, kann Auswirkungen auf Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche öffentlicher Dienststellen (Ämter, Referate, usw.) haben.

Einen Sonderbereich bildet die Suche eines Endlagers für hochradioaktive Stoffe. In Deutschland ist eine Sonderkommission des Bundestages damit betraut, Kriterien für die Suche eines Standortes wie für den Auswahlprozess zu erarbeiten. Hier wurde Bürgerbeteiligung zum zentralen Bestandteil und gab Anlass für eine Reihe von Dialogen, die seit Sommer 2015 geführt werden (Deutscher Bundestag 2016). Unabhängig davon erarbeiteten im Rahmen eines Forschungsprojektes per Los ausgewählte Bürger aus ganz Deutschland Kriterien für diesen Suchprozess (Bürgergutachten 2015).

²³ Dies mag vielfältige Gründe haben, die mit dem Thema selber beziehungsweise dem Datenmaterial zu tun haben. Andere Erklärungen sind denkbar, können jedoch an dieser Stelle nicht erörtert werden und verweisen auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen.

2.2.3. Was ist die Reichweite des Verfahrens?

Mit dem Gegenstand verknüpft ist die Reichweite eines Beteiligungsprozesses. Im Folgenden werden dabei vor allem zwei Dimensionen unter Reichweite diskutiert.

Bürgerbeteiligung in der Energiewende ist wie in anderen Themenbereich auch vorrangig ein Thema der kommunalen Ebene (Vetter 2008). Die Frage nach der Reichweite kann deshalb klären, ob Verfahren vor allem vor Ort wirken oder ebenso Auswirkungen auf landes- und bundespolitisches Handeln nach sich ziehen (Newig & Fritsch 2009a). Reichweite²⁴ bezieht sich in diesem Kontext einerseits auf die für die Umsetzung der Ergebnisse zuständige Regierungsebene²⁵. Geht es also um das Windrad vor der Haustür oder landesweite Ausbaupläne für Windenergie? In den überwiegenden Fällen finden Beteiligungsverfahren innerhalb der Gemeinde, einer Stadt oder auch vereinzelt auf der Ebene der Landkreise statt. In einigen Bundesländern wie Brandenburg werden regionale Planungsgruppen wie jene für die Region Oderland-Spree aktiv, um Bürger in die Entwicklung regionaler Energiekonzepte einzubinden (Weinert 2013)²⁶. Weniger Verfahren konnten für die Stadtteilebene (u.a. zur Wärmeversorgung in Rottweil/Hausen siehe Renn et al. 2006), die *Landesebene* und *Bundesebene* recherchiert werden. Im Wirkungsfeld der Landesebene ist Baden-Württemberg hervorzuheben, das sich mit dem Regierungswechsel 2011 eine „Politik des Gehörtwerdens“ auf die Fahnen geschrieben hat. Damit verbunden ist auch eine neue „Planungskultur“, die eine Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung vorsieht (Haug & Schmid 2014). Anwendung fand diese Vorgehensweise beim landesweiten Beteiligungsverfahren zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept, bei dem Bürger sowie Interessenvertreter und Verbände den Entwurf der Regierung frühzeitig bewerten konnten. Dafür wurden Beteiligungsforen in Form von Bürgertischen und ergänzenden Online-Formaten eingerichtet, in denen die Teilnehmer Maßnahmen abwägen und Empfehlungen für die Weiterarbeit formulierten. Auf der *Bundesebene* findet Bürgerbeteiligung bisher kaum statt (Nanz & Leggewie 2016). Da, wo sie ein Bestandteil von Verwaltungsabläufen ist, bezieht sie sich insbesondere auf die Konsultation von themenspezifischen Konzepten wie die Mobilitätsstrategie des Bundesverkehrsministeriums (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) 2013).

²⁴ Selle sieht fünf wichtige W-Fragen, wenn man „Kommunikationssituationen“ und damit auch Beteiligungssituationen seiner Beschreibung nach verstehen will: Was? Wer? Wie? Wie weit? Warum? Dabei bewertet er die Frage nach der Reichweite von Beteiligungsangeboten als zwar zur Was-Frage zugehörig, sollte jedoch aufgrund ihrer „grundsätzlichen Bedeutung“ als eigene Kategorie stehen, siehe Selle 2000, S. 60f.

²⁵ Hier geht es um die politische Ebene der zuständigen Entscheidungsträger oder der Verwaltungseinheiten, die für die Ausführung von Vorschriften bzw. der Prüfung und der Genehmigung konkreter Projektplanungen zuständig sind.

²⁶ Beispielsweise hat die Regionale Planungsgruppe Oderland-Spree Bürger via Online-Forum in die Entwicklung des Regionalen Energiekonzeptes einbezogen; siehe Weinert 2013.

Unter der Kategorie Reichweite ist andererseits zu fragen, welche Möglichkeiten der Mitgestaltung, des Einflusses und der Entscheidung gegeben sind (siehe dazu auch Selle 2000). Gerade im Netzausbau ist oft kritisiert, dass auf der lokalen Ebene die prinzipiellen Entscheidungen zum ‚Ob‘ einer Leitung bereits gefallen sind, wenn Bürger eingebunden werden. Die Ziele sind damit bereits gesetzt. Bürger können im Rahmen des Raumordnungsverfahrens bestenfalls noch daran mitwirken, welche Korridorvarianten für Übertragungsleitungen in Betracht kommen oder welche technischen Maßnahmen zum Einsatz kommen (Kubicek 2013). Am Anfang eines Beteiligungsprozesses muss daher explizit und transparent dargelegt werden, welche Handlungs- und Entscheidungsspielräume noch zur Verfügung stehen²⁷. Aus dem Datenmaterial des Fallsets geht nicht in gleichem Maße hervor, ob und wie dies im Einzelfall realisiert wurde. Beim Beteiligungsprozess zur neuen Stromleitung in Windischeschenbach wurde beispielsweise in der Auftaktveranstaltung dargelegt, dass es nach aktuellem Planungsstand um die Entwicklung von Trassenvarianten, nicht mehr den grundsätzlichen Bedarf der Leitung geht (Kulturwissenschaftliches Institut Essen 2014).

Mit Blick auf die *Ergebnisoffenheit* zeigen die analysierten Verfahren graduelle Unterschiede: Einige Verfahren setzen da an, wo Herausforderungen zwar bereits identifiziert sind, die Wege und Strategien, um ihnen zu begegnen - wie beispielsweise Ansätze für eine innovative Energieversorgung (Pfenning & Benighaus 2008, S. 203ff.) -, aber noch offen sind. Bei anderen Verfahren sind die Themen der Erörterung vorab bereits bestimmt. Dies ist etwa bei der Konsultation von Energiekonzepten der Fall, wenn Bürger Maßnahmen kommentieren, ergänzen und bewerten. Ergebnisoffenheit besteht in diesen Fällen dahingehend, dass Handlungsalternativen vorab nicht aus der Betrachtung ausgeschlossen werden und damit Projekte oder einzelne Maßnahmen prinzipiell auch nicht zustande kommen könnten.

Eine weitere Variante der Reichweite im Verfahren zeigen informelle Verfahren, die ergänzend zu projektspezifischen Planungsprozessen durchgeführt werden. Sie stellen meist verschiedene *Handlungsalternativen* zur Disposition. *Alternativen*, wie beispielsweise Korridore für Leitungsverläufe beim Netzausbau, können bereits vorgegeben sein. Die gemeinsame Erörterung dient dann der Priorisierung der Varianten²⁸. Oder Bürger, Experten, Entscheidungsträger und lokale Akteure

²⁷ Beispielsweise war dies im Fall der Bürgerdialoge zur Ost- und Westküstenleitung in Schleswig-Holstein der Fall. Hier ging es letztlich um die Erörterung konkreter Leitungsverläufe und Nutzung technischer Möglichkeiten. Die Frage des Ob der Leitung stand jedoch nicht mehr zur Disposition.

²⁸ Dies war u.a. der Fall bei den Trassierungswerkstätten, die der Übertragungsnetzbetreiber TransnetBW zur Identifizierung von Leitungsverläufen der neuen Höchstspannungsleitung von Goldshöfe nach Bünzwangen durchgeführt hat.

erarbeiten gemeinsam Möglichkeiten des Leitungsverlaufs aus, wie beim Beteiligungsprozess zur Übertragungsleitung „Ostbayernring“²⁹.

Die Auswertung der Beispielf Verfahren zeigt, dass in einigen wenigen Fällen die Teilnehmer den *Prozess selbst gestalten*. Dabei sind die Beteiligten aufgefordert, ohne konkrete Vorhaben Themen zu identifizieren und im Dialog Lösungsansätze zu entwickeln (Burow 2010). So ging es in Baunatal zunächst darum, die für die Beteiligten wichtigen Themenbereiche zur zukünftigen Entwicklung ihrer Stadt herauszuarbeiten.

2.2.4. Wer organisiert und trägt die Verfahrenshoheit?

Beteiligungsverfahren können von ganz unterschiedlichen Akteuren initiiert und organisiert sein. Sie wirken als Träger³⁰ und Organisatoren von Beteiligungsprozessen maßgeblich auf die Zielsetzung sowie die Gestaltungselemente von Beteiligungsverfahren und bestimmen so auch ihren Verlauf und den Rahmen für mögliche Ergebnisse und den Umgang mit ihnen (Molinengo & Danelzik 2016). Wie Erfahrungen aus anderen Bereichen wie der Stadtentwicklung zeigen, können sie Beteiligung gewähren, Prozesse aber auch manipulieren oder als Scheinbeteiligung ins Leere laufen lassen (Selle 2000). Die Organisatoren und Träger von Beteiligungsverfahren gilt es daher genauer in den Blick zu nehmen.

Zunächst zeigt die Analyse des Datenmaterials, dass insbesondere Unternehmen als *Vorhabenträger* von Infrastrukturprojekten informelle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger eröffnen. Im Zuge des Netzausbaus erproben beispielsweise Übertragungsnetzbetreiber neue, teilweise mehrstufige (dazu vertiefend an späterer Stelle im Text) Verfahrensansätze mit Trassenuntersuchungsteams, Kontaktgruppen und Trassierungswerkstätten (für einen Überblick siehe auch Kamlage et al., im Erscheinen). Dem Fallset nach sind kommunale Unternehmen als Träger von partizipativen Verfahren weniger aktiv. In den Beispielen werden sie als Träger von Energieprojekten wie im Fall der Geothermie in Groß-Gerau oder bei der Durchführung von Ideenwerkstätten wie in der Region Ems-Weser-Elbe aktiv, um lokale Projektideen zu entwickeln und in die Umsetzung zu bringen. In Wolfhagen erhielten sie dabei Unterstützung von der lokalen Politik, um mit Bürgern die Energiewende vor Ort voranzubringen (Stadtwerke Wolfhagen 2012). In Bielefeld wiederum wurde ein breiter Konsultationsprozess zum Energiekonzept der Bielefelder Stadtwerke auf Beschluss des Rates der Stadt initiiert, unter Zusammenwirkung von Verwaltung und Stadtwerk konzipiert und in

²⁹ Die Kategorie der Ergebnisoffenheit ist nicht für jedes Verfahren der informellen Bürgerbeteiligung zutreffend. Bürgerpanel wie in Landsberg oder Viernheim werden durchgeführt, um Beteiligungsprozesse mittels einer Vorab-Umfrage besser vorzubereiten.

³⁰ Mit Träger sind bestimmte Personen und Personengruppen gemeint, die für die Konzeptionierung, Durchführung und Auswertung eines Beteiligungsprozesses zuständig sind.

der Durchführung getragen. So übernahm die Auswahl der Beteiligten im Bürgerbeirat das städtische Amt für Statistik und Wahlforschung (Verwaltung der Stadt Bielefeld 2011). Das Zusammenwirken von kommunalen Unternehmen mit der lokalen Politik und Verwaltung ist mit Blick auf Beteiligungsprozesse bisher jedoch kaum erforscht³¹.

Die Auswertung der Beispielfahrten zeigt, dass größtenteils Vertreter aus *Politik und Verwaltung* Beteiligungsprozesse organisieren. Die Federführung übernehmen in diesen Fällen beispielsweise Umwelt-, Bau- oder Stadtentwicklungsämter und ihre Fachreferate auf lokaler Ebene, Verwaltungen für Wirtschaft und Regionalmanagement der Landkreise oder regionale Planungsgruppen³². Manche Gemeinde greift dabei auf die Expertise von kommunalen Dienststellen zurück, die auf die Energiewende spezialisiert sind, wie das Brundtlandbüro in Viernheim. In einigen Bundesländern gibt es inzwischen zentrale Stellen, die Gemeinden bei der Auswahl von Moderatoren, der Organisation und Durchführung von Beteiligungsprozessen unterstützen und ihre Expertise zur Gestaltung von Beteiligungsverfahren einbringen (u.a. die HessenAgentur). Auch Bürgermeister können eine Schlüsselrolle einnehmen, wenn es darum geht, Beteiligungsverfahren auf den Weg zu bringen. Und, wie im Fallset deutlich wird, wirken sie auch an der Erarbeitung von Beteiligungskonzepten mit (siehe Burow 2010). Für Räte und Verwaltungen konstatiert Klages (2007) eine „Widerstandsneigung“, die mit „Vorbehalten gegenüber Bürgerbeteiligung“ aufgrund von Erfahrungswerten einhergeht (S. 30). Inwieweit dies für verschiedene Behörden und Ressorts auf der kommunalen, regionalen und bundespolitischen Ebene gleichermaßen gilt und sich auf Beteiligungsprozesse auswirkt, muss an dieser Stelle offen bleiben und gibt Raum für weitere Forschungsarbeiten.

Weniger Verfahren konnten recherchiert werden, die von *zivilgesellschaftlichen Organisationen*³³ wie beispielsweise Naturschutzorganisationen organisiert werden. Dies mag vielfältige Gründe haben. Fehlende Ressourcen sind naheliegende Erklärungen. So ging beim BarCamp Renewables die Initiative von einem Netzwerk, den Energiebloggern, aus. Spenden von Unternehmen im Bereich erneuerbarer Energien und die prozedurale Unterstützung durch das Regionalmanagement Hessen tragen dazu bei, dass das bundesweite Vernetzungstreffen nun schon mehrere Jahre in Folge

³¹ Dabei ist die Rolle von Stadtwerken mit Blick auf Bürgerbeteiligung durchaus interessant. So deuten jüngste Umfragen darauf hin, dass ihnen die Bürger tendenziell mehr Vertrauen entgegenbringen als den Stadtverwaltungen VKU 17.02.2016.

³² Laut der Daten wirken vor allem fachspezifische Ausschüsse, wie technische Bau- und Planungsausschüsse oder Ausschüsse für Umwelt und Technik auf einen entsprechenden Beschluss zur ergänzenden Bürgerbeteiligung hin. Auch gewählte Mandatsträger wie Stadt- und Gemeinderäte, Mitglieder von Landesregierungen oder Bürgermeister ergreifen die Initiative.

³³ Zivilgesellschaft wird hier akteursorientiert aufgefasst und damit von den anderen gesellschaftlichen Bereichen Staat, Markt und Privatsphäre unterschieden. Darunter zählen Initiativen, Vereine, Stiftungen, nicht-profitorientierte und nichtstaatliche Organisationen, die sich gesamt- oder teilgesellschaftlichen Zielen widmen. Sie nehmen Einfluss auf die öffentliche Meinung oder erbringen gemeinwohlorientierte Güter oder Leistungen, vgl. dazu Zimmer 2011, S. 50f..

stattfindet. Arbeitskreise und Beiräte wie der *Energiebeirat* in Wettenberg und der *Arbeitskreis Energie und Umwelt* in Weyarn gründen sich autonom und bestimmen ihre Arbeitsweise im Rahmen von institutionellen Rahmenbedingungen selbstständig. In der Satzung der bayerischen Gemeinde ist beispielsweise festgelegt, dass Arbeitskreise einen Sprecher zu bestimmen, ihre Arbeitssitzungen zu protokollieren und die Planungsergebnisse der Stadt vorzulegen haben (Klee 2014).

Eine Reihe an Verfahren findet im Rahmen von *wissenschaftlichen Projekten* statt. Bei einigen sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben geht es darum, Modellprojekte zur Gestaltung der Energieversorgung auf lokaler Ebene zu initiieren sowie Erkenntnisse zu gesellschaftlich drängenden Fragestellungen, wie die Findung eines Endlagers für hochradioaktive Stoffe, zu generieren. Teilweise kooperieren Wissenschaftler mit Unternehmen bei der Gestaltung und Durchführung informeller Beteiligungsprozesse im Feld, wie das Beispiel des Beteiligungsprozesses zum Leitungsprojekt ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach verdeutlicht.

Bei derartigen *Mischmodellen* sind mindestens zwei Parteien für die Organisation und Durchführung von Bürgerbeteiligung zuständig. So gehen Forscher und Unternehmen Kooperationen ein, wie es beispielsweise im Netzausbau bereits der Fall ist (siehe das Forschungsprojekt DEMOENERGIE), oder Akteure der Stadtgesellschaft organisieren gemeinsam mit Wissenschaftlern Beteiligungsforen wie die Bürgerwerkstatt zur Fotovoltaik in Konstanz³⁴. Für den Beteiligungsprozess zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Bielefeld arbeiteten die Stadtverwaltung und Stadtwerke an der Umsetzung. Einen besonderen Weg „regionaler governance“ (Hirschfeld & Heidrich 2013) ist das Land Schleswig-Holstein beim Ausbau von Übertragungsnetzen gegangen. Auf Initiative von Netzbetreibern und dem Wirtschaftsministerium wurde hier eine Netzentwicklungsinitiative gegründet, in die weitere Interessengruppen und betroffene Landkreise eingebunden wurden (Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein 2011). Dabei agierten wiederum die Landkreise als Organisatoren von ergänzenden Dialog- und Beteiligungsmöglichkeiten und als Mittler zwischen Gemeinden und der Landesregierung.

Die Beispiele zeigen, dass in der Praxis ganz unterschiedliche Akteursgruppen Bürgerbeteiligung organisieren und vielfältige Kooperationen geschlossen werden, um Möglichkeiten der Mitwirkung für Bürger zu schaffen. Interessant ist letztlich, auf welche Weise sich derartige Akteurskonstellationen auf den Verlauf und die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen auswirken.

³⁴ Die Bürgerwerkstatt zur Fotovoltaik in Konstanz wurde beispielsweise von der Stadtverwaltung, Konstanzer Hochschul- und Forschungseinrichtungen wie den Stadtwerken organisiert; siehe Stadt Konstanz 2012.

2.2.5. Unter welchen Rahmenbedingungen findet Beteiligung statt?

Ob Bürgerbeteiligungsverfahren letztlich durchgeführt werden, hängt von einer Reihe an Überlegungen ab. Mit kontextuellen Faktoren, die auf Verlauf und Ergebnisse von Beteiligungsprozessen wirken, hat sich die Forschung bisher nur ansatzweise beschäftigt (Abelson & Gauvin 2006). Weitgehend unberücksichtigt bleibt in der Evaluationsforschung, welchen Einfluss Ansätze der Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung auf die Praxis ausüben. Denn, so die Annahme, Beteiligungsprozesse brauchen verlässliche und verstetigte Strukturen, damit sie langfristig das Vertrauen zwischen Bürgern, Verwaltung und Politik stärken können (Vetter et al. 2013). Dazu werden verbindliche Regelwerke wie Richt- und Linien oder beteiligungsspezifische Zuständigkeiten wie Dezernenten oder Stabsstellen gezählt. Neben derartigen förderlichen Rahmenbedingungen erweisen sich aus empirischer Sicht zudem Kostenfaktoren als relevant. Kosten entstehen mit Blick auf die Organisation (Personal, Moderation, Sach- und Kommunikationsmittel), aber auch die zeitlichen Ressourcen der Beteiligten. Fehlende finanzielle und personelle Ressourcen zählen zu den zentralen Gründen für Umsetzungsschwierigkeiten oder werden von Kommunen gar als Grund für die Verhinderung von Verfahren angeführt (Gabriel & Kersting 2014, S. 95f.; Landua et al. 2013). Das Budget ist entscheidend dafür, in welchem Umfang und mit welchen Methoden Bürger in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden, ob Moderatoren beauftragt und Teilnehmer für ihren zeitlichen Aufwand entschädigt werden können.

Höhe der finanziellen Mittel: Die Spannbreite der finanziellen Ressourcen, die für ein Beteiligungsverfahren aufgewendet werden, ist groß. Vielfach sind die tatsächlichen Kosten, die durch vorbereitende und Öffentlichkeitsarbeiten, Honorare von Moderatoren, Experten und Gutachtern, der Bereitstellung von Räumlichkeiten, Technik und Catering entstehen nur schwer genau zu beziffern. Bei Großprojekten wie dem Runden Tisch zum Pumpspeicherwerk Atdorf belaufen sie sich auf rund 1 Millionen Euro (Zweynert 2012)³⁵. Für die Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie nahmen die Gemeinden Schorndorf und Winterbach aus ihren Haushaltsmitteln insgesamt um die 30.000 Euro in die Hand³⁶. Insgesamt verdeutlicht das Datenmaterial jedoch, dass wenig Transparenz über die Höhe der Kosten für Beteiligungsprozesse besteht.

Finanzierung: Wo aber kommen die Mittel nun her? Wie sich zeigt, sind die Quellen äußerst divers. Verfahren werden von Unternehmen finanziert, etwa wenn sie Vorhabenträger von Infrastruktur-

³⁵ In dieser Summe ist die sozialwissenschaftliche Begleitung und Evaluation des Runden Tisches einberechnet.

³⁶ Laut Sitzung des Gemeinderates belaufen sich die Kosten auf 29.000 Euro, an denen sich die Gemeinde Winterbach beteiligt. Mittel fallen an für die Vorbereitung, die Moderation, Verpflegung und Raumkosten bei den jeweiligen Veranstaltungen sowie Kosten für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit; siehe dazu Gemeinderat Schorndorf 2012.

projekten wie Übertragungsnetzen sind oder – wie im Fall des BarCamp Renewables - mittels Spenden einen Prozess unterstützen. Daneben werden Mittel der öffentlichen Hand verwendet, wenn Behörden und Verwaltungen Bürgerbeteiligung durchführen. Kommunen schließen sich auch zusammen, um wie im Fall der Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schorndorf und Winterbach die Kosten zu teilen. Auch Preisgelder können Kommunen überhaupt erst in die Lage versetzen, Beteiligungsverfahren durchzuführen, wie im Fall von Viernheim. In einigen Bundesländern können Gemeinden erforderliche Mittel bei Einrichtungen des Landes beantragen, beispielsweise um Moderatoren und Dienstleister zu engagieren. Derartige Angebote stehen seitens des Landesprogramms Energieland Hessen oder der Energieagentur NRW³⁷ zur Verfügung. Bürgerbeteiligung wird zudem im Rahmen von Forschungsprojekten, etwa von Bundes- und Landesministerien, von Bundesbehörden und landesspezifischen Forschungsprogrammen wie das BWPLUS (Baden-Württemberg Programm Lebensgrundlage Umwelt und ihre Sicherung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft)³⁸ sowie themenspezifischen Förderlinien³⁹ bezuschusst und gefördert. Die analysierten Fälle deuten zudem darauf hin, dass Beteiligungsverfahren überwiegend projektspezifisch und punktuell gefördert werden. Damit verknüpft sich die Annahme, dass Bürger in finanziell besser gestellten Bundesländern und Kommunen oder dort, wo Beteiligung gewünscht ist, eher die Möglichkeit zur Mitsprache erhalten.

Verstetigte Strukturen: In jüngster Zeit mehren sich daher Stimmen, die für die Zukunft der Bürgerbeteiligung auf die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung durch Leitfäden, kommunal verankerte Leit- und Richtlinien oder auch personelle Zuständigkeiten in Verwaltungen verweisen (Vetter et al. 2013; Klages 2014). Derartige Ansätze können dazu beitragen, Transparenz über Verwaltungsvorhaben zu schaffen sowie die Verlässlichkeit und Qualität von Bürgerbeteiligung zu fördern. Erste Erfahrungen mit den Leitlinien in Heidelberg stimmen „ermutigend“ und fallen in ihrer

³⁷ Finanziell unterstützt die Energieagentur NRW mit ihrem Programm EnergieDialog.NRW sowie ideell bei der Planung und Durchführung von Dialogverfahren die Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft – Fortschritt durch Akzeptanz NRW“ der Landesverwaltung.

³⁸ Bspw. Bürgerdialog zur Erstellung des Bürgergutachtens in Rottweil-Hausen, der Beteiligungsprozess in Windischeschenbach und die Partizipative Gruppendiskussion in Baden-Württemberg, die beiden Beteiligungsverfahren zum Windpark in Petkus wie zur Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes in Kyritz wurden durch eine derartige Kooperation finanziert.

³⁹ Für eine Teilnahme im Programm StadtumbauOst hatte sich beispielsweise Gräfenhainichen für das Stadtentwicklungskonzept beworben. Mit den Mitteln konnte ein umfangreiches Charrette-Verfahren durchgeführt werden. Über Mittel aus dem Programm „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde u.a. die Bürgerwerkstatt zur Fotovoltaik in Konstanz finanziert. Teilweise konnten im Rahmen von Förderrichtlinien wie der „Klimawerkstatt“ der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz (LUBW) Baden-Württembergs Zuschüsse für die Übernahme von Moderationskosten beantragt werden. Für die Entwicklung des Regionalen Energiekonzeptes der Region Oderland-Spree konnte die Planungsgemeinschaft auf Mittel des Brandenburger Programms RENplus-Programm - Förderung für Einsatz erneuerbarer Energien und Erhöhung der Energieeffizienz zurückgreifen.

Tendenz positiv aus (Vetter & Klages 2014)⁴⁰. Wie sich dies langfristig auf die quantitative und qualitative Entwicklung von Beteiligungsprozessen auswirkt, wird sich zeigen müssen. Bei der Analyse fallen nur wenige und vielfach bereits bekannte Gemeinden und Städte auf, die über derartige institutionelle Rahmenbedingungen verfügen. Dazu gehört die Stadt Leipzig, die mittels Projektförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) verschiedene Beteiligungsverfahren realisieren und personelle Strukturen aufbauen konnte. In der bayerischen Gemeinde Weyarn ist das in der kommunalen Satzung verankerte Zwei-Säulen Modell der Entscheidungsfindung wegweisend. Zu den Beteiligungselementen bei Planungs- und politischen Entscheidungsfindungsprozessen gehören Bürgerwerkstätten und aus diesen hervorgehende Arbeitskreise, die ein eigenes Budget bei der Kommune beantragen können und damit auch Mittel zur Verfügung haben. Eine Koordinationsstelle unterstützt hauptamtlich das ehrenamtliche Gremium. *„Im Ergebnis führt diese Methode zu einem ständigen Dialog über Projekte und Strategien innerhalb der Gemeinde zwischen den gewählten Mandatsträgern und den Ehrenamtlichen in den Arbeitskreisen. Das wiederum führt dazu, dass Konflikte in relativ frühen Stadien ausgetragen werden können und Frustration der Beteiligung nicht dadurch entsteht, dass am Ende von Planungsprozessen [...] der Gemeinderat plötzlich „nein“ sagt“* (Pelzer 2012, S. 127).

Auf Landesebenen ist momentan Baden-Württemberg das einzige Bundesland, das mit einer Staatsrätin für Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft entsprechende Ressourcen für Bürgerbeteiligung bündelt. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war die Einführung einer Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung und die Erarbeitung eines Leitfadens für eine neue Planungskultur⁴¹.

Zusammenfassend wurden unter der Frage nach Rahmenbedingungen vor allem problematische Aspekte wie die notwendigen Mittel und Kosten von Beteiligungsprozessen aufgegriffen und auf neuere Diskussionen um förderliche Faktoren, wie eben institutionell verankerte Regelwerke, für die Durchführung von Bürgerbeteiligung eingegangen. Hier zeigt das Datenmaterial, dass diverse Akteure für die Organisation von Bürgerbeteiligung zuständig sind, die Datenlage zur Höhe der dafür aufgewendeten Mittel unübersichtlich ist und nur in wenigen Gemeinden (des Fallsets) auf verbindliche Leitlinien für Bürgerbeteiligung zurückgegriffen werden kann.

⁴⁰ Einen Überblick über aktuell laufende Prozesse und bereits verabschiedete Leitlinien in deutschen Gemeinden bietet das Netzwerk Bürgerbeteiligung unter <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung/> (letzter Zugriff am 13.04.2016). Neben derartigen Regelwerken werden zudem neue Stellen für Beauftragte, weniger jedoch noch Stabs- und Fachstellen für Bürgerbeteiligung eingerichtet; vgl. Kersting 2004, S. 213.

⁴¹ Für einen Überblick siehe das Beteiligungsportal des Landes Baden-Württemberg unter <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de>, letzter Zugriff am 15.03.2016.

2.2.6. Wer wird beteiligt?

Eine der wichtigsten Fragen bei der Gestaltung von Beteiligungsverfahren ist die Frage danach, wer aus welchem Grund beteiligt werden soll. Dabei geht es um zweierlei: Einerseits stellt sich die Frage, wer zu beteiligen ist, weil Personen etwa von Entscheidungen in ihrem Lebensumfeld betroffen oder Perspektiven für die Erreichung der gesteckten Ziele zentral sind. Und andererseits muss gefragt werden, wen man tatsächlich erreichen kann. Gerade im Feld der Bürgerbeteiligung ist vielfach kritisiert, dass am Ende trotz hohem Aufwand keiner kam oder es letztlich immer dieselben Personen sind (Selle 2000, S. 192f.).

Zusammensetzung der Teilnehmer: Eine derartige Teilnehmerzusammensetzung wird begünstigt, wenn die Zielgruppe die *interessierte Öffentlichkeit* ist und zu Bürgerversammlungen, -foren oder Dialogrunden allgemein eingeladen wird. Wie die Datenauswertung zeigt, geht es dann um ganz verschiedene Problemstellungen, wie die Erörterung von Lösungsansätzen mit Betroffenen bei spannungsreichen Windparkplanungen⁴² sowie die Entwicklung von Energiekonzepten mit der lokalen Bevölkerung.

Ist die Zielgruppe die interessierte Öffentlichkeit, können prinzipiell neben betroffenen Bürgern auch lokale Interessengruppen wie beispielsweise lokale Bürgerbündnisse und Naturschutzorganisationen der Einladung folgen (siehe u.a. Leibbrandt 2013 zum Dialogverfahren zur Westküstenleitung). In zahlreichen Verfahren der Standortplanung sind *lokale Interessengruppen* wie der Bauernverband und Umweltverbände als Träger öffentlicher Belange bereits in separaten Foren oder als Konfliktparteien in Mediationsverfahren eingebunden. In Verfahren wie zur Planung des ‚Ostbayernrings‘ in Windischeschenbach werden sie in Beteiligungsforen mit Bürgern, Vertretern des *Vorhabenträgers*, von *zuständigen Planungsbehörden*, *politischen Mandats- und Entscheidungsträgern* zusammengebracht.

Eine wichtige Rolle spielen die für die Planung und Umsetzung der Ergebnisse *zuständigen staatlichen Dienststellen*. In Themenbereichen wie die Energiewende und nachhaltige Entwicklung hat man es mit verwaltungsübergreifenden Themen zu tun. Dies betrifft vielfältige Zuständigkeiten innerhalb von Ämtern, aber auch darüber hinaus zwischen Verwaltungen und Behörden, etc.. Selle (2000) spricht von „Zuständigkeits-Facetten“ (S. 47), die nicht immer gleichermaßen in Beteiligungsverfahren präsent sind, was erhebliche Koordinationsschwierigkeiten im Nachgang befördern kann.

⁴² So ging es beispielsweise beim Windpark Petkus in Brandenburg darum, Transparenz über die laufenden Planungen zu schaffen, den Dialog zwischen den Konfliktparteien zu versachlichen und auf Spielräume zu lenken, die angesichts des bereits fortgeschrittenen Planungsstandes noch Gestaltung zu ließen; siehe Krause 2013, S. 13f..

Ergänzend wurde in einigen Beteiligungsprozessen in konflikthafter Kontexten von den Mediatoren empfohlen, *neutrale Personen* wie beispielsweise Kirchenvertreter in die Runde einzubinden. Dies war beispielsweise der Fall bei dem Mediationsprozess zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz, bei dem es darum ging mit verschiedenen Konfliktparteien einen Grundlagenkatalog zu erarbeiten, der Kriterien für die Abwägung neuer Geothermiestandorte formuliert (Ewen und Knapstein, Yvonne und Jan Ziekow 2012, S. 28).

Eine besondere Rolle nimmt die Gruppe der *Jugendlichen* ein. Die Auswertung des Datenmaterials deutet darauf hin, dass mit ‚Bürger‘ zunächst alle Personen ab dem 16. Lebensjahr gemeint sind, gerade wenn eine gezielte Auswahl stattfindet (beispielsweise bei der Zukunftswerkstatt in Wolfhagen). Werden Jugendliche explizit adressiert, findet dies tendenziell in für sie separaten Foren statt (wie beispielsweise beim Energiemasterplan in Dortmund).

Die Rollen, die Bürger in Beteiligungsprozessen einnehmen, sind vielfältig. Sie sind Anwohner und Betroffene, Ideengeber und Experten ihres Lebensumfeldes. Abstrakter gesprochen werden sie einerseits als Privatpersonen – oder auch Laienbürger - adressiert. Andererseits treten sie als Vertreter von organisierten Gruppen auf, etwa von Bürgerinitiativen. Angesichts der sozio-demografischen Merkmale der Protestierenden gegen Infrastrukturprojekte der Energiewende ist die Zielgruppe ‚Bürger‘ in jedem Fall genau zu bestimmen. Im Kontext von Konflikten um Standorten sind Bürgerinitiativen auch Träger des Widerstandes (Marg et al. 2013). Erste empirische Studien zeigen, dass vor allem Männer höheren Alters und Bildungsgrades gegen Projekte mobil machen⁴³. Aufgrund ihres beruflichen Hintergrundes arbeiten sie sich schnell in komplexe Sachverhalte ein und verfügen über „immense Kenntnisse“ (ebd., S. 99) zu konkreten Infrastrukturprojekten. Wie für andere Formen der politischen Beteiligung bekannt (Bödeker 2012), besteht auch hier die Gefahr einer sozialen Verzerrung im abgegebenen Meinungsbild. Jüngste Studien weisen zudem darauf hin, dass von Infrastrukturprojekten betroffene Bürger den Bürgerinitiativen dahingehend vertrauen, dass diese ihre Anliegen in Erörterungen von Standortfragen vertreten. Wie sich jedoch zeigt, stimmen die jeweiligen Meinungen nur bedingt überein (Haß et al. 2014). In mehrerer Hinsicht wirft dies Legitimitäts- und Repräsentativitätsfragen auf. Methoden der Selektion von Teilnehmern haben deshalb das Potential, solchen und weiteren Repräsentationsproblemen zu begegnen.

Auswahlmethoden: In der Beteiligungsforschung werden verschiedene Methoden unterschieden, mittels derer Teilnehmer von Verfahren ausgewählt werden (u.a. Alcántara et al. 2013; Nanz & Fritsche 2012).

⁴³ Entsprechende Hinweise konnten im Zuge der Auswertung des Datenmaterials gefunden werden. Workshops zu Themen der Stadtentwicklung in Landsberg zeigten in der Auswertung eine ungleiche sozio-demografische Verteilung auf und führten erst dazu, dass ein Bürgerpanel als Ergänzung durchgeführt wurde; siehe dazu Anderka 2012.

Selbstselektion findet vor allem statt, wenn die Zielgruppe die interessierte Öffentlichkeit ist. Gemeint ist, dass der Zugang zu einem Beteiligungsverfahren prinzipiell jedem Interessierten offen steht. Jeder entscheidet selbst, ob er an einem Verfahren teilnehmen möchte. Diese Methode wird unter anderem bei der Zusammensetzung von Arbeitskreisen, bei Bürgerforen und –dialogen, bei Formen der Online-Beteiligung angewandt. Vorteil ist, dass jene am Verfahren teilnehmen, die ihre Anliegen und Ideen einbringen möchten. Andererseits können sich Probleme mit Blick auf die Repräsentation und Inklusion aller Standpunkte einstellen, wie sie weiter oben bereits dargelegt sind⁴⁴.

Entgegen diesem Ansatz setzen Methoden der *direkten Ansprache* auf eine gesteuerte Auswahl von Beteiligten anhand von personen- bzw. organisationsspezifischen Merkmalen. In der Praxis ist dies schwerpunktmäßig bei konfliktbearbeitenden Foren wie Mediationsverfahren, Runden Tischen, Beiräten oder Steuerungsgruppen, wie jene zur Windkraft in Wolfhagen, der Fall. Die Auswertung des Datenmaterials zeigt, dass Teilnehmer einerseits von Mediatoren oder Moderatoren nach Vorabgesprächen direkt angesprochen und zu den Sitzungen eingeladen werden. Oder aber die Mediatoren wählen in gemeinsamer Absprache mit den Konfliktparteien Teilnehmer aus, wie beispielsweise bei der Mediation zur Windkraft im Lautertal. In einigen dieser Verfahren wie der Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz ist auch die interessierte Öffentlichkeit zur Teilnahme eingeladen, ohne dass sie jedoch über ein Rederecht verfügt (Ewen et al. 2012).

Methoden der *Zufallsauswahl*⁴⁵, oder auch Losverfahren genannt, steuern wie auch die ‘direkte Ansprache’ die Selektion von Beteiligten. Wie Buchstein (2013) argumentiert, sollten Losverfahren in der Politik zum Einsatz kommen, wenn Neutralitätsdefizite und ein Ungleichgewicht von Meinungen vorliegen. Losverfahren tragen dann dazu bei, Fairness im Prozess herzustellen. Derartige Methoden werden unter anderem bei Formaten wie der Planungszelle oder dem Bürgerpanel angewandt. Dabei zeigen sich nach Analyse der 43 Beispielf Verfahren zwei grundsätzliche Unterschiede zwischen Merkmalen bei der Auswahl per Los.

a. *Basis der Stichprobe – Melderegister und Gruppe der „Willigen“*

Als Grundlage für die Ziehung einer Stichprobe von Beteiligten dienen in der Regel Melderegister. Aus diesen wird zufällig eine Auswahl von Personen gezogen und mit der Bitte um Teilnahme am

⁴⁴ Repräsentationsprobleme ergeben sich in besonderer Hinsicht für Verfahren der Online-Beteiligung. Die Teilnehmer sind bei diesen Verfahren auf den Computer als technisches Hilfsmittel und Zugang zum Internet angewiesen, was Zugangshürden mit sich bringt.

⁴⁵ In der Beteiligungsforschung wird überwiegend von Zufallsauswahl gesprochen. Das hier beschriebene Vorgehen entspricht jedoch nicht den Methoden der Zufallsauswahl, wie sie die empirische Sozialforschung beschreibt. In der Studie wie Matrix wird jedoch der Begriff der Zufallsauswahl beibehalten, um eine Anknüpfung an die Beteiligungsforschung zu gewährleisten.

Verfahren angeschrieben⁴⁶. Aus dem Kreis derjenigen, die ihr Interesse bekunden, werden dann per Los die Teilnehmer ermittelt. Ein derartiger Ansatz wurde beispielsweise in Windischeschenbach für die Bildung des Trassenuntersuchungsteams verfolgt, dessen Mitglieder Leitungsvarianten für eine neue Stromtrasse erarbeiteten. In anderen Verfahren erfolgt die Strichprobenziehung nicht auf Basis von Melderegistern. Vielmehr versuchen die Organisatoren unter Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle Bürger zur Teilnahme zu gewinnen und aus diesem Kreis der Interessierten die Teilnehmer per Los zu ziehen, wie beispielsweise im Fall des Bürgergutachtens zum Biomasse-Heizkraftwerk in Rottweil-Hausen. Bei einer derartigen Auswahl aus dem Kreis der „Willigen“ wird es allerdings schwierig, von Repräsentation verschiedener Meinungen zu sprechen, weil hier nur Menschen teilnehmen werden, die ein Interesse am Thema mitbringen (Klages 2007, S. 45).

b. Beteiligte werden als Vertreter kollektiver Interessen angesprochen

Eine weitere Unterscheidung kann dahingehend getroffen werden, wie die Teilnehmer aus der ermittelten Stichprobe ausgewählt werden. Einerseits geschieht dies rein *zufällig*, das heißt jede Person kann mit gleicher Wahrscheinlichkeit zum Verfahren eingeladen werden. Andererseits erfolgt die Auswahl anhand von vorab festgelegten *sozio-demografischen Merkmalen*. Damit wird angestrebt, dass die Interessen und Meinungen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen in ausgewogenem Maße im Verfahren vertreten sind. Typische Auswahlkriterien sind laut der analysierten Verfahren Personenmerkmale wie Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund. Gerade da, wo es um Infrastrukturplanungen geht, werden Betroffenheitsgrade anhand von räumlichen Merkmalen wie Zugehörigkeit zu Stadtbezirken oder potentiell betroffenen Gemeindegebieten⁴⁷ identifiziert. Ein weiteres Kriterium, so zeigen die Beispielfahrten, sind polarisierende Meinungsbilder⁴⁸. Die Auswahl anhand spezifischer Gruppenmerkmale spricht Beteiligte zunächst als Repräsentanten eines kollektiven Interesses an, etwa dem Interesse von Frauen oder älteren Menschen. Dabei kann eine derartige Auswahl nur als Hilfskonstruktion dienen, um sich an kollektive Interessen anzunähern. Protest und Widerstand können entstehen, wenn sich nicht beteiligte Akteure in ihren Interessen nicht vertreten fühlen (Molinengo & Danelzik 2016, S. 84).

Ein weiteres Problem bei der gesteuerten Auswahl von Teilnehmern stellt die *Nachrekrutierung* dar. Dies ist der Fall, wenn auf Basis der Zufallsauswahl der Teilnehmerkreis eine geringe Heterogenität von Meinungen, Perspektiven oder Interessen aufweist. Weitere Teilnehmer werden dann anhand

⁴⁶ So wurden beispielsweise beim Beteiligungsprozess zum Ostbayernring in Windischeschenbach 700 zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Personen mit der Bitte um Teilnahme angeschrieben; vgl. Molinengo & Danelzik 2016, S. 67.

⁴⁷ Im Fall des Trassenuntersuchungsteams in Raum Windischeschenbach wurde nach einer ausgewogenen Verteilung von Geschlecht, Altersgruppen und betroffenen Gebieten innerhalb der Gemeinden ausgewählt.

⁴⁸ Im Fall des Bürgergutachtens in Rottweil Hausen wurde nach Geschlechterrelation, polarisierten Meinungsbildern ausgewählt.

sozio-demografischer Merkmale oder mittels persönlicher Kontakte nachträglich als Teilnehmer rekrutiert. Wie die Beispielfahrten zeigen, wird Nachrekrutierung auch da notwendig, wo sich im Verlauf von Beteiligungsprozessen zu Infrastrukturplanungen „Inkongruenzen“ zwischen Beteiligungsräumen und Suchräumen für Standorte und Linienverläufe von Stromnetzen offenbaren. So entschieden die Organisatoren des Beteiligungsprozesses in Windischeschenbach den Kreis der Beteiligten im Verlauf des Verfahrens auszuweiten, als Ergebnisse der ersten Beteiligungsrunden neue Korridorvarianten hervorbrachten. Mit diesen ergaben sich neue Betroffenheiten, weshalb die Bürgermeister dieser Gemeinden in den weiteren Beteiligungsprozess aktiv eingebunden wurden (Danelzik & Molinengo, im Erscheinen).

In einigen Verfahren werden *verschiedene Methoden* angewandt. Die Beteiligungsprozesse zur Übertragungsleitung ‚Ostbayernring‘ sahen die Gründung von Trassenuntersuchungsteams vor, in denen zufällig ausgewählte Bürger Platz nahmen sowie ebenso Vertreter des Vorhabenträgers, von lokalen Interessengruppen, aus Politik und von Behörden mit Blick auf ihre Teilnahme direkt angesprochen wurden. Beim Charrette-Verfahren in Gräfenhainichen bestand das Kernplanungsteam vor allem aus Fachexperten, wobei Vertreter der Stadtgesellschaft ergänzend direkt angesprochen wurden und sich interessierten Bürger jederzeit an der Diskussion und Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes beteiligen konnten.

Insgesamt stehen mit Formen der Selbstselektion, direkten Ansprache und Zufallsauswahl Möglichkeiten zur Verfügung, die mit erheblichem Unterschied auf Bürgerbeteiligung wirken. Tendenziell, so zeigt die Auswertung, dominieren Verfahren, die auf Selbstselektion setzen.

Aufwandsentschädigung: Nicht immer können Bürger zur Beteiligung an energiepolitischen Fragen motiviert werden. Wie oben bereits dargelegt, wird dies unter anderem mit der Komplexität und fehlenden Wahrnehmung von Betroffenheit begründet (siehe auch Fußnote 22). Gleichfalls verlangen über mehrere Phasen stattfindende Prozesse den ehrenamtlichen Beteiligten erhebliche zeitliche Ressourcen ab. In der Praxis wird diesen Herausforderungen unter anderem mit Aufwandsentschädigungen begegnet, wie beispielsweise bei dem zeitlich über mehrere Monate stattfindenden Verfahren zur lokalen Energieversorgung in Rottweil-Hausen sowie beim landesweit durchgeführten Beteiligungsprozess zur Konsultation des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes in Baden-Württemberg. Die Höhe der Aufwandsentschädigung liegt, so zeigt sich, zwischen 60 und 150 Euro pro Teilnehmer⁴⁹. Teilnehmer der Planungszellen in Berlin zum Thema Energie- und Verkehrswende bekamen ihre Mitwirkung zudem als Bildungsurlaub anerkannt.

⁴⁹ Beispielsweise erhielten die Beteiligten an der Erarbeitung des Bürgergutachtens zum Biomasse-Heizkraftwerk in Rottweil-Hausen eine Entschädigung von 150 Euro. Bei den Bürgertischen zum Integrierten Energie- und Klimakonzept in Baden-Württemberg waren es zwischen 60 und 100 Euro je nach Anfahrtsweg. Bei den Planungszellen zur Energie- und Mobilitätsentwicklung in Berlin lag die Höhe bei 90 Euro.

2.2.7. Wie findet Beteiligung statt?

Bei Beteiligungsprozessen kommen verschiedene Formate und Methoden zum Einsatz. Sie lassen sich anhand von Merkmalen wie Gruppengröße, Zugangsmöglichkeit, Dauer und Kommunikationsmodus unterscheiden, die sich unter anderem entsprechend der Komplexität des Gegenstandes oder Konfliktintensität (Renn et al. 1995) sowie Ziel und Zweck eines Verfahrens für eine Anwendung mehr oder weniger eignen (Nanz & Fritsche 2012). Datenbanken wie *Participedia* (www.participedia.net) listen fast hundert verschiedene Methoden und Formate, die rund um den Globus angewandt werden. Erprobte Verfahren in deutschen Kontext sind Zukunfts- und Planungswerkstätten, Planungszellen und die Open Space Methode (Bischoff et al. 2005)⁵⁰ sowie Runde Tische, die vor allem in den neuen Bundesländern in der Wendezeit der 90er Jahre vielerorts eingerichtet wurden.

Kommunikationsmodus: Verfahren mit den Bezeichnungen Runder Tisch, Bürgerforum, Bürger-, Ideen- oder Zukunftswerkstatt und Bürgergutachten beziehungsweise Planungszelle tauchen bei den recherchierten Beispielf Verfahren vielfach auf. Sie zählen zu den *Präsenzverfahren*. Demgegenüber stehen Verfahren der *Online-Beteiligung*, wie sie für die Konsultation von Energiekonzepten wie in Stuttgart oder der Region Oderland-Spree zur Anwendung kamen. Beide – Präsenz- und Online-Formate – haben ihre Vor- und Nachteile (Renn et al. 2014). So konnten beispielweise beim online-Prozess zum Energiekonzept der Region Oderland-Spree Zielgruppen wie jüngere Personen und Frauen nur schwer erreicht werden (Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree 2014). Insgesamt zeigen Beispielf Verfahren auch, dass *Online- und Präsenzformate* als unabhängige Elemente miteinander kombiniert und im Gesamtprozess eng *miteinander verzahnt* werden.

Verfahrenstypen: Wie die Sichtung der Beispielf Verfahren zeigt, gibt es ganz unterschiedliche Verfahrenstypen, wobei zwischen zeitlich begrenzten einfachen, mehrstufigen und hybriden Verfahren sowie zeitlich unbegrenzten, kontinuierlich fortlaufenden Ansätzen unterschieden werden kann. Zu den *einfachen Verfahren* zählen Bürgerforen oder –versammlungen, die als Abendveranstaltungen über ein oder zwei Tage stattfinden. Die Teilnehmer kommen dann ein- bis zweimal zusammen, um wie im Fall der Zukunftskonferenz in Wiesbaden Meinungsbilder zu verschiedenen Energieträgern zu erzeugen, oder Vorstellungen und Meinungen zur Entwicklung eines Standortes zusammenzuführen.

Demgegenüber konnten zahlreiche Verfahren recherchiert werden, bei denen Beteiligungsverfahren mehrere Phasen des Informierens, Mitredens und Mitentscheidens umfassen und dafür diverse dialogorientierte Beteiligungselemente miteinander kombinieren. In solchen *mehrstufigen Verfahren* bauen die Ergebnisse der unterschiedlichen Phasen aufeinander auf und ermöglichen eine

⁵⁰ Dabei zeigen neuere Befunde, dass etablierte Formate wie die Planungszellen sich wandelnden Umständen anpassen; siehe Dienel et al. 2014.

zunehmende Verdichtung von Informationen und Wissen. Seit einiger Zeit werden im Rahmen der Art of Hosting Bewegung neue Ansätze wie BürgerRäte entwickelt (Uhlendahl 2015; Strele 2012)⁵¹. Dabei werden Klein- und Großgruppenformate miteinander kombiniert, um vertieftes Arbeiten mit einer ausgewählten Gruppe und die breite Reflektion von Ergebnissen mit vielen Interessierten miteinander zu verbinden. Die Ergebnisse, so zeigt die Praxis, werden bereits während des Prozesses beziehungsweise als Abschluss in Feedback- und Bürgerwerkstätten reflektiert⁵².

Bei einem dritten Verfahrenstyp werden Elemente der dialogorientierten Bürgerbeteiligung mit direktdemokratischen Ansätzen wie Bürgerbegehren kombiniert. *„Die Koppelung der beiden Instrumente – die »hybride Partizipation« – ist ein sehr neues Konzept mit bislang wenigen Anwendungen, die zudem kaum systematisch ausgewertet wurden“* (Kersting 2013, S. 2). Der Vorteil dieser *hybriden Verfahren* liegt darin, dass hierbei die Stärken beider Verfahrensweisen – die bindende Entscheidung und ein entscheidungsvorbereitender und transparenter Willensbildungsprozess – sinnvoll miteinander verschränkt werden (ebd.). Anwendungsfälle für derartige kombinierte Verfahren konnten jedoch für die Analyse nicht recherchiert werden.

Die drei genannten Beteiligungstypen beziehen sich vor allem auf Einzelverfahren, die punktuell und problemspezifisch über einen festgelegten Zeitraum stattfinden. Andere wiederum bilden ein auf Dauer gestelltes, *kontinuierliches* Forum für den Dialog zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung (Kersting 2008b, S. 28f.). Beiräte und Arbeitsgruppen wie in Wettenberg und Weyarn gründen sich autonom, planen und realisieren wiederholt Projekte. So hat der Arbeitskreis in Weyarn den Anstoß zum Aufbau eines Nahwärmenetzes im Ortskern gegeben und an der Entwicklung eines entsprechenden Konzeptes mitgewirkt. Zudem hat er die Idee eines Beteiligungsmodells zur Windkraft eingebracht und vorangetrieben.

Zeitraum der Beteiligung: Mit den Erläuterungen zu mehrstufigen Verfahren sind bereits zeitliche Aspekte angesprochen. Der Zeitraum der Beteiligung bezieht sich hierbei auf die Zeitspanne zwischen der ersten und letzten Veranstaltung. Wie die Auswertung des Fallsets zeigt, umfassen einfache

⁵¹ In Vorarlberg werden seit 2005 BürgerRäte durchgeführt und weiterentwickelt. Diese Methode „umfasst nun neben dem eigentlichen ein- bis zweitägigen BürgerInnen-Rat auch die öffentliche Vorstellung und Reflexion der Ergebnisse und der Stimmung des Rats, sowie im Optimalfall einen anschließenden Workshop von VertreterInnen aus Verwaltung und Politik, der sogenannten ‚Resonanzgruppe‘, in dem die Ergebnisse aus BürgerInnen-Rat und BürgerInnen-Cafe besprochen werden“ (Strele 2012, S. 6).

⁵² Dazu zählen u.a. die beiden Beteiligungsprozesse im Rahmen des Projektes DEMOENERGIE. Ein weiteres Beispiel ist das Verfahren zum Klimaschutzkonzept in Kyritz, das über insgesamt sechs Wochen stattfand. Es umfasste drei Beteiligungselemente: Zum einen eine Bürgerversammlung im Rathaus, auf der die vom Ingenieurbüro erarbeiteten Ergebnisse vorgestellt und in Kleingruppen diskutiert wurden. Aus den 40 Teilnehmenden erklärten sich 15 Kyritzer Bürger bereit, gemeinsam eine Initiativgruppe zu bilden und im Rahmen von drei Abendveranstaltungen zentrale Themen zu vertiefen, Positionen abzuwägen und erste Lösungsansätze zu formulieren. Die Ergebnisse gingen in eine abschließende eintägige Bürgerwerkstatt ein, die für alle interessierten Bürger und Vertreter der Stadt geöffnet war. In vier „Werkbänken“ wurden auf Basis der vorliegenden Ergebnisse Konzepte für einzelne Maßnahmen des Klimaschutzkonzeptes erarbeitet.

Verfahren nur eine Abendveranstaltung oder zwei aufeinanderfolgende Tage. Andere wiederum finden über mehrere Wochen statt. Beispielsweise kamen in Berlin Bürger in vier jeweils dreitägigen Planungszellen zusammen, um Ideen zu sammeln und Empfehlungen zu erarbeiten, wie die Themen Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren sinnvoll verbunden werden können (Bach et al. & Nexus 2014). Der Großteil der recherchierten Verfahren findet über einen längeren Zeitraum von mehreren Monaten bis Jahren statt. Gegenstand sind dabei schwerpunktmäßig die Erarbeitung und Konsultation von Handlungskonzepten und –plänen sowie projektspezifische Infrastrukturplanungen, wie beispielsweise zur Ermittlung von Leitungsverläufen im Kontext des Netzausbaus⁵³. In einigen wenigen Fällen verläuft Bürgerbeteiligung kontinuierlich, ohne dass ein konkretes Ende festgelegt ist. Beispielhaft sind die mehrfach genannten Ansätze *Energiebeirat* in Wettenberg sowie der *Arbeitskreis Energie & Umwelt* in Weyarn.

Zeitaufwand: Der Zeitaufwand ist vor allem eine Ressourcenfrage für die meist ehrenamtlichen Beteiligten. Wie die Analyse der Verfahren zeigt, ist die Spannweite der investierten zeitlichen Ressourcen enorm. Sie reicht von Verfahren, die nur wenige Stunden (z.B. Abendveranstaltungen) umfassen, über mehrtägige aufeinanderfolgende Veranstaltungen, bis hin zu Verfahren, die 13 Sitzungen von Kernarbeitsgruppen einnehmen. In vielen Fällen umfassen über einen längeren Zeitraum stattfindende Verfahren eine Auftakt- und Abschlussveranstaltung sowie Feedback-Veranstaltungen für die nicht-involvierte Öffentlichkeit im Prozessverlauf. Daneben finden Beteiligungsprozesse statt, die mehrere Dialogrunden mit immer wieder neuen Teilnehmergruppen vorsehen und deren Teilergebnisse nicht aufeinander aufbauen, sondern vielmehr am Ende zusammengeführt werden. Derartige Herangehensweisen lassen sich bei Planungen von linienförmigen Infrastrukturen identifizieren, wie im Fall der Höchstspanungsleitung entlang der Westküste in Schleswig-Holstein. Hier fanden in den betroffenen Gemeinden Bürgerdialoge mit der interessierten Öffentlichkeit statt, um Hinweise für die Planung der Stromleitung zu gewinnen.

Teilnehmerzahl: Die Teilnehmerzahl ist eines der zentralen Merkmale bei der Kategorisierung von Beteiligungsverfahren. Große Gruppen kommen dem Prinzip der Inklusion möglichst vieler Personen entgegen. Sie bergen jedoch die Gefahr, dass die Arbeit unstrukturiert wird (Felicetti et al. 2015). Kleine Gruppen können dazu beitragen, die Interaktion zwischen Teilnehmern zu kanalisieren und zu stärken. So konstatiert Buchholz für den Runden Tisch zum Pumpspeicherwerk Atdorf, dass mit 40 Personen die Runde für die Diskussion von Lösungsansätzen zu groß war (Buchholz 2014, S. 206). Und auch Teilnehmer von Dialogrunden geben zu bedenken, dass eine Gruppengröße unter 25

⁵³ Gerade bei Infrastrukturplanung nach Bauleitplanung findet informelle Bürgerbeteiligung in unterschiedlichen Phasen statt. So gab es beispielsweise im Zuge der Planung der Westküstenleitung in Schleswig-Holstein Dialogrunden mit Bürgern im Zuge der Raumordnung wie auch der Planfeststellung. Derartige Verfahren wurden getrennt betrachtet, da jeweils unterschiedliche Ausgangs- und Kontextbedingungen bei Aufnahme der jeweiligen Verfahren vorherrschten.

Personen für eine intensive Diskussion angemessener wäre (BEKO 2013, S. 43, 60, 109). Eine Gruppengröße bis 25 Teilnehmer entspricht erprobten Kleingruppenverfahren wie die Planungszelle (Klages 2007, S. 46f.)⁵⁴.

Das Datenmaterial lässt nur begrenzte Aussagen über die jeweils erwünschte und letztlich auch tatsächliche Zahl der Teilnehmer zu. Kleingruppenarbeit mit bis zu 25 Teilnehmern findet einerseits da statt, wo es um Konfliktlösung und eine Mediation zwischen Interessengruppen geht. Andererseits werden kleine Arbeitsgruppen gebildet, um Projektskizzen und Pläne für Leitungsverläufe zu entwickeln und Handlungsalternativen abzuwägen. Beliebte Formate sind hierbei Runde Tische, Planungszellen, Arbeitskreise und Beiräte sowie neue Formate wie Trassenuntersuchungsteams und die Kontaktgruppe. Da, wo über 50 Personen an einem Verfahren beteiligt sind, handelt es sich vor allem um Werkstattverfahren und Bürgerforen (auch Bürgerpanel). Dabei werden die Teilnehmer im Prozessverlauf vielfach in kleinere Arbeitsgruppen unterteilt, um eine vertiefte Diskussion zu ermöglichen. Derartige Verfahren richten sich in der Regel an jeden Interessierten, ohne dass eine Begrenzung der Teilnehmerzahl vorab festgelegt ist. Beispielsweise war dies der Fall bei den zehn Bürgerveranstaltungen, die entlang der neu geplanten 380-kV Übertragungsleitung an der Westküste Schleswig-Holstein stattfanden. In den zweistündigen Dialogrunden brachten jeweils zwischen 80 und 220 Bürger ihre Meinung und Fragen zur neuen Trasse ein (Ahmels & Bethge (DUH) 2013).

Zugang zum Verfahren: Diese Kategorie kann viel Verschiedenes meinen. Hier ist darunter zu verstehen, dass jeder Bürger prinzipiellen Zugang zur Teilnahme in einem Verfahren hat. Dies ist vor allem dann gegeben, wenn mit der Methode der Selbstselektion verfahren wird und keine beschränkte Teilnehmerzahl vorgesehen ist⁵⁵. Anders sieht es bei jenen Verfahren aus, bei denen Kernarbeitsgruppen mittels Zufallsauswahl oder direkter Ansprache von Personen gebildet werden. Probleme können dann entstehen, wenn darüber hinaus Beteiligungsansprüche von Betroffenen formuliert werden oder Bürger sich ausgegrenzt fühlen⁵⁶. Einige recherchierte Verfahren sind daher so konzipiert, dass sie ergänzende Möglichkeiten der Mitwirkung vorsehen und damit gleichermaßen auf unterschiedliche Beteiligungsbedürfnisse von Betroffenen eingehen. Beispielsweise betrifft dies *öffentliche Veranstaltungen*, die als Auftakt-, Feedback- und/oder Abschlussveranstaltungen

⁵⁴ Dies entspricht u.a. dem Systematisierungsansatz des Forschungsvorhabens Delikat (siehe Alcántara et al. 2013), wobei andere von Kleingruppe bei einer Teilnehmerzahl bis 15 Personen sprechen (siehe u.a. <http://www.partizipation.at/mittlere-gruppen.html>, letzter Zugriff am 13.4.2016).

⁵⁵ Auch bei Verfahren mit offenem Zugang kommen ergänzende Elemente zum Einsatz, um auch Nicht-Aktive in den Arbeitskreisen oder anderer Kleingruppenarbeit einzubinden. Beim Verfahren für die Stadtentwicklung Baunatal hatte jeder neben der Möglichkeit der aktiven Mitwirkung in Arbeitskreisen die Chance, sich in der Auftakt- und Abschlussveranstaltung einzubringen; siehe Burow 2010.

⁵⁶ So zeigte sich in Weyarn, dass über einen längeren Zeitraum bestehende Arbeitskreise auf einige Bürger exkludierend wirken, dass die „*Vermittlung des aktiven Tuns an die Nichtbeteiligten nicht nur nicht gelungen [war], sondern zuweilen war es auch gar nicht versucht worden*“ (Pelzer 2012, S. 130). Dies gab den Anstoß, über ergänzende niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten nachzudenken.

konzipiert und mit der Arbeit der per Los zusammengestellten Arbeitsgruppe verschränkt sind⁵⁷. In anderen Verfahren nahmen interessierte Bürger an den öffentlichen Sitzungen von Mediationsgruppen teil, ohne dass sie jedoch über dasselbe Rederecht der internen Gruppe verfügten. Sie konnten hingegen auf Wunsch das Wort erteilt bekommen (Ewen und Knapstein, Yvonne und Jan Ziekow 2012). In anderen Beteiligungsprozessen kommen gleich mehrere Beteiligungselemente zum Tragen. Beim Konsultationsprozess zum Energiekonzept der Stadtwerke Bielefeld gab es einerseits einen Bürgerbeirat, der sich aus zufällig ausgewählten Bürgern zusammensetzte. Daneben konnte sich jeder über ein *Internetforum* und in öffentlichen Veranstaltungen einbringen⁵⁸. Bei einigen Verfahren gibt es bei begrenzter Teilnehmerzahl keine weiteren Möglichkeiten der Beteiligung für jene, die nicht ausgewählt wurden. Dies brachte beispielsweise die Analyse von mediationsähnlichen Verfahren oder auch der vier Planungszellen mit „Bürgergutachten ‚Energie auf neuen Wegen‘ in vier deutschen Städten“ zutage⁵⁹.

Moderation: Moderatoren oder im weiteren Sinne Prozessgestalter übernehmen vielfältige Rollen: Sie strukturieren, eröffnen und schließen das Verfahren, sie tragen Sorge für gleichberechtigte Redebeiträge aller Beteiligten, motivieren Schweigende und bremsen die Vielredner. Sie vermitteln bei Konflikten und fassen Ergebnisse zusammen. Evaluationsstudien verweisen auf die Bedeutung einer neutralen (Ziekow et al. 2013) Moderation in Konfliktsituationen sowie auf unabhängige Personen in dieser Rolle, um die Dominanz von Vorhabenträgern in Beteiligungsprozessen zu neutralisieren (Schweizer-Riess et al. 2010, S. 26). Offen bleibt, wodurch sich „neutral“ und „unabhängig“ im jeweiligen Fall definiert.

Die Auswertung des Datenmaterials zeigt, dass die Rolle der Moderatoren von verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren besetzt wird. Dazu zählen auf Beteiligung und Mediation spezialisierte *Dienstleister* (oder auch Prozessgestalter), die als professionelle Prozessbegleiter fungieren. Beispielsweise war dies beim Beteiligungsprozess zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach oder bei der Zukunftswerkstatt zur Gestaltung der Energiewende in Wolfhagen der Fall. Auch *gegenstandsunabhängige Dritte* wie Wissenschaftler (die teils als Mediatoren ausgebildet sind) übernehmen diese Aufgabe⁶⁰. Daneben sind es auch Umweltschutzorganisationen, die als *sachlich*

⁵⁷ Dies war beispielsweise beim Beteiligungsprozess in Windischeschenbach der Fall, wo die Arbeit des Trassenuntersuchungsteams in regelmäßigen öffentlichen Veranstaltungen reflektiert und Ergebnisse weiter verdichtet wurden.

⁵⁸ Derartige ergänzende Online-Formate werden auch bei anderen Verfahren angeboten, wie beispielsweise im Rahmen der erweiterten Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept des Landes Baden-Württemberg.

⁵⁹ Für letztes Beispiel ist zu bemerken, dass wohl auch kein Bedarf für ergänzende Beteiligungsmöglichkeiten bestand, da bereits die maximal anvisierte Teilnehmerzahl nicht erreicht werden konnte. So war in Frankfurt eine Gruppengröße von rund 25 Personen angestrebt. Letztlich waren es 16 Teilnehmer; siehe Zebalog 2012.

⁶⁰ Dies war unter anderem der Fall beim Mediationsverfahren zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz, wobei der Moderator einerseits Wissenschaftler und Mediator ist. Zu weiteren bekannten Fällen zählt sicher auch das

involvierte Akteure Verfahren zur Bestimmung von Korridor- und Leitungsverläufen mit Bürgern und Interessengruppen moderieren. Ein bekanntes Beispiel sind hierfür die Beteiligungsverfahren zur Ost- und Westküstenleitung in Schleswig-Holstein, die von der Deutschen Umwelthilfe moderiert wurden. Auch *Mandatsträger* wie Bürgermeister agieren zuweilen als Moderatoren von Bürgerforen.

Fragt man insgesamt nach dem Wie von Beteiligungsverfahren, drängt sich eine Reihe an Kategorien auf. Auf den letzten Seiten wurde dargelegt, wodurch sich die analysierten Beispielf Verfahren in den Kategorien Kommunikationsmodus, Verfahrenstyp, Zeitraum der Beteiligung, Zeitaufwand, Teilnehmerzahl, Zugang zum Verfahren sowie Moderation unterscheiden. Auffällig ist, dass eine große Zahl an Beteiligungsprozessen durch professionelle Dienstleister moderiert wird. Deren Rolle für den Verlauf und die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen ist noch weitgehend unreflektiert, obgleich es Hinweise auf ihre Bedeutung in der Literatur gibt (Molinengo & Danelzik 2016, S. 75ff. und 101ff.).

2.2.8. Was sind die Ergebnisse?

Über Ergebnisse von Beteiligungsverfahren gibt es Diskussionen in unterschiedliche Richtungen. Fragen einige hier nach der Zustimmung zu anvisierten politischen Zielen und der Qualität von Entscheidungen (Newig & Fritsch 2009b), konzentrieren sich andere darauf zu hinterfragen, ob dadurch Lernprozesse angestoßen wurden und Wissenserarbeitung oder Lust auf tiefergreifendes Engagement entstanden sind (Mutz 2008).

Ergebnis: Die Frage nach dem Ergebnis bezieht sich hier einerseits auf das, was am Ende eines Beteiligungsprozesses konkret vorliegt. In einigen Prozessen ist das Ergebnis zunächst ein *Protokoll* oder die *Dokumentation* der Veranstaltung, in welcher der Diskussionsverlauf und die Kerngedanken festgehalten werden. Dies ist beispielsweise bei Bürgerforen wie in Waldsolms zum Thema Windenergie oder auch bei den Bürgerdialogen zu neuen Hochspannungsleitungen wie an der Ost- und Westküste der Fall. Andere Verfahren legen am Ende des Gesamtprozesses *Empfehlungen für Entscheidungsträger* vor, beispielsweise in Form eines Katalogs von Handlungsmaßnahmen, kommentierten Entwürfen von Energiekonzepten oder auch als Bürgergutachten. Mit Abschluss des Beteiligungsprozesses in Windischeschenbach zur Stromleitung ‚Ostbayernring‘ legten die Beteiligten gemeinsam entwickelte Hauptvarianten für den Verlauf der neuen Stromleitung vor. Diese wurden nach Abwägung von Vor- und Nachteilen vorab vereinbarter Kriterien (entsprechend ihrer Auswirkung auf Umwelt und Menschen und technische Machbarkeit) ermittelt. Neben Plänen gehören auch Projektskizzen, wie beispielsweise von Fotovoltaikprojekten in der Stadt Konstanz, in

Schlichtungsverfahren zum Bahnhofprojekt Stuttgart 21, das der ehemalige Bundesminister Heiner Geißler leitete.

die Kategorie *gemeinsam erarbeiteter Handlungskonzepte und -alternativen*. Nicht immer ist jedoch aus dem Datenmaterial ersichtlich, welche Ergebnisse am Ende konkret vorlagen. Auch zeigt sich, dass einige Verfahren im Verlauf *abgebrochen* wurden. Dies kann mehrere Gründe haben.

Beispielsweise wird ein fehlendes Mandat der Prozessgestalter bei Dialogverfahren zum Windpark Petkus genannt (Krause 2013). Oder aber der grundsätzliche Bedarf von Infrastrukturprojekten erübrigt sich im Verlauf des Beteiligungsprozesses, wie dies bei der Höchstspannungsleitung von Goldshöfe nach Bünzwangen der Fall war.

Verbindlichkeit: Noch weniger deutlich geht aus dem Datenmaterial hervor, wie letztlich mit den Ergebnissen weiter verfahren und sichergestellt wird, dass diese in Entscheidungsfindungsprozesse einfließen⁶¹. Es gibt Hinweise auf *mündliche Zusicherungen*, etwa wenn Bürgermeister bei Abschluss von Beteiligungsprozessen versichern, die Ergebnisse im weiteren Entscheidungsprozess zu berücksichtigen - wie beim Bürgerforum Erneuerbare Energien in Wiesbaden - oder diese in die Vorbereitung weiterer Beteiligungsprozesse einzubeziehen. In anderen Fällen erlangen die Ergebnisse einen *verbindlichen Charakter*, wenn sie durch Entscheidungsträger *schriftlich gezeichnet* werden, wie im Fall der der Mediation zur Tiefen Geothermie Vorderpfalz. In einigen Verfahren, bei denen es um die Entwicklung von Energie- und Klimaschutzkonzepten im Zuge von Verwaltungsverfahren geht, wird von zuständigen Fachreferaten schriftlich kenntlich gemacht, an welcher Stelle Empfehlungen in der finalen Fassung übernommen wurden – wie bei der Entwicklung des Klimaschutzkonzeptes in Kyritz - oder transparent begründet, wie mit den einzelnen Vorschlägen verfahren wird. Letzteres zeigen die Unterlagen zur Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg auf. Wie im Fall der Bürgerworkshops zum Masterplan Energiewende in Dortmund übernehmen prozessbegleitende Beiräte die Priorisierung von formulierten Maßnahmen, was den Entscheidungsträgern letztlich als Vorlage dient. Ergebnisse fließen da direkt in Planungsprozesse ein, wo beispielsweise Vorhabenträger die mit Bürgern und Interessengruppen erarbeiteten Handlungsalternativen in das formelle Planungsverfahren einbringen, wie beim Beteiligungsprozess in Windischeschenbach.

In vielen Fällen bleibt nach Auswertung des Datenmaterials unklar, wie mit Ergebnissen umgegangen wird. Nach Sichtung der Beispielf Verfahren betrifft dies vor allem jene Prozesse, die ohne direkte Anbindung an formal geregelte Verwaltungs- und Planungsverfahren stattfinden.

⁶¹ Die Frage der Verbindlichkeit in diesem Sinne ist nur begrenzt zutreffend für Verfahren, die vorrangig emanzipatorische sowie auch mobilisierende Zwecke verfolgen.

3 Zusammenfassendes

Die vorliegende Studie nahm ihren Ausgang bei der Beobachtung, dass in öffentlichen Diskussionen um die Energiewende Bürgerbeteiligung einen wichtigen Stellenwert einnimmt. Gleichzeitig liegt jedoch nur wenig systematisches Wissen über die Formen und Praktiken vor, mit denen Bürger in Prozesse der Planung und Entscheidungsfindung eingebunden werden, um die Energiewende mitzugestalten. Derartige Erkenntnisse sind jedoch notwendig, um Aussagen über die qualitative und quantitative Entwicklung von Bürgerbeteiligung und letztlich auch ihrer Bedeutung für die Energiewende treffen zu können.

Um diese Forschungslücke weiter zu schließen, wurde eine Grundlage in Form einer Beteiligungsmatrix (siehe Anhang 1) erarbeitet, die eine systematische Erfassung anleiten kann und dadurch eine Vergleichbarkeit zwischen Verfahrensansätzen ermöglicht. In der Matrix ordnen sich Kategorien an, die sich in verschiedenen Kriterien weiter ausprägen. Die Ableitung von Kategorien ist dabei von wissenschaftlichen Beiträgen inspiriert, die eine Brücke zwischen Forschung und Praxis der Bürgerbeteiligung schlagen. Demnach setzt die Betrachtung und Analyse von Prozessen der Bürgerbeteiligung nicht beim Wie von Einzelverfahren an, wie etwa bei Fragen nach bestimmten Verfahrensmerkmalen wie Groß- oder Kleinformat, Dauer und Moderation. Vielmehr geht es zunächst darum, den genauen Zweck der Beteiligung im Rahmen von Entscheidungsfindungsprozessen (was soll der Prozess leisten?), den konkreten Gegenstand (worum geht es?) und zu beteiligende Akteure (wer kann und sollte für die Zielerreichung mitwirken?) zu erfassen. An den Entscheidungen zu diesen Aspekten orientieren sich dann weitere Fragestellungen wie nach der Auswahl von Teilnehmern und nach geeigneten methodischen Ansätzen. Wie dargelegt, gilt es bei der Betrachtung von Bürgerbeteiligung zudem Rahmenbedingungen zu beachten. Dazu zählen erforderliche finanzielle Ressourcen sowie auch, inwiefern bestimmte Regelungen wie kommunale Leitlinien für die Durchführung von Bürgerbeteiligung zu beachten sind. Die Fragestellungen führten letztlich zur Bestimmung von Kategorien und waren leitend für die Auswertung des Datenmaterials. Basierend auf diesem Vorgehen bildete sich eine Beteiligungsmatrix heraus, deren Kategorien und Merkmalsausprägungen induktiv-deduktiv gespeist sind (siehe Anhang 1). Damit liegt erstmals eine Grundlage vor, auf deren Basis eine systematische Erfassung der Praxis informeller, dialogorientierter Beteiligungsverfahren in der Energiewende erfolgen kann, ohne dass ein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben wird.

Die Analyse brachte zudem Erkenntnisse auf der analytischen sowie der methodischen Ebene hervor. Sie beziehen sich einerseits auf die Ausprägung bestimmter Merkmale von Bürgerbeteiligung in der

Praxis. Andererseits beziehen sie sich auf Herausforderungen und Grenzen des angelegten Forschungsdesigns.

Mit Blick auf analytische Aspekte ist zu konstatieren, dass sich anhand des ausgewählten Fallsets Tendenzen in der Beteiligungspraxis abzeichnen. So legt der erste Befund nahe, dass Bürgerbeteiligung auch in der Energiewende ein Thema der kommunalen Ebene ist. Vor allem in Städten und Gemeinden werden Verfahren der Bürgerbeteiligung angestoßen, um größere Infrastrukturen wie Stromnetze oder Windparks zu planen oder Handlungskonzepte zur Gestaltung der Energiewende vor Ort zu entwickeln. Bürgerbeteiligung mit Bezug zu bundespolitischen Entscheidungsfindungsprozessen konnten kaum ermittelt werden. Mit Blick auf die länderspezifische Verteilung stechen Baden-Württemberg und Hessen hervor, für die eine Reihe an Verfahren recherchiert werden konnte. Mit Blick auf den Gegenstandsbereich treten vor allem Verfahren hervor, die ergänzend zur formell vorgesehenen Betroffenen- und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturplanungen sowie zu formell geregelten Verwaltungsverfahren wie der Entwicklung von Energie- und Klimaschutzkonzepten stattfinden. Bürgerbeteiligung ist diesem ersten Befund entsprechend weniger ein Modus, um grundsätzliche energiepolitische Richtungen mitzugestalten. Anzumerken ist zudem, dass anhand des Fallsets Bürgerbeteiligung einen tendenziell projektorientierten Charakter in der Praxis annimmt. Damit gemeint ist, dass Beteiligung da stattfindet, wo es konkrete Projekte im Zuge von Verwaltungsverfahren zu planen und umzusetzen gilt; und dies bis auf wenige Ausnahmen ohne verbindliche Leit- oder Richtlinien beziehungsweise in der kommunalen Satzung verankerte Regelwerke für Bürgerbeteiligung. Ein Großteil der recherchierten Beteiligungsprozesse verläuft zudem über einen längeren Zeitraum, der mehrere Monate bis zu einem Jahr umfasst. Mit Blick auf zeitliche Angaben ist jedoch einschränkend anzumerken, dass hierbei Zusammenhänge zum gewählten Forschungsdesign naheliegend sind. So ist anzunehmen, dass gerade für längere Beteiligungsverfahren zu großen Infrastrukturprojekten oder zu komplexen Entscheidungsprozessen (wie bei der Erarbeitung von Energiekonzepten) die Datenlage günstig ist.

Die Auswertung des Datenmaterials deutet zudem darauf hin, dass Zusammenhänge zwischen bestimmten Merkmalsausprägungen von Kategorien bestehen. Wie an anderer Stelle bereits ausführlicher dargelegt (Richter et al. 2016, S. 17), zeichnet sich dies für die sektorspezifischen Träger von Beteiligungsverfahren und deren Methoden zur Auswahl von Teilnehmern ab. Demnach wird tendenziell in jenen Verfahren die Methode der Selbstselektion angewandt, die von Akteuren aus Politik und Verwaltung organisiert oder beauftragt werden. Dieser Befund zieht eine Reihe an Fragen nach sich, die weiterführende Forschungsarbeiten erforderlich machen. Sie sind theoretisch-konzeptioneller Natur und beziehen sich auf in der Praxis vorliegende Beteiligungsverständnisse,

Interessen oder auch Handlungszwänge von jenen Akteuren, die Bürgerbeteiligungsprozesse organisieren.

Mit Blick auf methodische Aspekte zeigte sich im Rahmen der Forschungsarbeit, dass Fälle häufig nur aufwendig zu erfassen sind. Gerade kleinere Verfahren wie beispielsweise im Kontext von Nachbarschaftskonflikten oder abgebrochene Verfahren sind mittels Desktoprecherche kaum zu ermitteln. Erschwerend kommen Aspekte der ‚Archivierung‘ von Datenmaterial hinzu. So verändern sich die Inhalte der Webseiten von Gemeinden und Städten dynamisch, die Hinweise auf Verfahren und Zugang zu Daten ermöglichen. Soll zukünftig eine umfangreiche systematische Bestandsaufnahme von Beteiligungserfahren erfolgen, ist demnach über alternative Wege der Datenerhebung nachzudenken. Ansätze wie Crowdsourcing setzen beispielsweise auf einen offenen Zugang für jeden, um Datenbanken mit Material zu befüttern. Sie weisen aber auch erhebliche Nachteile mit Blick auf die Validität von Daten auf (zu Vorschlägen siehe u.a. Fung & Warren 2011; Gastil et al. 2012). Mit Blick auf die Qualität der für die Analyse zugrundeliegenden Daten ist zudem anzuführen, dass die Datenlage zu den Beispielf Verfahren höchst unterschiedlich ausfällt. Nicht in jedem Fall ließ das Datenmaterial Aussagen zu allen betrachteten Kategorien zu, etwa wenn Angaben unklar oder schlichtweg nicht vorhanden waren. Einer kohärenten Aufarbeitung setzt dies enge Grenzen.

Dies eingedenk sei abschließend darauf verwiesen, dass es zukünftig einer breiteren Datengrundlage und deren systematischer Aufarbeitung bedarf, um die vorliegenden ersten Befunde über die sich etablierenden Beteiligungsansätze in der Energiewende auf eine belastbare Basis zu stellen, weitere Zusammenhänge zwischen Merkmalen der Beteiligungspraxis aufzudecken und damit zur qualitativen und quantitativen Entwicklung von Bürgerbeteiligung beizutragen.

4 Literaturverzeichnis

VDI Richtlinie 7000, Januar 2015: Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten.

Abelson, Julia und François-Pierre Gauvin (2006): Assessing the Impacts of Public Participation: Concepts, Evidence and Policy Implications. Hg. v. Canadian Policy Research Networks Inc. Public Involvement Network (Research Report P|06).

Agentur Erneuerbare Energien (2015): RENEWS Kompakt (27), 10.12.2015.

Ahmels, Peter und Nadine Bethge (DUH) (2013): Das Dialogverfahren zur 380kV-Westküstenleitung. Zwischenbericht - Juni 2013. Deutsche Umwelthilfe.

Alcántara, Sophia; Bach, Nicolas; Kuhn, Rainer; Ullrich, Peter; Böhm, Birgit; Dienel, Hans-Liudger et al. (2013): Abschlussbericht des Projekts DELIKAT – Fachdialoge Deliberative Demokratie: Analyse Partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess. Umweltbundesamt.

Anderka, Sebastian (2012): Das Landsberger Bürgerpanel Eine Bürgerbefragung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Landsberg am Lech. ANDERKA Stadtentwicklung.

Arnstein, Sherry C. (1969): A Ladder of Citizen Participation. In: *AIP Journal*. (July), S. 216–224.

Bach, Nicolas; Geisch, Rahel und Jana Wittke, Nexus (2014): Bürgergutachten Intelligente Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren. nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH. Berlin.

Bächtiger, André; Pedrini, Seraina und Mirjam Ryser (2010): Prozessanalyse politischer Entscheidungen: Deliberative Standards, Diskurstypen und Sequenzialisierung. In: Joachim Behnke und Bräuninger, Thomas und Susumu Shikano (Hg.): Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorien. Band 6: Schwerpunkt Neuere Entwicklungen des Konzeptes der Rationalität und ihre Anwendungen. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–226.

Beck, Kurt und Jan Ziekow (Hg.) (2011): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Becker, Sören; Bues, Andrea und Matthias Naumann (2016): Zur Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte. Skizze eines Analysewerkzeugs. In: *Raumforsch Raumordn* 74 (1), S. 39–49. DOI: 10.1007/s13147-016-0380-0.

Beierle, Thomas C. und Jerry Cayford (2002): Democracy in practice. Public participation in environmental decisions. Washington, DC: Resources for the Future.

BEKO (2013): Empfehlungen und Hinweise der Verbände und der Bürgerschaft in Baden--Württemberg zum Arbeitsentwurf des Integrierten Energie-- und Klimaschutz-- konzepts Baden--Württemberg (IEKK). Endfassung. Stand: 2. Mai 2013. Stuttgart. Online verfügbar unter <http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/ergebnisse>, zuletzt geprüft am 03.03.2016.

Bischoff, Ariane; Selle, Klaus und Heidi Sinning (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur (Kommunikation im Planungsprozess,, 1).

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. Frankfurt Main, New York: Otto Brenner Stiftung.

Braun, Florian und Martin Knapp (2015): Der ländliche Raum als Schauplatz der Energiewende. Multidisziplinäre Perspektiven auf einen komplexen soziotechnischen Transformationsprozess. In: *Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis* (24/1), S. 106–110.

Buchholz, Frank (2014): Der Runde Tisch – ein geeignetes Dialoginstrument bei Großinfrastrukturvorhaben zur Energiewende. Das Beispiel eines geplanten Pumpspeicherwerks im Südschwarzwald. In: Patrick Küpper, Meike Levin-Keitel, Friederike Maus, Peter Müller, Sara Reimann, Martin Sondermann und Stock, Katja und Timm Wiegand (Hg.): Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten. 15. Junges Forum der ARL, 6. bis 8. Juni 2012 in Hannover. Hannover (Arbeitsbericht der ARL 8), S. 199–210.

Buchstein, Hubertus (2013): Lostrommel und Wahlurne ? Losverfahren in der parlamentarischen Demokratie. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (44(2)), S. 384–404.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2015): Zwischenergebnisse der 33 Forschungsprojekte und der Wissenschaftlichen Koordination. Statuskonferenz. BMBF-Fördermaßnahme Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems. Bonn, 15. und 16. September. Online verfügbar unter www.fona.de/de/15980, zuletzt geprüft am 19.02.2016.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2013): Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS): Energie auf neuen Wegen. Online verfügbar unter https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/UI-MKS/mks-strategie-final.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 03.07.2016.

Bundesnetzagentur (2016): Bundesbedarfsplan (2015). Online verfügbar unter <http://www.netzausbau.de/bedarfsermittlung/2024/bundesbedarfsplan/de.html>, zuletzt geprüft am 10.03.2016.

Bundesregierung (2010): Energiekonzept für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung.

Bundesregierung (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.

Bundesregierung (2014): Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien – Erneuerbare Energien Gesetz - EEG, vom 21.07.2014. Online verfügbar unter http://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/, zuletzt geprüft am 10.03.2016.

Bürgergutachten (2015): Bürgerforum: „Wohin mit unserem Atommüll?“. Hg. v. ENTRIA-Projekt. Wittenberg. Online verfügbar unter http://www.bundestag.de/blob/365600/a762d9d615164690cb2957db510cb605/kmat_20-data.pdf, zuletzt geprüft am 07.03.2016.

Burow, Axel (2010): Zukunftswerkstatt Baunatel 2030. Dokumentation der Bürgerbeteiligung 2009. Universität Kassel.

Chappell, Zsuzsanna (September/2008): Deliberation Disputed. A Critique of Deliberative Democracy. Doctoral thesis. London School of Economics and Political Science, London. Department of Government.

- Danelzik, Mathis; Richter, Ina und Giulia Molinengo (Eingereicht): Bürgerbeteiligung als Umsetzungshilfe von Infrastrukturprojekten – eine Auseinandersetzung mit dem Status-Quo.
- Danelzik, Mathis und Giulia Molinengo (im Erscheinen): Die Beteiligungsprozesse zum zukünftigen Verlauf der Höchstspannungsleitung „Ostbayernring“ – Evaluation und Analyse des Beteiligungsdesigns. Essen.
- Deutsche Umwelthilfe (2013): Forum Netzintegration Erneuerbare Energien. Politikempfehlungen zum Um- und Ausbau der Stromnetze. Hg. v. Deutsche Umwelthilfe. Radolfzell.
- Deutscher Bundestag (2016): Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/endlager/>, zuletzt geprüft am 03.03.2016.
- Dienel, Hans-Liudger; Verne, Antoine; Franzl, Kerstin; Fuhrmann, Raban D. und Hans J. Lietzmann (Hg.) (2014): Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. München: oekom.
- Drazkiewicz, Anna; Challies, Edward und Jens Newig (2015): Public participation and local environmental planning: Testing factors influencing decision quality and implementation in four case studies from Germany. In: *Land Use Policy* 46, S. 211–222. DOI: 10.1016/j.landusepol.2015.02.010.
- Dryzek, John (2000): *Deliberative Democracy and beyond. Liberals, Critics, Contestations*. Oxford: Oxford University Press.
- Dunker, Ralf und René Mono (2013): Bürgerbeteiligung und erneuerbare Energien. Kurz-Studie von Beteiligungsprojekten in Deutschland durch die 100 Prozent erneuerbar stiftung. 100 Prozent erneuerbar stiftung. Berlin.
- Ethik-Kommission Sichere Energieversorgung (2011): Deutschlands Energiewende – Ein Gemeinschaftswerk für die Zukunft. Berlin. Online verfügbar unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/2011-05-30-abschlussbericht-ethikkommission_property_publicationFile.pdf, zuletzt geprüft am 01.02.2016.
- Ewen, Christoph; Knapstein, Yvonne und Jan Ziekow (2012): Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz – mühsam und erfolgreich. In: *Die Wirtschaftsmediation* (2), S. 27–31.
- Felicetti, Andrea; Niemeyer, Simon und Nicole Curato (2015): Improving deliberative participation: connecting mini-publics to deliberative systems. In: *Eur. Pol. Sci. Rev.*, S. 1–22. DOI: 10.1017/S1755773915000119.
- Fink, Kerstin; Laborgne, Pia und Andreas Koch (2011): Leitfaden für Wohnbaugesellschaften und Wohnbaugenossenschaften. Europäisches Institut für Energieforschung – EIFER. Karlsruhe.
- Flyvbjerg, Bent (2006): Five Misunderstandings About Case-Study Research. In: *Qualitative Inquiry* 12 (2), S. 219–245. DOI: 10.1177/1077800405284363.
- Forum Energiewende (2016): Der Norden packt's an! EWE. Online verfügbar unter <http://www.der-norden-packts-an.de/>, zuletzt aktualisiert am 07.03.2016.
- Fuhrmann, Raban D. (2014): Beteiligungsformate beurteilen und erschließen – Eine Übersicht zu Vielfalt, Einsatz und Wirkung von informellen Bürgerbeteiligungsverfahren. *Procedere* - Verbund für prozedurale Praxis. Konstanz.
- Fung, Archon (2003): Survey Article: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences. In: *The Journal of Political Philosophy* (11(3)), S. 338–367.

- Fung, Archon (2006): Varieties of participation in complex governance. In: *Public Administration Review* (December ,Special Issue), S. 66–75.
- Fung, Archon und Mark E. Warren (2011): The Participedia Project: An Introduction. In: *International Public Management Journal* 14 (3), S. 341–362. DOI: 10.1080/10967494.2011.618309.
- Gabriel, Oscar und Norbert Kersting (2014): Partizipation auf kommunaler Ebene. Politisches Engagement in deutschen Kommunen: Strukturen und Wirkungen auf die politischen Einstellungen von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 43–184.
- Gastil, John; Knobloch, Katie und Meghan Kelly (2012): Evaluating deliberative public events and projects. In: Tina Nabatchi, John Gastil und Weiksner, G. Michael und Matt Leighninger (Hg.): *Democracy in Motion. Evaluating the practice and impact of deliberative civic engagement*. Oxford: Oxford University Press, S. 205–230.
- Gemeinde Weyarn (2013): Satzung zur Weiterführung der Bürgerbeteiligung (Bürgerbeteiligungssatzung). Online verfügbar unter <http://www.weyarn.de/Gemeinde/Satzungen/Buergerbeteiligungssatzung.pdf>, zuletzt geprüft am 07.03.2016.
- Gemeinderat Schorndorf (2012): Sitzung des Gemeinderates Schorndorf am 24.05.2012, Drucksache Nr. TA 019/2012 (Anlage zum Tagesordnungspunkt Geplante Bürgerbeteiligung im Rahmen der konkreten Standortplanung von Windkraftanlagen).
- Ginski, Sarah und Klaus Selle (Hg.) (2013): Wirkung der Mitwirkung. In: *Raumplanung* September/Oktober (170/5-2013).
- Goldschmidt, Rüdiger (2014): Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren. Konzeptuelle Ausarbeitung eines integrativen Systems aus sechs Metakriterien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Habermas, Jürgen (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (1998): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haß, Rabea; Hielscher, Hanna und Dennis Klink (2014): Germany - a movement society? An investigation of non-activism. In: *Journal of Civil Society* (10(4)), S. 353–372.
- Haug, Volker und Susanne Schmid (2014): Der Ausbau der Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg - eine Zwischenbilanz zur Politik des Gehörtwerdens. In: *Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg. Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung* (8), S. 281–286.
- Heinrichs, Harald (2005): Herausforderung Nachhaltigkeit. Transformation durch Partizipation? In: Feindt, Peter und Jens Newig (Hg.): *Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der Politischen Ökonomie*. Marburg: Metropolis Verlag, S. 43–63.
- Hirschfeld, Markus und Bernhard Heidrich (2013): Die Bedeutung regionaler Governance-Prozesse für den Ausbau des Höchstspannungsnetzes. In: Klagge, Britta und Cora Arbach (Hg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Arbeitsericht der ARL 5. Hannover, S. 94–113.

Hübner, Gundula und Christina Hahn (2013): Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. Unter Mitarbeit von Deutsche Umwelthilfe. gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Hurtig, Florian (2014): Vom Riesen einverleibt. Eine Analyse der RWE Studie "Akzeptanz braucht Beteiligung". In: Wilk, Michael und Bernd Sahler (Hg.): Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, Runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Lich: Edition AV, S. 85–91.

Jobert, Arthur; Laborgne, Pia und Solveig Mimler (2007): Local acceptance of wind energy: Factors of success identified in French and German case studies. In: *Energy Policy* 35 (5), S. 2751–2760. DOI: 10.1016/j.enpol.2006.12.005.

Kamlage, Jan-Hendrik; Richter, Ina und Patrizia Nanz (im Erscheinen): An den Grenzen der Bürgerbeteiligung. Dialogorientierte Bürgerbeteiligung im Netzausbau. In: Ratke Jörg, und Lars Holstenkamp (Hg.): Energiewende und Partizipation - Transformationen von Gesellschaft und Technik: Springer VS.

Kersting, Norbert (2004): Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Frankfurt Main, New York: Campus.

Kersting, Norbert (2008a): Evaluation dialogischer Beteiligungselemente. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 28), S. 270–292.

Kersting, Norbert (2008b): Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 28), S. 11–39.

Kersting, Norbert (2013): Hybride Partizipation - Verknüpfung von direkter und deliberativer Demokratie anhand zweier internationaler Beispiele. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung).

Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen. Hg. v. Friedrich Ebert Stiftung. Bonn.

Klages, Helmut (2014): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene Verschiedene Ansätze einer Verstetigung und Institutionalisierung der Beteiligung. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag bei der Tagung »Stadt beteiligt« am 20. Juni 2014. Hg. v. Heinrich Böll Stiftung (Policy Paper, 4).

Klee, Katja (2014): Von der Dorferneuerungs-Gemeinde zur Bürgergesellschaft. Der Weyarner Weg der Bürgerbeteiligung 1993-2014. Weyarn: Eigenverlag AK Marterl, Gemeinde Weyarn.

Köck, Wolfgang und Nadja Salzborn (2012): Handlungsfelder zur Fortentwicklung des Umweltschutzes im raumbezogenen Fachplanungsrecht - eine Skizze. In: *ZUR* (3), S. 203–210.

Krause, Johannes (2013): Impuls-Pilotprojekt: „Energiewende und Demokratie“ 2012. Abschlussbericht. Impuls - Agentur für angewandte Utopien.

Krause, Johannes; Pannke, Dominique und David Wagner (2013): Praxisleitfaden Bürgerbeteiligung. Impuls. Online verfügbar unter www.leitfaden-buergerbeteiligung.de.

- Kubicek, Herbert (2013): "Mitreden" beim Netzausbau: Erwartungen, Wissensstand und Empfehlungen. In: Bundesnetzagentur (Hg.): Wissenschaftsdialog 2013. Technologie, Kommunikation, Wirtschaft, Landschaft, S. 57–78.
- Kulturwissenschaftliches Institut Essen (2014): Protokoll der Auftaktveranstaltung zur gemeinsamen Trassensuche am Ostbayernring im Raum Windischeschenbach-Püllersreuth- Pfaffenreuth-Seidlersreuth. Windischeschenbach. Online verfügbar unter <http://www.demoenergie.de/auftaktveranstaltung/>, zuletzt geprüft am 03.03.2016.
- Landkreis Neustadt a.d. Aisch (2014): Einladung des Landkreises zum Open Space. Online verfügbar unter www.kreis-nea.de/uploads/tx_news/NEA_OpenSpace_Folder.pdf, zuletzt geprüft am 07.03.2016.
- Landua, Detlef; Beckmann, Klaus; Bock Stephanie und Bettina Reimann (2013): Auf dem Weg nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung - Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Deutsches Institut für Urbanistik (Difu-Papers).
- Leggewie, Claus und Patrizia Nanz (2013): Neue Formen der demokratischen Teilhabe - am Beispiel der Zukunftsräte. In: *Transit - Europäische Revue* (44), S. 72–85.
- Leibrandt, Beate (2013): Energiewende und Bürgerbeteiligung – aus dem Blickwinkel eines regionalen Bürgerbündnisses. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung, 03).
- Lenk, Thomas; Rottmann, Oliver und Romy Albrecht (2012): Energiewelt Ost. Universität Leipzig, Kompetenzzentrum öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Leipzig.
- Marg, Stine; Hermann, Christoph; Hambauer, Verena und Ana Belle Becké (2013): "Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin". In: Stine Marg, Lars Geiges und Butzlaff, Felix und Walter Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegung?: Rowohlt, S. 94–138.
- Molinengo, Giulia und Mathis Danelzik (2016): Bürgerbeteiligung zur Stromtrasse "Ostbayernring". Analyse des Beteiligungsdesigns und Evaluation. Kulturwissenschaftliches Institut Essen. Essen.
- Mutz, Diana (2008): Is Deliberative Democracy a Falsifiable Theory? In: *Annual Review of Political Science* (11), S. 521–538.
- NABU (2006): Leitfaden Erneuerbare Energien. Konflikte lösen und vermeiden.
- Nanz, Patrizia und Claus Leggewie (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung. Berlin: Wagenbach.
- Nanz, Patrizia und Jens Steffek (2005): Assessing the Democratic Quality of Deliberation - Criteria and Research Strategies. In: *Acta Politica* (40/3), S. 368–383.
- Nanz, Patrizia und Miriam Fritsche (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für Politische Bildung. Bonn (Schriftenreihe, Bd. 1200).
- Newig, Jens (2011): Partizipation und Kooperation zur Effektivitätssteigerung in Politik und Governance? In: Harald Heinrichs und Kuhn, Katina und Jens Newig (Hg.): Nachhaltige Gesellschaft: Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65–79.
- Newig, Jens; Kuhn, Katina und Harald Heinrichs (Hg.) (2011): Nachhaltige Gesellschaft: VS Verlag für Sozialwissenschaften Springer.

- Newig, Jens und Oliver Fritsch (2009a): Environmental governance: participatory, multi-level - and effective? In: *Env. Pol. Gov.* 19 (3), S. 197–214. DOI: 10.1002/eet.509.
- Newig, Jens und Oliver Fritsch (2009b): More input - better output: Does Citizen involvement improve Environmental Governance? In: Ingolfur Blühdorn (Hg.): *In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity*. MI: Barbara Budrich Publishers, Opladen & Farmington Hills.
- Patz, Renate und Karoline Schubert (1997): Akzeptanz von Windkraftanlagen im stadtnahen Raum. Empirische Studie im Raum Leipzig. Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg.
- Pelzer, Michael (2012): Die Bürgerkommune Weyarn. In: Beck, Kurt und Cordula Kropp (Hg.): *Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure? Unter Mitarbeit von Ina Deppe*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 119–132.
- Perez-Carmona, Alexander (2012): The IMBY Syndrome of the German Energy Transition: a conflictive siting of OPTLs in north Rhine-Westphalia. Institute for Advanced Sustainability Studies. Potsdam.
- Pfenning, Uwe und Christina Benighaus (2008): Partizipativer Wandel – methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich. In: Angelika Vetter (Hg.): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, 195–216. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rau, Irina; Schweizer-Ries, Petra und Jan Hildebrand (2012): Participation strategies – the silver bullet for public acceptance? In: Kabisch, A. K. Kunath und Schweizer-Ries Petra und A. Steinführer (Hg.): *Vulnerability, Risk and Complexity: Impacts of Global Change on Human Habitats*. Leipzig.
- Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (2014): Regionales Energiekonzept Oderland-Spree. Kurzfassung. Beeskow. Online verfügbar unter <http://www.rpg-oderland-spree.de/energiekonzept.htm>, zuletzt geprüft am 03.03.2016.
- Renn, Ortwin (2008): *Risk Governance. Coping with uncertainty in a complex world*. London: earthscan.
- Renn, Ortwin (2011): Einführungsvortrag: Bürgerbeteiligung - Aktueller Forschungsstand und Folgerungen für die praktische Umsetzung. In: *Nutzen und Risiken öffentlicher Großprojekte: Bürgerbeteiligung als Voraussetzung für eine größere gesellschaftliche Akzeptanz* (Stuttgarter Beiträge zur Risiko- und Nachhaltigkeitsforschung, 19), S. 19–42.
- Renn, Ortwin; Köck, Wolfgang; Schweizer, Pia-Johanna; Bovet, Jana; Benighaus, Christina und Oliver Scheel (2014): *Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben der Energiewende*. Helmholtz-Gemeinschaft, Allianz ENERGY-TRANS (Policy Brief, 1).
- Renn, Ortwin; Pfenning, Uwe und Jürgen Deutsche (2006): *Bürgergutachten zur zukünftigen nachhaltigen Energieversorgung in Hausen. Sozialwissenschaftliche Begleitforschung Modellprojekt Hausen*. Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften.
- Renn, Ortwin; Schweizer, Pia-Johanna; Dreyer, Marion und Andreas Klinke (2007): *Risiko. Über den gesellschaftlichen Umgang mit Unsicherheit*. München: oekom.
- Renn, Ortwin; Webler, Thomas und Peter Wiedemann (1995): The pursuit of fair and competent citizen participation. In: Ortwin Renn und Webler, Thomas und Peter Wiedemann (Hg.): *Fairness and*

Competence in Citizen Participation. Evaluating Models for Environmental Discourse. Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers, S. 339–367.

Richter, Ina (2016): Handbuch zur Datenbank Energiebeteiligt. Institute for Advanced Sustainability Studies. Potsdam. Online verfügbar unter <http://www.energiebeteiligt.de/glossar/>, zuletzt geprüft am 10.03.2016.

Richter, Ina; Danelzik, Mathis; Molinengo, Giulia; Nanz, Patrizia und Dietmar Rost (2016): Bürgerbeteiligung in der Energiewende. Zehn Thesen zur gegenwärtigen Etablierung, zu Herausforderungen und geeigneten Gestaltungsansätzen. 300. Aufl. Institute for Advanced Sustainability Studies. Potsdam (IASS Working Paper).

Roßnagel, Alexander; Ewen, Christoph; Götz, Konrad; Birzle-Harder, Barbara; Hefter, Tomas; Hentschel, Anja et al. (2014): Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg. Erstellt im Rahmen des Projekts „Entscheidungen über dezentrale Energieanlagen in der Zivilgesellschaft“ – Dezent Zivil. Universität Kassel, Institut für sozial-ökologische Forschung, team Ewen.

Rost, Dietmar (2015): Konflikte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung - Perspektiven und Erkenntnisse aus dem Streit um die Carbon Capture and Storage-Technologie (CCS). Hg. v. gesis - Leibnitz Institut für Sozialwissenschaften. Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI). Essen.

Roth, Roland (2014): Potenziale und Entwicklungstendenzen deliberativer Partizipation. In: Bertelsmann Stiftung, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.): Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 233–293.

Rucht, Dieter (1998): The Structure and Culture of Collective Protest in West Germany since 1950. In: Meyer, David und Sidney Tarrow (Hg.): The Social Movement Society: Contentious Politics for a New Century. Boulder: CO: Rowman & Littlefield, S. 29–57.

RWE (2012): Eine Standortbestimmung über Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung in Deutschland.

Saam, Nicole (2008): Nachhaltigkeit transformativer Verfahren politischer Partizipation? Theoretische Unmöglichkeiten und Konsequenzen für die Evaluierung. In: Norbert Kersting (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Bürgergesellschaft und Demokratie, 28), S. 255–269.

Schmid, Sabrina Isabell und René Zimmer (2012): Akzeptanz von Windkraftanlagen in Baden Württemberg. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“ (UfU-Paper, 2).

Schnelle, Kerstin und Matthias Voigt (2012): Energiewende und Bürgerbeteiligung: Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten am Beispiel der "Thüringer Strombrücke". Hg. v. Studie erstellt i. A. von Germanwatch, DAKT, Heinrich-Böll Stiftung Thüringen.

Schweizer-Riess, Petra; Rau, Irina; Nolting, Katrin und Johannes Rupp (2010): Aktivität und Teilhabe - Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern. Projektabschlussbericht. Hg. v. gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Seibert-Fohr, Anja (2013): Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsverfahren: Chancen und Grenzen am Beispiel des Planvereinheitlichungsgesetzes. In: *Verwaltungsarchiv* (103/3), S. 311–326.

Selle, Klaus (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Arbeitsmaterialien für Studium und Praxis. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Detmold: Edition Stadtentwicklung.

Stadt Konstanz (2012): Spitzenforschung und Bürgerwerkstatt. 21.10.2012. Online verfügbar unter <http://blog.zukunftswerkstatt-konstanz.de/?p=24>, zuletzt geprüft am 03.03.2016.

Stadt Leipzig; Helmholtz Zentrum für Umweltforschung (UFZ) (2013): Online-Forum zur „Energetischen Sanierung“- Ergebnisse. Online verfügbar unter <http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/beteiligen/energetische-sanierung/>, zuletzt geprüft am 07.03.2016.

Stadt Viernheim (2011): Aktives Viernheim. Bürgerbefragung aktuell (Newsletter). Online verfügbar unter <http://www.viernheim.de/stadtverwaltung/buergerbefragungen/buergerpanel.html>, zuletzt geprüft am 07.03.2016.

Stadtwerke Wolfhagen (2012): Abschlussbericht. Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung der Zukunftskonferenz „Energiewende in Wolfhagen“. Hg. v. Stadtwerke Wolfhagen, Stadt Wolfhagen, Birgit Beutel & Partner. Wolfhagen. Online verfügbar unter www.wolfhagen.de/de/downloads/rathaus/buergerbeteiligung/Abschlussbericht_Zukunftskonferenz_Wolfhagen_Druckversion_PDF.pdf, zuletzt geprüft am 07.03.2016.

Strele, Martin (2012): BürgerInnen-Räte in Österreich. Gemeinsames Forschungsprojekt des Lebensministeriums und des Büros für Zukunftsfragen. Ergebnisbericht zur begleitenden Evaluation. Hg. v. Büro für Zukunftsfragen Vorarlberg und Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Kairos – Wirkungsforschung & Entwicklung gGmbH.

Töpfer, Klaus; Volkert, Dolores und Ulrich Mans (2013): Verändern durch Wissen – Wissen durch Veränderung. In: Klaus Töpfer und Volkert, Dolores und Ulrich Mans (Hg.): Verändern durch Wissen. Chancen und Herausforderungen demokratischer Beteiligung: von „Stuttgart 21“ bis zur Energiewende. München: oekom, S. 7–15.

Uhlendahl, Thomas C. (2015): Bürgerbeteiligung zur Gemeindeentwicklung im ländlichen Raum – Möglichkeiten der Methodenkombination am Beispiel von Steinach im Kinzigtal. In: *Raumforsch Raumordn* 73 (2), S. 133–143. DOI: 10.1007/s13147-015-0332-0.

Verwaltung der Stadt Bielefeld (2011): Beschlussvorlage der Verwaltung vom 18.11.2011, Drucksachen-Nr. 3350/2009-2014 zum Beratungsgegenstand „Gemeinsam zur Energiewende - Bielefeld will's wissen - Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses“. Online verfügbar unter <https://anwendungen.bielefeld.de>, zuletzt geprüft am 26.05.2015.

Vetter, Angelika (Hg.) (2008): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vetter, Angelika; Klages, Helmut und Frank Ulmer (2013): Bürgerbeteiligung braucht Verstärkung und Verlässlichkeit: Gestaltungselemente einer dauerhaften und systematischen Bürgerbeteiligung in

Städten und Gemeinden. In: *dms – der moderne staat – Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* (6(1)), S. 253–271.

Vetter, Angelika und Helmut Klages (2014): Evaluationsbericht zu den Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg 2014. Zusammenfassung.

VKU (17.02.2016): Aktuelle Forsa-Umfrage: 91 Prozent der Deutschen sind zufrieden mit kommunalen Unternehmen. Berlin. Carsten Wagner, Stefan Luig. Online verfügbar unter <http://www.vku.de/?id=15502>.

Walk, Heike; Müller, Melanie und Dieter Rucht (2015): Prometheus. Menschen in sozialen Transformationen am Beispiel der Energiewende. Eine Literaturstudie im Auftrag der 100 prozent erneuerbar stiftung. ipb studie.

Weinert, Maximilian (2013): Entwicklung eines regionalen Energiekonzepts mit Online-Partizipation. Erfahrungsbericht über energiebeiuns.de. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung, 3).

Wilk, Michael und Bernd Sahler (Hg.) (2014): Strategische Einbindung. Von Mediationen, Schlichtungen, Runden Tischen... und wie Protestbewegungen manipuliert werden. Lich: Edition AV.

Wirtschaftsministerium Schleswig-Holstein (2011): Netzentwicklungsinitiative Schleswig-Holstein. Neue Leitungen für nachhaltigen Strom. Stand 30.09.2011. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/E/energiewende/dialogverfahren_westkuestenleitung.html, zuletzt geprüft am 03.03.2016.

Wolsink, Maarten (2007): Wind power implementation: The nature of public attitudes: Equity and fairness instead of 'backyard motives'. In: *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 11 (6), S. 1188–1207. DOI: 10.1016/j.rser.2005.10.005.

ZebraLog (2012): Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in Frankfurt, 25. August 2012. Hg. v. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Online verfügbar unter http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/mks-buergergutachten-frankfurt.pdf?__blob=publicationFile, zuletzt geprüft am 03.03.2016.

Ziekow, Jan; Gabriel, Oscar; Rmer-Bollow Uwe; Buchholz, Frank und Christoph Ewen (2013): Evaluation und Begleitforschung „Runder Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf“ (Forschungsbericht EWPLUS, FKZ: BWU 11002).

Zimmer, Annette (2011): Zivilgesellschaft im Dienst des Staates – Tradition und Bestandsaufnahme. In: Annette Zimmer (Hg.): *Jenseits von Bier und Tulpen: Sport, Kultur und Soziales in den Niederlanden und in Deutschland*: WaxmanVerlag (Zivilgesellschaftliche Verständigungsprozesse vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 7), S. 49–74.

Zimmer, René; Klope, Sarah und Max Gaedtker (2012): Der Streit um die Uckermarkleitung – Eine Diskursanalyse. Studie im Rahmen des UfU-Schwerpunktes „Erneuerbare Energien im Konflikt“. Hg. v. Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. Berlin (UfU-Paper, 3).

Zweynert, Daniela (2012): Pumpspeicherwerke in Planung – in Baden-Württemberg wird mit Beteiligungsverfahren experimentiert. In: *Die Wirtschaftsmediation* (2), S. 23–26.

Anhang 1 - Die Beteiligungsmatrix

Kategorien	Definition und Fragestellung	Ankerbeispiel	Merkmalsausprägung
Basismerkmale	Bezeichnung	Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ im Raum Windischeschenbach	Freie Eingabe
	Ort, an dem der/die Veranstaltungen stattfand/en (Postleitzahl und Bundesland)	Windischeschenbach	Freie Eingabe
	Jahreszahl – daran gemessen, wann die erste Veranstaltung stattgefunden hat	2015	Freie Eingabe
Worum geht es bzw. welcher Zweck wird mit dem Verfahren verfolgt?			
Art der Beteiligung	Welche Art von Bürgerbeteiligung soll realisiert werden?	<p><i>Beratender Prozess:</i> z.B. Bürgerpanel zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Viernheim; Bürgerworkshops zum Masterplan Energiewende Dortmund</p> <p><i>Gemeinsame Konfliktbearbeitung:</i> z.B. Runder Tisch zum Pumpspeicherwerk Atdorf</p> <p><i>Partizipative Planung und Projektentwicklung:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ im Raum Windischeschenbach</p> <p><i>Kooperative Politikgestaltung:</i> z.B. Arbeitskreis Energie & Umwelt zur Energiewende in Weyarn</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Lernendes Forum (Förderung der Meinungs- und Willensbildung als Basis für Entscheidungen) • Aktivierendes Forum (nicht nur Meinungsbildung, sondern auch Vernetzung und Aktivierung zum Handeln) • Beratender Prozess (Erzeugung von Meinungsbildern und/oder Herausarbeiten von Empfehlungen für Entscheidungsträger) • Gemeinsame Konfliktbearbeitung (Versachlichung der Diskussion und Konfliktlösung, dabei auch Verständigung über Handlungsmöglichkeiten und -alternativen) • Partizipative Planung und Projektentwicklung (gemeinsame Entwicklung von Plänen und Projektentwürfen von Bürgern, Entscheidungsträgern, ggf. anderen gesellschaftlichen Akteuren, z.B. zur Planung von Leitungsverläufen beim Netzausbau) • Kooperative Politikgestaltung (auf Dauer gestellte Zusammenarbeit zur Entwicklung von Handlungsagenden und konkreten Projekten zu deren Umsetzung)
Was ist der Gegenstand der Beteiligung?			
Zu welchem Gegenstand werden Bürger einbezogen?	Worum geht es konkret?	<p><i>Grundsatzfragen:</i> z.B. Bürgerforum Erneuerbare Energien in Wiesbaden</p> <p><i>Programm- und Konzeptentwicklung:</i> z.B.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Grundsatzfragen (z.B. auf welche Energieträger, Wind-, Solar-, Bioenergie oder Geothermie, soll zur Erreichung der gesetzten energiepolitischen Ziele gesetzt werden?) • Programm- und Konzeptentwicklung (z.B. Entwicklung von Energie- und

		<p>Bürgerforum zum Energie- und Klimakonzept in Viernheim</p> <p><i>Standort- und Anlagenplanung:</i> z.B. Bürgerdialog zur ‚Ostküstenleitung‘ in Schleswig-Holstein</p>	<p>Klimaschutzkonzepten, Stadtentwicklungskonzepten mit energetischem Schwerpunkt)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Standort- und Anlagenplanung (z.B. Abwägen bestimmter Windenergiestandorte nach Kriterien der Sozial- und Umweltverträglichkeit, Planung von Photovoltaikanlagen an konkreten Standorten)
	Um welchen Themenbereich der Energiewende geht es konkret?	<p><i>Energiewende allgemein:</i> z.B. Zukunftskonferenz zur Energiewende in Wolfhagen</p> <p><i>Energetische Sanierung:</i> z.B. Online-Forum "Energetische Sanierung" in Leipzig</p> <p><i>Mobilität:</i> z.B. Bürgerdialog mit Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in vier deutschen Städten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Energiewende allgemein (Richtungsentscheidungen zur Energiewende vor Ort, Masterpläne und Energiekonzepte) • Energiegewinnung/-speicherung/-verteilung <ul style="list-style-type: none"> • Biomasse (Biogas, Hack-Holzsnitzel, etc.) • Geothermie • Solarenergie • Wasserkraft • Windenergie on-shore • Windenergie off-shore • Netzausbau • Energetische Sanierung • Endlagerung • Mobilität
Was ist die Reichweite des Verfahrens?			
Reichweite des Verfahrens	Auf welche Regierungsebene bezieht sich das Verfahren?	<p><i>Kommunal:</i> z.B. Bürgerwerkstatt zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Kyritz, Online-Dialog zur regionalen Energiewende Oderland-Spree</p> <p><i>Land:</i> z.B. Bürgertische zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg</p> <p><i>Bund:</i> z.B. Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in vier deutschen Städten</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunale Ebene <ul style="list-style-type: none"> • Ortsteil (Stadtbezirk, Gemeindeteil, Ortschaft) • Stadt/Gemeinde • Landkreis • Regionale Planung (z.B. Planungsgemeinschaft in Brandenburg) • Landesebene • Bundesebene
	Welche Gestaltungs- und Entscheidungsspielräume stehen zur Verfügung?	<p><i>Ergebnisoffen:</i> z.B. Beteiligungsprozess mit Bürgerwerkstatt zum Energie-/Klimaschutzkonzept in Kyritz</p> <p><i>Abwägung zwischen Alternativen:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ergebnisoffen (Thema und/oder Lösungsmöglichkeiten sind gegeben, dies schließt die Null-Variante ein) • Abwägung zwischen Alternativen (z.B. zwischen verschiedenen Leitungsverläufen einer Hochspannungsleitung) • Offene Prozessgestaltung (freie Themensetzung durch die Beteiligten) • Nicht zutreffend

		Offene Prozessgestaltung: z.B. BarCamp Renewables in Kassel	
Wer organisiert und trägt die Verfahrenshoheit?			
Träger des Verfahrens	Wer ist für die Organisation des Beteiligungsverfahrens federführend?	<p><i>Verwaltung:</i> z.B. Online-Dialog zur regionalen Energiewende in der Region Oderland-Spree</p> <p><i>Wirtschaft:</i> z.B. Kontaktgruppe zur Hochspannungsleitung zwischen Kuferzell und Rot am See</p> <p><i>Mischmodelle:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach</p> <p><i>Autonome Trägerschaft:</i> z.B. Arbeitskreis Energie & Umwelt in Weyarn</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Mandatsträger • Mitarbeiter öffentlicher Verwaltungen (Ministerien, Behörden, Planungsstellen, Ämter, Referate, etc.) • Wirtschaftsakteure <ul style="list-style-type: none"> • Private Unternehmen (z.B. als Vorhabenträger von Infrastrukturprojekten) • Kommunalwirtschaftliche Unternehmen (z.B. zur Entwicklung von Energiekonzepten) • Zivilgesellschaftliche Organisationen • Wissenschaftler • Mischmodelle <ul style="list-style-type: none"> • Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Unternehmen • Kooperation zwischen öffentlicher Verwaltung und kommunalwirtschaftlichen Unternehmen • Kooperation zwischen Verwaltung und privatem Unternehmen • Mehr als zwei Akteure verschiedener gesellschaftlicher Sektoren • Autonome Trägerschaft • Unbestimmt
Unter welchen Rahmenbedingungen findet Bürgerbeteiligung statt?			
Finanzierung	Wie hoch sind die Kosten, auf die das Verfahren beziffert wird?	<p>Es gibt wenige konkret genannte Zahlen:</p> <p>z.B. Runde Tische zum Pumpspeicherwerk Atdorf, ca. 1 Million Euro; Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan in Schorndorf und Winterbach, ca. 30.000 Euro</p>	Freie Eingabe
	Woher kommen die finanziellen Mittel?	<p><i>Privater Vorhabenträger:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ in Schwandorf</p> <p><i>Öffentliche Dienststellen:</i> z.B. Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schorndorf und Winterbach</p> <p><i>Projektförderung aus Landesmitteln:</i> z.B.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzierung durch privaten Vorhabenträger (z.B. Unternehmen als Vorhabenträger) • Finanzierung durch öffentliche Dienststellen (z.B. über Haushaltstitel von Referaten, Ämtern bei verwaltungsinternen Verfahren) • Projektförderung aus Landesmitteln bei Verfahren auf kommunaler Ebene (z.B. Hessen Agentur, Energieagentur NRW) • Projektförderung aus Bundesmitteln bei Verfahren auf kommunaler Ebene (z.B. Förderlinien- und Programme) • Finanzierung über Forschungsförderung (z.B. durch Bundesministerium für Bildung und Forschung) • Sonstiges

		<p>Mediation zur Windkraft in Lautertal</p> <p><i>Projektförderung aus Bundesmitteln:</i> z.B. Charrette zur Stadt mit neuer Energie in Gräfenhainichen</p> <p><i>Forschungsförderung:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayererring‘ in Windischeschenbach</p>	
Verstetigte Strukturen	Welche Ansätze der Institutionalisierung gibt es/ sind zu berücksichtigen?	<p><i>Stabsstellen und -Fachstellen:</i> z.B. in Land Baden-Württemberg, in Leipzig</p> <p><i>Leitlinien/Richtlinien:</i> z.B. in Weyarn, in Leipzig</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungsspezifische Stabsstellen/Fachstellen/Beauftragte • Leitlinien/Richtlinien (z.B. unverbindlich oder verbindlich verankert in der Satzung) • Nicht zutreffend
Wer wird beteiligt?			
Zusammensetzung der Teilnehmer	Welche Akteursgruppen sind am Verfahren beteiligt?	<p><i>Interessierte Öffentlichkeit:</i> z.B. Bürgerdialog ‚Ostküstenleitung‘ in Schleswig-Holstein</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Interessierte Öffentlichkeit (jeder Interessierte kann teilnehmen) • Bürger als Privatpersonen (z.B. als Betroffene, lokale Experten, Vertreter sozialer Gruppen, etc.) • Bürger als Vertreter organisierter Bürgergruppen (z.B. Bürgerinitiativen) • Jugendliche • Vorhabenträger (z.B. Übertragungsnetzbetreiber) • Entscheidungsträger (z.B. Vertreter von Behörden, gewählte Mandatsträger) • Interessengruppen (z.B. Bauernverband, Umwelt- und Naturschutzorganisationen) • Fachexperten (z.B. Wissenschaftler, Fachbehörden) • Neutrale Dritte (z.B. Vertreter von Stiftungen, Kirchen, von außerhalb der betroffenen Region) • Sonstige
Auswahlmethoden	Wie werden die Beteiligten ausgewählt?	<p><i>Selbstselektion:</i> z.B. Dialogverfahren zur ‚Westküstenleitung‘ in Schleswig-Holstein</p> <p><i>Direkte Ansprache:</i> z.B. Steuerungsgruppe zur Windkraft in Wolfhagen</p> <p><i>Zufallsauswahl:</i> z.B. Bürgerbeirat zum Energiekonzept in Bielefeld</p> <p><i>Methodenmix:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Selbstselektion • Direkte Ansprache • Zufallsauswahl: <ul style="list-style-type: none"> • Stichprobenziehung auf Basis Melderegister • Stichprobenziehung auf Basis der „Willigen“ • mit gemischter Basis für Stichprobenziehung • Auswahl nach personen- und gruppenspezifischen Merkmalen • Nachrekrutierung • Methodenmix (z.B. Zufallsauswahl bei Bürgern als Teilnehmer und direkte Ansprache bei Vertretern von Interessengruppen) • Unbekannt

		„Ostbayererring“ in Windischeschenbach	
Aufwandsentschädigung	Wie werden Teilnehmer entschädigt?	<p><i>Beurlaubung:</i> z.B. Planungszellen mit Bürgergutachten zur nachhaltigen Energie- und Mobilitätsentwicklung in Berlin</p> <p><i>≤100 Euro Entschädigung:</i> z.B. Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung zum Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg</p> <p><i>>100 Euro Entschädigung:</i> z.B. Bürgergutachten zum Biomasseheizkraftwerk in Rottweil-Hausen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Beurlaubung • ≤100 Euro Entschädigung • >100 Euro Entschädigung • Keine Entschädigung
Wie findet Bürgerbeteiligung statt?			
Format und Methode	Wie wird das Format/die Methode bezeichnet, die angewandt wird?	z.B. Planungszelle, Bürgerforum, Trassenuntersuchungsteam	Freie Eingabe
Kommunikationsmodus	Welcher Kommunikationsmodus ist vorherrschend?	<p><i>Präsenzverfahren:</i> z.B. Open Space zur Stadtentwicklung im Baunatal</p> <p><i>Online-Beteiligung:</i> z.B. Online-Forum "Energetische Sanierung" in Leipzig</p> <p><i>Präsenz- und Online-Formate:</i> z.B. Beteiligungsprozess (mit Bürgerbeirat) zum Energiekonzept in Bielefeld</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Präsenzverfahren • Online-Beteiligung • Präsenz- und Online-Formate (als unabhängige Elemente)
Verfahrenstyp	Welche Verfahrenstypen lassen sich unterscheiden?	<p><i>Einfache Verfahren:</i> z.B. Bürgerforum Erneuerbare Energien Wiesbaden</p> <p><i>Mehrstufige Verfahren:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum „Ostbayererring“ in Windischeschenbach</p> <p><i>Kontinuierliche Beteiligung:</i> z.B. Arbeitskreis Energie & Umwelt zur Energiewende in Weyarn</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Einfache Verfahren • Mehrstufige Verfahren (Verschränkung mehrerer Beteiligungselemente, deren Ergebnisse aufeinander aufbauen) • Hybride Verfahren (z.B. dialogorientierte Verfahren und direktdemokratische Elemente wie Bürgerbegehren) • Kontinuierliche Beteiligung (ohne zeitliche Begrenzung)
Zeitraum	Wie lange dauert das Verfahren	<i>Tage:</i> z.B. Zukunftskonferenz zu	<ul style="list-style-type: none"> • Tag/e

	von der ersten bis zur letzten Veranstaltung?	<p>Energiewende in Wolfshagen</p> <p><i>Wochen:</i> z.B. Planungszellen/Bürgergutachten zur nachhaltigen Energie- und Mobilitätsentwicklung in Berlin</p> <p><i>Monate:</i> z.B. Runder Tisch zur Windkraft in Engelsbrand</p> <p><i>Jahr/e:</i> z.B. Bürgerforum zum Energie- und Klimakonzept in Viernheim</p> <p><i>Kontinuierlich:</i> z.B. Energiebeirat zur Energiewende in Wettbergen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Woche/n • Monat/e • Jahr/e • Kontinuierlich
Zeitaufwand	Wie viel Zeit investieren die Beteiligten gemessen an den Veranstaltungen?	<p><i>Ein bis mehrere Tage:</i> z.B. Bürgerforum Erneuerbare Energien Wiesbaden</p> <p>z.B. 8 Sitzungen bei der Mediation zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz</p> <p>z.B. 13 protokollierte Treffen bei der Steuerungsgruppe zur Windkraft am Rödeser Berg in Wolfshagen</p> <p><i>ergänzende öffentliche Veranstaltungen</i> z.B. beim Beteiligungsprozess zum ‚Ostbayererring‘ in Windischeschenbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Stunden • Ein bis mehre aufeinanderfolgende Tage • 1-5 Sitzungen von Kernarbeitsgruppen • 6-10 Sitzungen von Kernarbeitsgruppen • >10 Sitzungen von Kernarbeitsgruppen • ergänzende öffentliche Beteiligungsveranstaltungen (wie Auftakt- und Abschlussveranstaltungen, • Kontinuierlich stattfindende Sitzungen
Teilnehmerzahl	Für welche Gruppengröße ist das Verfahren angelegt?	<p><i>Kleingruppe:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam in Windischeschenbach</p> <p><i>Mittelgroße Gruppe:</i> z.B. Bürgerworkshops zum Masterplan Energiewende Dortmund</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Kleingruppe (0-25) • Mittelgroße Gruppe (>25-50) • Großgruppe (>50-100) • Sehr große Gruppe (>100)
	Wie viele Bürger konnten im Beteiligungsprozess insgesamt erreicht werden?	Diese Angabe umfasst v.a. in mehrstufigen Beteiligungsverfahren sämtliche Elemente wie Foren und Kleingruppenarbeit.	Freie Eingabe
Zugang zum Verfahren	Wie wird sichergestellt, dass jeder Interessierte am Verfahren teilnehmen kann?	<i>Offen:</i> z.B. Bürgerdialog ‚Ostküstenleitung‘ in Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren ist für jeden offen (z.B. Auswahlmethode ist Selbstselektion ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl)

		<p><i>Eingeschränkte Rechte:</i> z.B. Tiefe Geothermie in der Vorderpfalz</p> <p><i>Ergänzende Veranstaltungen:</i> z.B. Beteiligungsprozess zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach</p> <p><i>Keine Offenheit:</i> z.B. Runder Tisch zum Pumpspeicherwerk Atdorf</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Verfahren ist nicht für jeden offen, aber zusätzlich <ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Sitzungen mit eingeschränkten Beteiligungsrechten (z.B. eingeschränktes Rederecht bei Mediationen) • Ergänzende Veranstaltungen mit offenem Zugang (z.B. für Feedback, Abstimmung und Entscheidung) • Online-Formate (z.B. Portal für Fragen und Anregungen) • Mitentscheiden durch direktdemokratische Elemente (z.B. Bürgerentscheid) • Keine Offenheit für die Teilnahme von allen Interessierten • Sonstiges
Moderation	Durch wen wird das Verfahren moderiert?	<p><i>Dienstleister/Prozessgestalter:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach</p> <p><i>Gegenstandsunabhängige Dritte:</i> z.B. Mediation zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz</p> <p><i>Sachlich involvierte Akteure:</i> z.B. Dialogverfahren zur ‚Westküstenleitung‘ in Schleswig-Holstein</p> <p><i>Keine Moderation:</i> z.B. Bar Camp Renewables in Kassel</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Dienstleister/Prozessgestalter (z.B. professionelle Mediatoren) • Gegenstandsunabhängige Dritte (z.B. Wissenschaftlicher) • Sachlich involvierte Akteure (Bsp. Naturschutzorganisationen) • Mandatsträger (z.B. Bürgermeister) • Keine Moderation
Was sind die Ergebnisse?			
Unmittelbares Ergebnis	Was liegt als konkretes Ergebnis am Ende des Verfahrens vor bzw. wie werden Ergebnisse festgehalten?	<p><i>Protokoll/Dokumentation:</i> z.B. Open Space zur Energiewende im Landkreis Neustadt a.d. Aisch -Bad Windsheim</p> <p><i>Empfehlungen:</i> z.B. Bürgerdialog mit Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in vier deutschen Städten</p> <p><i>Partizipativ erarbeitete Handlungskonzepte:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ im Raum Windischeschenbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Protokoll/Dokumentationsschrift zum Verfahrensverlauf • Empfehlungen für Vorhaben-/Entscheidungsträger (z.B. Maßnahmenkatalog zur Erstellung von Energiekonzepten) • Partizipativ erarbeitete Handlungskonzepte/-alternativen (z.B. Projektskizzen; Leitungsvarianten) • Abgebrochenes Verfahren • Unspezifisch

		<i>Abgebrochenes Verfahren:</i> z.B. Trassierungswerkstätten zum Leitungsprojekt Goldshöfe-Bünzwangen	
Umgang mit den Ergebnissen, Anbindung an Planungs- oder Entscheidungsprozesse	Wie gehen Entscheidungsträger mit den Ergebnissen um?	<p><i>Mündliche Zusicherung:</i> z.B. Bürgerforum Erneuerbare Energien in Wiesbaden</p> <p><i>Schriftliche Verbindlichkeit:</i> z.B. Mediation zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz</p> <p><i>Schriftliches Feedback zum Umgang mit Ergebnissen:</i> z.B. Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung am integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg</p> <p><i>Eingang in formelle Planungsverfahren:</i> z.B. Trassenuntersuchungsteam zum ‚Ostbayernring‘ in Windischeschenbach</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Mündliche Zusicherung (z.B. durch Aussagen zuständiger Entscheidungsträger) • Faktische, schriftliche Verbindlichkeit (z.B. schriftliche Bekennung von Entscheidungsträgern durch Unterschrift) • Schriftliches Feedback zum Umgang mit (Teil-)Ergebnissen, Empfehlungen (z.B. öffentlich zugängliche Begründung zum Umgang mit einzelnen Empfehlungen) • (faktischer) Eingang in formelle Verwaltungs-/Planungsverfahren • Ohne Regelung • Nicht zutreffend

Anhang 2 - Liste und Quellen der analysierten Beispielverfahren

Fallbeispiel	Datenmaterial
Arbeitskreis zur Energiewende in Weyarn, Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Internetseite der Stadt unter http://www.weyarn.de. • Satzung Weyarn, vom Gemeinderat Weyarn am 4.7.2013 beschlossen, online verfügbar unter http://www.weyarn.de/Gemeinde/Satzungen/Buergerbeteiligungssatzung.pdf (zuletzt eingesehen am 23.07.2016). • Informationen zur Arbeit der Arbeitskreise sind in der lokalen Monatszeitschrift Unser Gmoablattl, http://www.weyarn.de/gmoablattl.htm (zuletzt eingesehen am 23.07.2015). • Klee, Katja 2014, Von der Dorferneuerungsgemeinde zur Bürgergesellschaft. Der Weyarner Weg der Bürgerbeteiligung 1993-2014, Chronik Band VII, Eigenverlag der Gemeinde Weyarn. • Pelzer, Michael 2012, „Die Bürgerkommune Weyarn“, in: Beck, G. und C. Kropp (Hrsg.), Gesellschaft innovativ. Wer sind die Akteure?, VS Verlag Stuttgart.
Bar Camp Renewables in Kassel, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Projektwebseite mit Dokumentationen zum BarCamp Renewables 2014 online verfügbar unter: http://bc.energieblogger.net (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Beirat zur Tiefengeothermie im Kreis Groß-Gerau, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Schlussbericht Beirat DialogGeo. Bewertungen und Forderungen zum Geothermieprojekt der ÜWG im Kreis GroßGerau, hrsg. von DialogGeo und Stiftung Risiko-Dialog St. Gallen am 7. Mai 2013. • Projektwebseite mit Protokollen und Dokumente unter http://dialoggeo.de (zuletzt eingesehen am 28.07.2015). • Weitere Angaben zum Projekt und Dialogverfahren online verfügbar unter http://www.geothermie-trebur.de (zuletzt eingesehen am 28.07.2015).
Beteiligungsprozess mit Bürgerwerkstatt zum Energie-/Klimaschutzkonzept in Kyritz, Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation der Bürgerversammlung zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz am 23. Oktober 2012, erstellt von David Wagner und Johannes Krause (Impuls), https://www.kyritz.de (zuletzt eingesehen am 1.7.2015). • Dokumentation der Bürgerwerkstatt zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz am 8. Dezember 2012, erstellt von David Wagner und Johannes Krause (Impuls), https://www.kyritz.de (zuletzt eingesehen am 1.7.2015). • Dokumentation zum Bürgerbeteiligungsprozess zum Energie- und Klimaschutzkonzept der Stadt Kyritz. Treffen der Initiativgruppe am 6., 13. und 20. November 2012, erstellt von David Wagner und Johannes Krause (Impuls), https://www.kyritz.de/seite/123505/veranstaltungen.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Krause, Johannes (2013): Impuls-Pilotprojekt: „Energiewende und Demokratie“ 2012. Abschlussbericht. Impuls - Agentur für angewandte Utopien. • Hansestadt Kyritz, die Bürgermeisterin, Einladung zur Bürgerwerkstatt zur Kyritzer Energie- und Klimapolitik am 8. Dezember 2012 vom 11.12.2012. • Seecon Ingenieure (2013), Integriertes kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Hansestadt Kyritz. Arbeitsstand 15. Juli 2013, in Auftrag der Stadt Kyritz.
Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung am integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept in Baden-Württemberg, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • BEKO (Baden-Württemberg), Wir gehen neue Wege! Gehen Sie mit!, online verfügbar unter: http://www.beko.baden-wuerttemberg.de (zuletzt eingesehen am 4.3.2016). • BEKO (Baden-Württemberg), Ergebnis der Prüfung der Empfehlungen der Verbände und der Bürgerschaft in Baden Württemberg zum Arbeitsentwurf des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts Baden-Württemberg (IEKK) Ergebnis der Prüfung der Empfehlungen der Verbände und der Bürgerschaft zum Arbeitsentwurf des IEKK online verfügbar unter: http://www.beko.baden-wuerttemberg.de (zuletzt eingesehen am 4.6.2015).

	<ul style="list-style-type: none"> • Empfehlungen der Bürgertische, http://www.beko.baden-wuerttemberg.de (zuletzt eingesehen am 4.6.2015). • Scheel, Oliver und Sarah-Kristina Wist (Zirius) (2013), Kurzzusammenfassung der Evaluation der BEKO-Beteiligung, http://www.beko.baden-wuerttemberg.de/sites/default/files/BEKO%20Kurzzusammenfassung.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgerbeirat zum Energiekonzept in Bielefeld, Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • Ergebnisse des Bürgerbeirats. Kompaktdarstellung Handout vom 15.11.2011, https://anwendungen.bielefeld.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Aktionsbündnis Bielefeld steigt aus: 2. Bielefelder Aufruf (16.10.2011), http://www.bielefeld-steigt-aus.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Rat der Stadt Bielefeld, - AUSZUG – Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 07.04.2011, 18. Sitzung 2009-2014. • Rat der Stadt Bielefeld, - AUSZUG – Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 21.07.2011, 21. Sitzung 2009-2014. • Beschlussvorlage der Verwaltung vom 18.11.2011, Drucksachen-Nr. 3350/2009-2014 zum Beratungsgegenstand „Gemeinsam zur Energiewende - Bielefeld will's wissen - Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses“, https://anwendungen.bielefeld.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Stadt Bielefeld, Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 29.11.2011, Sitzung Nr. AfUK/018/2011.
Bürgerdialog mit Bürgergutachten zum Bürgerdialog "Energie auf neuen Wegen" in vier deutschen Städten, Hessen; Bayern; Niedersachsen; Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergutachten zum Bürgerdialog „Energie auf neuen Wegen“ in Passau am 11.8., in Frankfurt am 25. August, in Stade am 8.9. und in Dresden am 22.9.2012, zusammen verfasst mit ZebraLog. • BMVBS (Hg.), Ideen für eine nachhaltige Mobilität. Die Bürgerdialoge zur Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie, vom 9.11.2012. • VCD; ADFC; BUND 2012, „Bürgerdialog des Bundesverkehrsministeriums „Energie auf neuen Wegen“ – Zwei VCD-Mitglieder aus Südhessen waren dabei“, in: UmweltfairBund, Das Magazin für Verkehr und Umwelt in der Region Starkenburg 20 (3), S. 10, online verfügbar unter: http://www.bund-darmstadt.de (Zuletzt eingesehen am 3.6.2015). • BMVBS 2013, Die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie der Bundesregierung (MKS), online verfügbar unter: https://www.bmvi.de (zuletzt eingesehen am 07.03.2016).
Bürgerdialog Ostküstenleitung in Schleswig-Holstein, Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> • Faltblatt zum Beteiligungsverfahren Ostküstenstrasse, hrsg. v. Minister für Energiewende des Landes Schleswig-Holstein, https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/E/energiewende/dokumentationOstkuestenleitung.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Protokolle der Dialogveranstaltungen und Veranstaltungschronologie unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/E/energiewende/dokuBuergerdialogAbschnitt1.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Ahmels, Peter; Baumbach, Lea und Nadine Bethge, Ergebnisbericht zum Dialogverfahren an der geplanten 380-kV-Ostküstenleitung – Abschnitt 1: Raum Segeberg - Lübeck, vom 20. April 2015. • Hübner, G. und C. Hahn 2013, Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt, online verfügbar unter: http://www.akzeptanz-offshore-windenergie.de (zuletzt eingesehen am 28.07.2015).
Bürgerdialog zum Windpark Petkus in Baruth/Mark, Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Krause, Johannes (2013): Impuls-Pilotprojekt: „Energiewende und Demokratie“ 2012. Abschlussbericht. Impuls - Agentur für angewandte Utopien. • Einwohnerversammlung „Windpark Petkus“ am 23.08.2012. Dokumentation, erstellt von Impuls. • Bürgerdialog „Windpark Petkus“ am 25.09.2012. Dokumentation, erstellt von Impuls.
Bürgerforum Erneuerbare	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerforum Erneuerbare Energien Wiesbaden. Ergebnisse der

Energien Wiesbaden, Hessen	<p>Präsenzbefragung Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger am 23. November 2013 sowie durch eine Online-Befragung vom 23.11.-06.12.2013, hrsg. von Grobe, Antje, Christian Schneider, Mikko Rissanen, Tobias Wächter (DialogBasis).</p> <ul style="list-style-type: none"> • Protokoll Bürgerforum Erneuerbare Energien Wiesbaden, Freitag 31. Januar 2014 in Wiesbaden, hrsg. von StadtKlima und DialogBasis, http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/umwelt/stadtklima/veranstaltung.php (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Detailliertes Protokoll Bürgerforum Erneuerbare Energien Wiesbaden Vertiefende Workshops Samstag 01. Februar 2014 in Wiesbaden, hrsg. von StadtKlima und DialogBasis, http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/umwelt/stadtklima/veranstaltung.php (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgerforum mit Bürgergutachten zur Endlagerfrage in Lutherstadt Wittenberg, Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergutachten: Bürgerforum: „Wohin mit unserem Atommüll?“, http://www.bundestag.de/blob/365600/81a90f857401fb4fc1603e8ba0573b2e/kmat_20-data.pdf (zuletzt eingesehen am 31.07.2015).
Bürgerforum zum Energie- und Klimakzept in Viernheim, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Brundtlandbüro Viernheim 2013, Beteiligungsforum Energie und Klimaschutz Viernheim. Bericht zur ersten Projektphase September 2011 bis April 2013 (Stand 3.5.2013), http://www.viernheim.de/uploads/media/Bericht_zur_ersten_Projektphase_September_2011_bis_April_2013.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Protokoll Beteiligungsforum Energie und Klimaschutz vom 13.09.2011 und Protokolle der Arbeitssitzungen zwischen 2.11.2011 und 29.5.2012, http://www.viernheim.de/unsere-stadt/umweltbauen/brundtland/buergerbeteiligungbrundtland.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgerforum zur Windenergie in Waldsolms, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz 2013, Bürgerforum am 25. Juni 2013 in Waldsolms: Dokumentation, online verfügbar unter: http://www.energieland.hessen.de (Zuletzt eingesehen am 28.07.2015). • Flyer und Einladungsschreiben auf der Webseite der Gemeinde Waldsolms, https://www.waldsolms.de/news/1/203054/nachrichten/203054.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgergutachten zum Biomasseheizkraftwerk in Rottweil-Hausen, Baden- Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Renn, Ortwin Pfenning, Uwe. und Jürgen Deuschle, Bürgergutachten zur zukünftigen nachhaltigen Energieversorgung in Hausen. Projekt Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärmeversorgung im Gebäudealtbestand (N.E.E.G.A) . Online verfügbar unter: www.rottweil.de (zuletzt eingesehen am 28.07.2015). • Pfenning, Uwe und Christina Benighaus 2008, „Partizipativer Wandel – methodischer Wandel: Neue und klassische Formen der Bürgerbeteiligung im Vergleich“, in: Vetter, A. (Hg.) Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
Bürgerpanel zum Energie- und Klimaschutzkonzept in Viernheim, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Stadt Viernheim, Aktives Viernheim. Bürgerbefragung aktuell, Dezember 2011, http://www.viernheim.de/stadtverwaltung/buergerbefragungen/buergerpanel.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgerpanel zum Integrierten	<ul style="list-style-type: none"> • Anderka, S. 2012, Das Landsberger Bürgerpanel. Eine Bürgerbefragung im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Landsberg am Lech, http://www.zukunftamlech.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).

Stadtentwicklungskonzept mit einem Schwerpunkt "Energetische Sanierung" in Landsberg, Bayern	
Bürgerwerkstatt zum Teil-Flächennutzungsplan Windenergie in Weinheim, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Weinheim: Bürger mit Rückenwind - Die Bürgerbeteiligung zur Windenergie mündet im Januar in eine „Bürgerwerkstatt“, http://weinheim.de/servlet/PB/menu/1411596_l1/index.html (zuletzt eingesehen am 10.07.2015). • WeinheimBlog, http://archiv.weinheimblog.de/09/aktive-windenergie/10848.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • TeamEwen, Moderation der Bürgerwerkstatt, http://team-ewen.de/projekt/fruehzeitiger-buergerdialog-zur-teilfortschreibung-des-flaechennutzungsplans-wind (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Beratungsergebnisse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats vom 19. Juni 2013. • Beratungsergebnisse der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt vom 17. Oktober 2012. • „Zwei Tage ganz im Zeichen der Windenergie“, in: <i>Rhein-Neckar-Zeitung</i> vom 17.1.2013.
Bürgerwerkstatt zur Fotovoltaik in Konstanz, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Zukunftswerkstatt Konstanz. Konstanzer schaffen Klima. Sonderbeilage des Südkurier Medienhauses vom 18.10.2012, http://www.fona.de (zuletzt eingesehen am 02.07.2015). • Stadt Konstanz: Spitzenforschung und Bürgerwerkstatt, http://www.konstanz.de/umwelt/01064/04952/04958/index.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2017). • Blog Zukunftswerkstatt Konstanz, http://blog.zukunftswerkstatt-konstanz.de/?p=338 (zuletzt eingesehen am 12.02.2016). • Weitere Informationen zu dem daraus hervorgegangenen Arbeitskreis Solarstadt http://www.energiewende.htwg-konstanz.de/projekte/projektliste-partner/projekt/news/zukunftswerkstatt-konstanzer-schaffen-klima/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=9d8b8c2783baaa5bf597a06ac34a305f (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Translake, gelingende Bürgerbeteiligung, http://translake.org/tl_files/translake/000_allgemein/Wirken/Gelingende-Buergerbeteiligung-translake2014.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Bürgerworkshops zum Masterplan Energiewende Dortmund, Nordrhein-Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • Rettenberg, F. (Koordination) 2014, Masterplan Energiewende Dortmund, http://www.dortmund.de (zuletzt eingesehen am 26.05.2015). • Stadt Dortmund Drucksache Nr: 06685-12 vom 13.03.2012 zum Masterplan Energiewende, https://dosys01.digistattdo.de (zuletzt eingesehen am 26.05.2015).
Charrette zur Stadt mit neuer Energie in Gräfenhainichen, Sachsen-Anhalt	<ul style="list-style-type: none"> • „Zwischenbericht Stadtentwicklungskonzept Gräfenhainichen“ von ARGE Neue Energie unter Leitung von Harald Kegler einzusehen unter http://stadt-mit-neuer-energie.de/wp-content/uploads/Zwischenbericht-SEK-Fortschreibung(1).pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Kegler, H., ARGE Neue Energie 2009, „Energieorientiertes Stadterneuerungsprojekt – Stadtentwicklungsplan Gräfenhainichen“, in F. v. Borries und M. Böttger (Hg.), <i>Updating Germany – 100 Projekte für eine bessere Zukunft</i> (Architekturbieniale Venedig 2008), Ostfildern, S. 121-123. • Unterlagen und Ergebnisberichte aus dem Prozess zum Stadtentwicklungskonzept sind online verfügbar unter: http://stadt-mit-neuer-energie.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Dialogforum Windenergie in Swisttal, Nordrhein-	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinde Swisttal, Dialog-Windenergie, http://www.swisttal.de/index.php?menuid=125 (zuletzt eingesehen am 29.07.2015).

Westfalen	<ul style="list-style-type: none"> • Saxler-Schmidt, G. 2014, Windenergie in Swisttal. Swisttal verliert in erster Instanz. General-Anzeiger vom 21.3.2015, online verfügbar unter http://www.general-anzeiger-bonn.de (zuletzt eingesehen am 29.07.2015). • Saxler-Schmidt, G. 2014, Gemeinde Swisttal klagt. Rat legte Zonen für Windkraft fest. General-Anzeiger vom 18.12.2014, online verfügbar unter http://www.general-anzeiger-bonn.de (zuletzt eingesehen am 29.07.2015). • Saxler-Schmidt, G. 2014, Windenergie in Swisttal. Konzentrationszonen: Gemeinde muss nachbessern. General-Anzeiger vom 01.05.2014, online verfügbar unter http://www.general-anzeiger-bonn.de (zuletzt eingesehen am 29.07.2015). • Internetauftritt der Bürgerinitiative Lebenswertes Swisttal, http://www.lebenswertes-swisttal.de/warum-jetzt-das-dialogforum/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Dialogverfahren zur 'Westküstenleitung' in Schleswig-Holstein, Schleswig-Holstein	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation zum Dialogprozess zur Westküstenleitung des Ministeriums für Energiewende, https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/E/energiewende/dialogverfahren_westkuestenleitung.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Ahmels, Peter und Nadine Bethge (DUH): Das Dialogverfahren zur 380kV-Westküstenleitung. ZWISCHENBERICHT, 13 Juni 2013. • Bauer, E. 2013, „Die 380 kV-Westküstenstrasse. Nordfriesland und Dithmarschen. Mit den Bürgern – zum Gemeinwohl?“, in <i>Die Maueranker</i>, Heft 1-2, S. 4-13. • Harrsen, D. 2013, Bürgerbeteiligung beim Ausbau der Stromnetze – aus dem Blickwinkel des Kreises Nordfriesland, in eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2013 vom 22.10.2013. • Hirschfeld, M. und B. Heidrich 2013, „Die Bedeutung regionaler Governance-Prozesse für den Ausbau des Höchstspannungsnetzes“, in Britta Klagge, Cora Arbach (Hrsg.) Governance-Prozesse für erneuerbare Energien, Arbeitsberichte der ARL 5, S. 94-113. • Hübner, G. und C. Hahn 2013, Akzeptanz des Stromnetzausbaus in Schleswig-Holstein. Abschlussbericht zum Forschungsprojekt. • Leibbrandt, B. 2013, „Energiewende und Bürgerbeteiligung – aus dem Blickwinkel eines regionalen Bürgerbündnisses“, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2013 vom 22.10.2013.
Energiebeirat zur Energiewende in Wettenberg, Wettenberg, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Energiebeirat der Gemeinde Wettenberg, unter http://www.wettenberg.de/umwelt/energiebeirat.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Gemeinde Wettenberg. Wettenberger Energiebereit, ein Praxisbeispiel der Servicestelle Kommunaler Klimaschutz, http://kommunen.klimaschutz.de (zuletzt eingesehen am 29.07.2015). • Junggeburth, D., Spreter, S., Monix C. und Deutsche Umwelthilfe (Redaktion) 2009, Kleine Kommunen groß im Klimaschutz, hrsg. v. Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutsche Umwelthilfe, http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.net (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Ideenwerkstätte zur Energiewende in der Region Ems-Weser-Elbe, Niedersachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Projektwebseite mit Angaben zum Hintergrund, Organisation, Verlauf und Ergebnissen der Ideenwerkstätten unter http://www.der-norden-packts-an.de/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Kontaktgruppe zur Hochspannungsleitung zwischen Kupperzell und Rot am See, Baden-	<ul style="list-style-type: none"> • Projektwebseite mit Angaben zum Hintergrund, Aufgaben, Zusammensetzung der Kontaktgruppe und Protokollen der einzelnen Sitzungen, unter https://www.netze-bw.de/unternehmen/aktuelles-und-projekte/netzausbauplan-2014-aktuelle-110-kv-projekte/rot-am-see/kontaktgruppe.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).

Württemberg	
Mediation zur Tiefen Geothermie in der Vorderpfalz , Rheinland-Pfalz	<ul style="list-style-type: none"> • Ewen, C., Knappstein, Y. und J. Ziekow 2012, „Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz – mühsam und erfolgreich“, in Die Wirtschaftsmediation 2, 27-31. • Ewen, C., Knappstein, Y. und J. Ziekow 2012 Mediation Tiefe Geothermie Vorderpfalz – mühsam und erfolgreich. • Ewen, C. 2014, Tiefe Geothermie Vorderpfalz. Ein vom Land Rheinland-Pfalz initiiertes Verfahren zur Konfliktlösung, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz, Abteilung 4 – Innovation, https://mwkel.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung_4/8404/GEO_140319_SRP_2_0Seiter.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Mediation zur Windkraft in Lautertal , Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassungen der Runden Tische Lautertal (14.März; 11.April; 6.Mai 2014), online verfügbar unter: http://www.windkraft-lautertal.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (Hg.) 2015, Bürgerforum Energieland Hessen. Runder Tisch zur Windenergie in Lautertal. Schlussbericht. Wiesbaden, April 2015.
Online-Beteiligung zum Entwurf des Stuttgarter Energiekonzeptes , Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Landeshauptstadt Stuttgart, Energiekonzept „Urbanisierung der Energiewende in Stuttgart“ (Fassung vom 17. November 2015). • Landeshauptstadt Stuttgart, Beteiligungsportal „Stuttgart meine Stadt“, https://www.stuttgart-meine-stadt.de/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Online-Dialog zur regionalen Energiewende in der Region Oderland-Spree , Brandenburg	<ul style="list-style-type: none"> • Weinert, M. 2013, „Entwicklung eines regionalen Energiekonzepts mit Online-Partizipation – Erfahrungsbericht über energiebeiuns.de“, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2013 vom 22.10.2013. • Regionale Planungsgemeinschaft Oderland-Spree (Hrsg.) 2013, Regionales Energiekonzept Oderland-Spree. Kurzfassung, online verfügbar unter: http://www.rpg-oderland-spree.de (zuletzt eingesehen am 29.07.2015).
Online-Forum 'Energetische Sanierung' in Leipzig , Sachsen	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentationen zum Online-Forum der Stadt Leipzig, http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Stadt Leipzig, Helmholtz Zentrum für Umweltforschung, Ergebnisse Online Forum Energetische Sanierung, http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/beteiligen/energetische-sanierung/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Hinweise zur Projektförderung „Leipzig weiter denken“, https://www.fona.de/de/15333 (zuletzt eingesehen am 20.07.2015).
Open Space zur Energiewende im Landkreis Neustadt a.d. Aisch -Bad Windsheim , Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenfassung der Ergebnisse der Open Space Veranstaltung zum Thema BürgerEnergieWende – Wir packen es an: Energiewende + Zukunft im Landkreis gestalten, www.kreis-neu.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Landkreis Neustadt a.d.Aisch, BürgerEnergieWende. Wir packen es an. Energiewende+Zukunft im Landkreis gestalten. Open Space am 5. April 2014. Dokumentation. • Rathaus Neustadt an der Aisch (Hrsg.) 2014, „BürgerEnergieWende“, in: <i>Rathausbote</i> 3/2014, S. 37.
Partizipative Gruppendiskussion zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schopfheim und Hasel	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation und weiterführende Informationen zum Ablauf des Beteiligungsprozesses auf der Projektwebseite, http://windkraft-dialog.de (zuletzt eingesehen am 25.06.2015). • Roßnagel, A., Ewen, C., Götz, K., Birzle-Harder, B., Hefter, T., Hentschel, A., Horelt, M.-A., Hüge, A. und C. Schönfelder 2014, Konzept zur Konfliktbewältigung in Planungs- und Genehmigungsverfahren für Windenergie- und Biogasanlagen in Baden-Württemberg, erstellt im Rahmen des Projekts „Entscheidungen über dezentrale Energieanlagen in der Zivilgesellschaft“ –

Baden-Württemberg	Dezent Zivil, Dezember 2014.
Planungswerkstatt zum Teilflächennutzungsplan Windenergie in Schorndorf und Winterbach, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Protokolle, Präsentationen und Bürgerempfehlung des Beteiligungsverfahrens auf der Webseite der Stadt Schorndorf, http://www.schorndorf.de/de/Leben-in-Schorndorf/B%C3%BCrgerbeteiligung/Windkraftanlagen (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Bürgerempfehlung im Rahmen der Bürgerbeteiligung an der Planung von Windenergieanlagen Schorndorf und Winterbach, hrsg.von GRIPS, 13. NOVember 2012. • Sitzung des Gemeinderates Schorndorf am 24.05.2012, Drucksache Nr. TA 019/2012 (Anlage zum Tagesordnungspunkt Geplante Bürgerbeteiligung im Rahmen der konkreten Standortplanung von Windkraftanlagen).
Planungszellen/Bürgergutachten zur nachhaltigen Energie- und Mobilitätsentwicklung in Berlin, Berlin	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgergutachten: Intelligente Energie- und Verkehrswende in Berliner Stadtquartieren, Redaktion von Bach, N., Gersch, R. und J. Wittke (Nexus) 2014, https://www.technik.tu-berlin.de/fileadmin/fg301/Projekte/EUREF-Campus/EUREF_M2G_Buergergutachten_2014.pdf (zuletzt eingesehen am 3.6.2015).
Runder Tisch zum 'Pumpspeicherwerk Atdorf', Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Protokolle und Ablauf des Mediationsverfahrens auf der Projektwebseite http://www.pumpspeicherkraftwerk-ata-dorf-psw.de/ (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Buchholz, F. 2014, „Der Runde Tisch – ein geeignetes Dialoginstrument bei Großinfrastrukturvorhaben zur Energiewende. Das Beispiel eines geplanten Pumpspeicherwerkes im Südschwarzwald“, in Küpper et al. (Hg.), Raumentwicklung 3.0 – Gemeinsam die Zukunft der räumlichen Planung gestalten, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover. • Ewen, C., Gabriel, O. und J. Ziekow 2013, Bürgerdialog bei der Infrastrukturplanung: Erwartungen und Wirklichkeit. Was man aus dem Runden Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf lernen kann, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden. • Ziekow, J., Gabriel, O., Remer-Bollow, U., Buchholz, F. und C. Ewen 2013, Evaluation und Begleitforschung, Runder Tisch Pumpspeicherwerk Atdorf, Forschungsbericht, online verfügbar unter: http://www.baden-wuerttemberg.de (Zuletzt eingesehen am 02.07.2015).
Runder Tisch zur Windkraft in Engelsbrand, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Ergebnisprotokoll zweiter Runder Tisch/Mediation Engelsbrand, Engelsbrand 17, März 2014. • Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates der Gemeinde Engelsbrand. Öffentliche Sitzung am 09. Oktober 2013. • Dokumentation zur Windkraftplanung in Engelsbrand: „Logbuch“ Windkraft am Sauberg (i.d.Fassung vom 15.05.2014), http://www.engelsbrand.de/downloads/aktuelles/Logbuch_Windkraft_in_Engelsbrand_(i_281).pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Webseite der Stadt zur Windkraft in Engelsbrand http://www.engelsbrand.de/index.cfm?fuseaction=leben&rubrik=windkraft.
Steuerungsgruppe zur Windkraft am Rödeser Berg in Wolfhagen, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Kommunalvertreter-Serie zum Energiekonzept Wolfhagen, „100% Erneuerbare Energie für Wolfhagen“, http://www.windpark-wolfhagen.de/presse/1274249879.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Kommunalvertreter-Serie zum Energiekonzept Wolfhagen, „Integrieren statt spalten“, http://www.windpark-wolfhagen.de/presse/1269442396.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016). • Kommunalvertreter-Serie zum Energiekonzept Wolfhagen, „Für die Energiewende in Wolfhagen“, http://www.windpark-wolfhagen.de/presse/1274172811.pdf (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).

	<ul style="list-style-type: none"> • Webauftritt der Bürgerinitiative „Kein Windrad im Wald“, www.kein-windrad-im-wald.de. (zuletzt eingesehen am 27.05.2015), die Webseite ist mittlerweile nicht mehr aktiv (Stand 10.03.2016).
Trassenuntersuchungsteam zum 'Ostbayernring' im Raum Windischeschenbach, Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Hintergrund, Ziele und Struktur des Beteiligungsprozesses, Protokolle der Veranstaltungen und Ergebnisse auf der Projektwebseite www.demeoenergie.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Trassenuntersuchungsteam zum 'Ostbayernring' in Schwandorf, Bayern	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation der Veranstaltungen, Präsentationen und Ergebnisse auf der Projektwebseite http://www.tennet.eu/de/netz-und-projekte/onshore-projekte/ostbayernring/beteiligungsmoeglichkeiten/buergerbeteiligung-schwandorf.html (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Trassierungswerkstätten zum Leitungsneubau 'Bünzwangen-Goldshöfe', Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Dokumentation. Neubau der 380-kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöfe Erste Trassierungswerkstatt zu Abschnitt Zwei in Plüderhausen am 3. Juni 2013. • Dokumentation TransnetBW Neubau der 380-kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöfe Erste Trassierungswerkstatt zu Abschnitt drei in Spraitbach am 6. Juni 2013. • Dokumentation TransnetBW Neubau der 380-kV-Leitung Bünzwangen-Goldshöfe Erste Trassierungswerkstatt zu Abschnitt Vier in Wasseralfingen am 13. Juni 2013. • TransnetBW Pressemitteilung „TransnetBW geht auf Wunsch der Kommunen, Bürgerinnen und Bürger ein: Dialogprozess wird über den Sommer pausieren und im September fortgesetzt“, 19.06.2013.
Zukunftskonferenz zum Integrierten Klimaschutz- und Energiekonzept in Ludwigsburg, Baden-Württemberg	<ul style="list-style-type: none"> • Endbericht zum Klima- und Energiekonzept Ludwigsburg, online verfügbar unter: https://www.ludwigsburg.de (zuletzt eingesehen am 10.03.2016).
Zukunftskonferenz zur Energiewende in Wolfshagen, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussbericht 2012, Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit und Durchführung der Zukunftskonferenz „Energiewende in Wolfshagen“, im Auftrag der Stadtwerke Wolfshagen, online verfügbar unter: http://www.wolfshagen.de (zuletzt eingesehen am 28.07.2015). • Leibenath, M. und A. Otto 2013, „Windräder in Wolfshagen – eine Fallstudie zur diskursiven Konstituierung von Landschaften“, in Leibenath, M., Heiland, S., Kilper, H., Tzschaschel, S. (Hg.), Wie werden Landschaften gemacht? Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf die Konstituierung von Kulturlandschaften, transcript Verlag Bielefeld, 205-236.
Zukunftswerkstatt zur Stadtentwicklung im Baunatal, Hessen	<ul style="list-style-type: none"> • Burow, O.-A. 2010, Zukunftswerkstatt Baunatal 2030, Dokumentation der Bürgerbeteiligung, http://www.baunatal.de (zuletzt eingesehen am 30.03.2016). • Niederschrift über die Sitzung ST XIV 24 der Stadtverordnetenversammlung am 29.09.2008.